

Daniel Humm, Donald Trump, Michel Platini, die Erotik des Bundesrats

Nummer 34 – 20. August 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN

Gratisanwältin für falsche Flüchtlinge

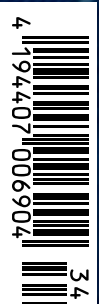
Wie Bundesrätin Sommaruga die Schweiz zum Eldorado der illegalen Migration macht. *Von Alex Reichmuth*

Elefanten der Nation

Die erstaunliche Geschichte der Dickhäuter vom Circus Knie. *Von Rico Bandle*

Taliban-Chef auf Shopping-Tour

Mullah Mansurs Europa-Mission. *Von Sami Yousafzai und Urs Gehriger*





PATEK PHILIPPE

GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition

Mehr Informationen erhalten Sie bei den unten genannten
Patek Philippe Partnern sowie im autorisierten Fachhandel.

Eine vollständige Liste unserer Partner in der Schweiz
finden Sie auf patek.com

Ascona

Doris Herschmann,
Piazza Giuseppe Motta/Lungolago

Basel

Gübelin AG, Freie Strasse 27
Seiler, Gerbergasse 89

Bern

Zigerli & Iff AG, Spitalgasse 14

Davos Platz

Chronometrie Stäuble, Promenade 71

Gstaad

Villiger Gstaad AG, Promenade

Interlaken

Kirchhofer Haute Horlogerie II,
Höheweg 56

Klosters

Maissen, Bahnhofstrasse 15

Lugano

Gübelin AG, Via Nassa 7
Mersmann SA, Via Nassa 5
Somazzi SA, Via Nassa 36

Luzern

Gübelin AG, Schwanenplatz

St. Moritz

Gübelin AG, Via Serlas/Palace Galerie

Vaduz/FL

Huber, Im Städtle

Zermatt

Haute Horlogerie Schindler SA,
Bahnhofstrasse 15

Zug

Lohri, Neugasse 9

Zürich

Patek Philippe Boutique at Beyer,
Bahnhofstrasse 31

Gübelin AG, Bahnhofstrasse 36



Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Chronograph Ref. 5170G



© UBS 2015. Alle Rechte vorbehalten.

Mitfiebern

Gemeinsam mit über 100 000 UBS Kids Cup
Teilnehmenden spannende Sportmomente erleben.

ubs.com/kidscup

Intern

Die gefürchteten Taliban haben einen neuen Chef. Über Mullah Mansur ist im Westen kaum etwas bekannt. Er selbst ist hingegen mit dem Westen sehr wohl vertraut. Wie Recherchen der *Weltwoche* erstmals zeigen, besuchte er 1998 während vier Wochen Europa. Der damalige Taliban-Minister für zivile Luftfahrt war gekommen, um einzukaufen. Er reiste quer durch Deutschland, machte einen Abstecher nach Prag, kaufte Flugzeugmaterial, besuchte das Heidelberger Schloss, inspizierte einen jüdischen Friedhof und sinnierte über die Vernichtung der Juden durch Hitler. Einmal wurde er



Reise quer durch Deutschland: Mullah Mansur.

von der Polizei angehalten, nach kurzer Kontrolle aber offenbar unerkannt wieder laufen gelassen. Nach einem Monat kehrte Mansur mit reicher Beute zurück nach Afghanistan. Sami Yousafzai und Urs Gehrigger haben mit Hilfe von Mansurs damaligem Gastgeber die Shoppingtour nachgezeichnet. Diese eröffnet seltene Einblicke in Leben und Persönlichkeit des neuen starken Mannes der Gotteskrieger. **Seite 52**

Bis vor kurzem hat nur die *Weltwoche* über die Missstände im Asylwesen berichtet. Mittlerweile sind die Missstände so gross, dass sie in den Medien und in der Öffentlichkeit breit diskutiert werden. Die Probleme sind schlicht nicht mehr zu leugnen. Einzig Bundesrat und Parlament scheinen den Ernst der Lage noch nicht erkannt zu haben – im Gegenteil: Im Zusammenhang mit der Umsetzung von Dublin III und der Asylreform sind Veränderungen im Gang, die das Ganze weiter verschlimmern werden. **Unser Dossier ab Seite 18**

Die Frage hat Generationen über Jahrhunderte beschäftigt: Wie konnte das mächtige römische Weltreich so schnell untergehen? Unausgesprochen schwang dabei immer die Sorge mit, dass dasselbe Schicksal auch unserer Zivilisation droht. Mehr als zweihundert mutmassliche Ursachen für Roms Verfall wurden im Laufe der Zeit von Geschichtswissenschaftlern, Theologen und Philosophen genannt. Für Rainer Vollkommer gibt es nur vier: Migration, Sozialkosten, Bürokratisierung und Verstädterung. Klingt vertraut? Das findet auch der deutsche Althistoriker, der «bestürzende Parallelen» zum heutigen Europa erkennt. **Seite 54**

Nur noch siebzehnmals werden in einer Schweizer Stadt die Knie-Elefanten in Reih und Glied vom Güterbahnhof zum Zirkusplatz marschieren. Dann ist Schluss mit der Tradition der Zirkuselefanten. Knie-Elefanten werden im wunderschönen neuen Himmapan-Elefantenpark im Rapperswiler Kinderzoo sesshaft. Aus diesem Anlass hat Kulturredaktor Rico Bandle in den Archiven gestöbert und Zirkusdirektor Franco Knie für ein Gespräch in Rapperswil getroffen. Dabei hat er festgestellt: Die Knie-Elefanten waren in der Schweiz nie einfach eine Attraktion unter vielen, sondern so etwas wie die Sympathieträger der Nation. Im Krieg haben sie als Arbeitstiere beim Festungsbau mitgeholfen und damit ihren Beitrag zur Landesverteidigung geleistet. Sie haben in der Manege undenkbar Kunststücke vollbracht und auf Paraden durch Dörfer und Städte des Landes Millionen begeistert. Doch es gab auch tragische Zwischenfälle, einmal gar mit Todesfolge. **Seite 44**

Ihre Weltwoche



www.stellen-anzeiger.ch

STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrigger, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huissingeling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Martin Kappler, Fabian Gimmi (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*),

Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempfer, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schon Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Im schlimmsten Fall haben Sie alles richtig gemacht

Schon heute die halbprivate oder private Spitalkostenversicherung für später garantiert sichern? Die Aufnahmegarantie-Versicherung Sicuranta macht es möglich.



«Es gibt keine Garantie, dass ich nie ins Spital muss. Sicuranta ist die ideale Möglichkeit, mich für wenig Geld abzusichern. So kann ich in fünf Jahren ohne erneute Gesundheitsprüfung eine Spitalkostenversicherung halbprivat abschliessen. Das so gesparte Geld können wir als junge Familie gut gebrauchen.»

Gabriella Koller, Mutter zweier Buben

Kostenlose persönliche Beratung

Sicuranta ist so flexibel und individuell wie Sie. Lassen Sie sich kostenlos beraten und finden Sie die Variante, die am besten zu Ihnen passt. Rufen Sie einfach unsere Sicuranta-Beratung an:
Telefon 058 310 99 90.

Sie sind gesund und fit, möchten Ihr Geld für Hobbys, Reisen und Wellness ausgeben und denken nicht gern an einen Spitalaufenthalt, der hoffentlich nie notwendig sein wird. Eine Garantie dafür gibt es nicht, besonders wenn man älter wird. Mit der Sicuranta-Versicherung sind Sie auf der sicheren Seite.

Investition in die Zukunft

Investieren Sie jetzt für mehr Dienstleistungen und Komfort in der Zukunft: Mit Sicuranta sichern Sie sich für wenig Geld den Zugang zur Spitalkostenversicherung halbprivat oder privat. Stellen Sie das

Paket Ihren Bedürfnissen und Ihrer Lebenssituation entsprechend zusammen, mit einer Vertragsdauer von 5, 10, 15 oder 20 Jahren.

So funktioniert Sicuranta

Sicuranta funktioniert wie eine ganz normale Zusatzversicherung. Sie füllen den Gesundheitsfragebogen aus und wählen eine Vertragsdauer. Damit sichern Sie sich für wenig Geld den späteren Zugang zu mehr Leistungen und Komfort. Nach Ablauf der Sicuranta-Vertragsdauer treten Sie ohne Gesundheitsprüfung direkt in die garantierte Spitalkostenversicherung ein. www.sicuranta.ch



Hüter der Freiheit

Es gibt keine Freiheit unter fremden Richtern. Hören wir auf, an den Volksrechten herumzuschrauben.

Von Roger Köppel

*Das Land ist eben recht,
Ist nicht zu gut und nicht zu schlecht,
Ist nicht zu gross und nicht zu klein,
Um drin ein freier Mann zu sein!*

(Aus Gottfried Kellers Eröffnungslied
am eidgenössischen Sängertag, 1858)

In der Schweiz ist das Volk der Chef. Stände und Bürger haben das letzte Wort. Sie können bestimmen, welche Gesetze gelten sollen. Die Bürger sind die Gralshüter der Freiheitsrechte, die Aufseher ihrer Verfassung. Es ist die Pointe unserer Staatsform, dass die Direktbetroffenen selber darüber entscheiden, was sie selbst betrifft. Die direkte Demokratie ist die «Perle der Schweiz» (Christoph Blocher). Sie ist der Grund dafür, warum es der Schweiz besser geht als allen anderen Staaten auf der Welt.

Die Abwehr «fremder Richter» steht am Anfang jeder Freiheitstradition. Die alten Eidgenossen schlossen im Sommer 1291 einen legendären Pakt, um sich gegen talfremde Amtsleute, Richter, Vögte zu verteidigen. Im Rahmen des damaligen Rechts, treu ergeben einem weit entfernten Kaiser, kerbten sie sich einen ersten Bezirk ihrer noch zarten Unabhängigkeit heraus.

In ähnlich klingenden Worten wie beim Schweizer Bundesbrief verbrüderten sich im 16. Jahrhundert gegen das tyrannisch-katholische Spanien die schwererziehbaren Holländer. Auch ihr Widerstand richtete sich gegen das «fremde», das «verabscheuungswürdige Gericht» der Ausländer. Im feierlichen Schwur gelobten sie, fortan selber «über die Sicherheit unserer Familien, unserer Güter und unserer eigenen Person zu wachen». Die Niederländer erklärten sich zu den Hütern ihrer Rechte, ihres Eigentums und ihrer Freiheit.

Urzellen der Demokratie: Die Geschichte der unabhängigen Schweiz und die Geschichte der freien Niederlande beginnen beide mit einem Aufstand gegen die als fremd empfundenen Richter und Gerichte. Der Anspruch, das Recht selber zu setzen oder doch wenigstens selber anzuwenden und auszulegen, steht am Anfang jeder Demokratie. Es kann keine Freiheit unter fremden Richtern geben.

Diese Einsicht war bedeutenden Schweizer Gelehrten bis vor kurzem noch geläufig. Der grosse Basler Historiker Jacob Burckhardt be-



«Menschenrechtliche Unverrückbarkeit.»

schrrieb seine Heimat als Land, in dem der Staatsbürger «noch Bürger im vollen Sinne» sei. In den 1950er Jahren brachte der Staatsrechtler Zaccaria Giacometti das Wesen der Schweizer Staatsform in seiner Zürcher Rektoratsrede auf die Formel: «Ja, die Schweiz bildet einen einzig dastehenden Fall von Demokratie, wo das Volk als Gesetzgeber selbst Hüter der Menschenrechte ist, und sie erbringt damit in schönster Weise den lebendigen Beweis der Existenzmöglichkeit eines echten, eines freiheitlich demokratischen Staates.»

Was ist die Schweiz? Sie ist das Wagnis eines Staates, in dem sich die Bürger für mündig und für fähig halten, die Wächter ihrer Verfassung, die letzten Bewahrer ihrer Freiheits- und Menschenrechte zu sein. Sie haben dieses Recht nicht an Diktatoren, Kommissare, Richter, Beamte oder Philosophen abgetreten. Die modernen Volksvertreter und Bundesräte



schwören als «Eidgenossen» den Eid auf eine Verfassung, die in Artikel 2 den kristallklaren Auftrag definiert: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.» Eine direkte, fast ununterbrochene Linie führt vom Bundesbrief 1291 zu diesem modernen Bekenntnis zur «Freiheit und zu den Rechten des Volkes».

Es ist schon erstaunlich, mit welcher lässiger Unverfrorenheit dieser demokratische Ur-Anspruch in der heutigen Schweiz missachtet wird. Bekannte Politiker finden, dass die Freiheits- und Menschenrechte bei auswärtigen Gerichtshöfen und Wächterräten besser aufgehoben seien als bei den hier lebenden Bürgern und bei den Kantonen. Der Bund brütet über Szenarien, wie die Volksrechte eingeschränkt, wie die Unterschriftenzahl bei Volksinitiativen erhöht, die Vorprüfungen härter und die Umsetzungen hürdenreicher gemacht werden können. Aussenminister Burkharter plant sogar die automatische Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz und deren Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Es wäre ein obrigkeitlicher Frontalangriff auf den Bundesbrief von 1291.

Natürlich können auch Völker irren. Nicht einmal die Schweizer sind unfehlbar. Aber die Frage nach der demokratischen Reife eines Volkes kann nicht abstrakt philosophisch, sie muss konkret geschichtlich beantwortet werden. Völker können falsch entscheiden, natürlich, aber die Irrtümer der Politiker, die Schrecklichkeiten losgelöster Richter waren schlimmer und wiegen schwerer.

Die letzten beiden Weltkriege wurden nicht direkt-demokratisch verfügt. Die Massenmörder Stalin und Mao handelten nicht im Auftrag ihrer Völker. Auch das sehnsüchtige Totalvertrauen in den Rechtsprofessoren- und Richterstand geht fehl. Im Deutschland des letzten Jahrhunderts standen die wendigen Juristen zuerst hinter Weimar, dann hinter dem Schwerverbrecher Hitler, schliesslich hinter Adenauers früher Bundesrepublik. Gegen die Volatilität der deutschen Richter nimmt sich die menschenrechtliche Unverrückbarkeit des Schweizer Volks geradezu gotthardmässig aus.

Heute spielen Schweizer Politiker den Rechtsstaat gegen die direkte Demokratie aus, weil sie die direkte Demokratie und die Volksrechte beschneiden wollen. Die selbst-erklärten Musterschüler des Rechtsstaats sind in Wahrheit Machiavellisten, die mehr Eigenmacht anstreben. Völkerrecht, Moral und fremde Richter dienen ihnen als Waffen gegen unliebsame Volksentscheide.

Jede Macht ist böse. Aber die pulverisierte, weitverstreute Macht der Bürger ist, zumindest in der Schweiz, viel weniger böse als die geballte Macht der Richter und Politiker. Hören wir auf, an den Volksrechten herumzuschrauben. Ihnen verdanken wir die Freiheit.



Diplomat in der Not: de Wattenville. Seite 36



Schweizer Elefantengeschichte: Seite 44



Das Ende des Römischen Reiches: Seite 54



Grosser Coup: Chefdirigent Chailly. Seite 69

Kommentare & Analysen

7 Editorial

13 Kommentar Ohne Genehmigung

13 Im Auge Dr. Eva Carneiro, Fussballdoktorin

14 Altersvorsorge Sozialmechaniker

15 Energiewende Atomausstieg, nein danke

15 Flüchtlinge Hobbyschlepper

16 Personenkontrolle Steinmeier, Tagliavini, Burkhalter etc.

17 Nachrufe Lenny Robinson, Christiane Langenberger

18 **Gratisanwälte für falsche Flüchtlinge**

Die Schweiz wird immer attraktiver für illegale Migranten

22 Wirtschaft Das Asylmonopol

24 **Personenfreizügigkeit für Armutsmigranten**

Schweizer Richter und ihre folgenreichen Urteile

26 Die Deutschen Im Kopf

26 Wirtschaft Die Erbsenzähler von Bern

27 Ausland Atombombe und Kriegsende

28 Mörgeli Diktatorin des Moralismus

28 Bodenmann Asylschreckschraube Sommaruga

29 Medien Blattlinie und Blattschuss

29 Gesellschaft Domino-Effekt

30 Darf man das? / Leserbriefe / Leserblitz

Hintergrund

32 **Kaltes Staatswachstum**

Der Fiskus zieht die Steuerschrauben an

34 Steuern «Schädlich für alle»

35 Armee reform Streichkonzert

36 **Der ausgeliehene Diplomat**

Gerangel um EU-Chefunterhändler Jacques de Wattenville

38 **Big Deal um Big Data**

Die SRG, Swisscom und Ringier tun sich zusammen

40 Wahlen 2015 Die CVP im Wahlcheck

42 **Das erotische Kapital des Bundesrates**

Tipps der Londoner Soziologin Catherine Hakim

44 **Elefanten der Nation**

Beim Circus Knie geht eine Ära zu Ende

48 **Innere Zwänge**

Europa-Parlament und Schweiz-Kenner Andreas Schwab

50 **Goldenes Zeitalter**

Das Geheimnis des Wohlstands in der Schweiz

52 **Taliban-Chef auf Shopping-Tour**

Wie Mullah Mansur seine Miliz für den Krieg aufrüstet

54 **«Eine gesättigte Kultur»**

Bestürzende Parallelen zum Ende des Römischen Reiches

57 Essay Fluch der bösen Tat

58 **Idol der schweigenden Mehrheit**

Wem nützt US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump?

60 **Freistösse aus allen Lagen**

Michel Platini will Sepp Blatter als Fifa-Präsidenten beerben

10% WELTWOCHEN-RABATT

praktikus.ch

PRAKTIKUS BIETET IHNEN IMMER ETWAS BESONDERES



Cell-1 sorgt für schöne, makellose Haut. Hilft gegen Akne, Falten, Narben und Cellulite.
Cell-1 Pflegecreme 50 ml
Fr. 59.- Nr. P90-160-070
Ab 2 Stück Fr. 49.-

Schluss mit der Sucherei in Ihrer Tasche! SOI bringt Licht ins Dunkel.
SOI Handtaschenlicht
Fr. 34.90
Nr. P90-114-809

Ultraschall-Abwehrgerät gegen Mücken
Fr. 29.90
Nr. P90-114-898



Nostalgisches Design von gestern – modernste Technik von heute.
Nostalgie-Center
Fr. 299.- Nr. P90-114-858

Sanctuary4 – eine leistungsstarke Ladestation, die Kabel verschwinden lässt.
Ladestation Sanctuary4
Fr. 99.- Nr. P90-114-925



Nicht entsaften! Nicht mixen! Extrahieren! NutriBullet heisst die Lösung für gesunde, vitaminreiche Säfte! Der MEGA-HIT aus der TV-Werbung!
NutriBullet Fr. 149.- Nr. P90-150-416



Über 40 verschiedene Design-Lavabostöpsel finden Sie in unserem Onlineshop.
Smiley Fr. 19.90 Nr. P90-120-100



Wunderschön schlanke Design-Wasserkaraffe von Menu! 1,3 l.
Design-Wasserkaraffe
Nr. P90-112-871

nur Fr. 59.90 statt Fr. 74.90

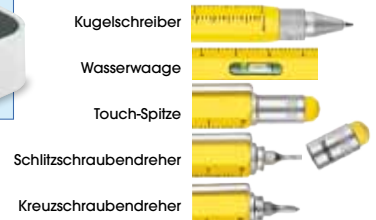


Dieser geniale Uhrenbeweger ist unverzichtbar für Inhaber einer Automatik-Uhr.
Uhrenbeweger inkl. Netzteil
Fr. 159.- Nr. P90-114-915
Erweiterungsmodul
Fr. 139.- Nr. P90-114-916



Beim Eingiessen öffnet sich der Deckel automatisch, behält aber Eiswürfel, Zitronenscheiben oder Minzeblätter geschickt zurück.

Mit dem genialen Multitasking-Kugelschreiber Construction läuft alles nach Plan.
Construction Kugelschreiber
Fr. 29.90 Nr. P90-120-181



GEHEN SIE ONLINE UND PROFITIEREN VON 10% RABATT AUF ALLE ARTIKEL!

GEBEN SIE BITTE DEN CODE P90 AUF DEM BESTELLWEG IN DAS FELD «MEIN CODE» EIN ODER RUFEN SIE UNS AN 044 927 27 27. NUR EINMAL PRO KUNDE EINLÖSBAR. NICHT MIT ANDEREN RABATTEN KUMULIERBAR. GÜLTIG BIS 30.09.2015.

ÜBER 1000 PRODUKTE ONLINE: www.praktikus.ch



«Das ist verrückt, nicht?»: Starkoch Humm. Seite 62

Interview

62 «Mehr Miles Davis»

Er ist Aargauer, Schulversager und einer der besten Köche der Welt: Daniel Humm über den amerikanischen Traum, Schweizer Perfektion und Rüeblli

Stil & Kultur

66 **Stil & Kultur** Lenny Kravitz, Rockmusiker und Fotograf

68 **Bestseller**

68 **Literatur** Ständig klappern die Jimmy-Choos

69 **Klassik** Beneidenswerte Eleganz

70 **Top 10**

70 **Kino** «Southpaw»

71 **Jazz** Elina Duni Quartet

72 **Namen** Eröffnung des Lucerne Festival

73 **Hochzeit** Caitlin Edwards-Brooks

73 **Thiel** Liebe

74 **Wein** Basilisco Aglianico del Vulture Teodosio 2011

74 **Zu Tisch** «Elements», Dresden

75 **Auto** BMW X6 M

76 **MvH** trifft Jina Khayyer, Modeautorin und Memoirenschreiberin

Autoren in dieser Ausgabe

François Schaller



Der Chefredaktor der Genfer Wirtschaftszeitung *L'Agefi* ist ein vehementer Kritiker der bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU. In seinem Artikel zeigt er auf, dass der heutige Wohlstand der Schweiz in den 1990er Jahren nach dem EWR-Nein geschaffen wurde. Seite 50

Barbara Steinemann



Die Juristin ist Mitglied der SVP und hat als Zürcher Kantonsrätin die Leiturteile des Bundesverwaltungsgerichts untersucht. Ihr Fazit: Die «vorläufigen Aufnahmen» von Asylsuchenden entpuppen sich als kostspielige Daueraufenthalte. Seite 24

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Available on the App Store ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCHEN



WIR MACHEN IHREN BODEN ZUR HEIZUNG

Planen Sie einen Umbau? Mit dem JK-System bietet Ihnen die Naef GROUP eine revolutionäre Einfräsmethode für die nachträgliche Installation einer Fussbodenheizung – staubfrei und ohne Verlust der Raumhöhe.

Lassen Sie sich jetzt von unseren Fachleuten beraten:
www.naef-group.com oder auf der **Gratis-Infoline: 0800 48 00 48**



Naef
JK-SYSTEM

Die Baumesse. Wo man schaut, bevor man baut.



Quelle: renggli-haus.ch

modernisieren bauen

3.–6.9.2015
Messe Zürich

Do–So 10–18 | bauen-modernisieren.ch

25% RABATT auf Onlineticket
Gutschein-Nr. **BM15BON25ZS** nur online
einlösbar unter www.bauen-modernisieren.ch/ticket

Patronat



Halle 6

**EIGENHEIM
MESSE** 

Ohne Genehmigung

Von Florian Schwab — Deutsche Staatsanwälte wildern in der Schweiz, und Bern drückt beide Augen zu: «Die Regierung Merkel bloss nicht reizen», heisst die Devise.



Strategie des Verwedelns: Bundesrätin Sommaruga, deutscher Aussenminister Steinmeier.

Wenn ein ehemaliger Spitzenbeamter im Bundesamt für Justiz (BJ) seine Nachfolger öffentlich zum Einschreiten auffordert, dann muss Gravierendes vorgefallen sein. Rudolf Wyss, Vizedirektor des BJ bis 2012, forderte in einem NZZ-Artikel, der Bundesrat möge den deutschen Botschafter einbestellen. Es sei seine «Pflicht», den «grossen Nachbarn auf die Einhaltung der sich aus dem völkerrechtlichen Souveränitätsrecht ergebenden Rechtslage hinzuweisen».

Was ist geschehen? Wyss' Appell ist eine Reaktion auf die Berichterstattung in derselben Zeitung, laut der deutsche Staatsanwälte bei Schweizer Banken und deren Mitarbeitern per Brief oder Telefon vorstellig würden, um Informationen über steuerliche Tatsachen in Erfahrung zu bringen. Die NZZ berichtet von «Drohanrufen» bei Dutzenden von Banken.

Dürfen die deutschen Behörden das? Wyss schreibt klipp und klar: Sie dürfen es nicht. Bei Delikten im Bereich der Steuern sei die direkte Kontaktaufnahme nicht durch völkerrechtliche Verträge gedeckt. Ohne eine Bewilligung der Schweizer Behörden verletze sie somit die staatliche Souveränität der Schweiz. Die Ausführungen von Wyss lassen keinen Zweifel zu. Die Meinung des ehemaligen Chefbeamten wiegt umso schwerer, als er den Bereich der internationalen Rechtshilfe leitete, die entsprechenden Verträge

mit ausgehandelt hat und gemäss Verwaltungsinsidern dabei stets ein Freund weitreichender Behördenzusammenarbeit war. Der ehemalige Spitzenbeamte ist über den Verdacht jeglicher Parteilichkeit oder gar Nähe zu nationalkonservativen Ansichten erhaben.

Trotz eindeutiger Rechtslage hat sich das Departement Sommaruga offenbar auf die Strategie des Verwedelns und Aufweichens verständigt. Die Banken sollten «nicht so einen Riesenwirbel machen», diktierten Wyss' ehemalige BJ-Kollegen der NZZ. Am Anfang der Woche, anlässlich des Besuchs von Aussenminister Steinmeier in Bern, rapportierte die Zeitung: «Laut Bundesjuristen liegen keine klaren Belege dafür vor, dass die deutschen Briefe an Schweizer Banken unzulässig gewesen seien.»

Auf Anfrage legt das BJ dar, dass das «Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen» ausländischen Strafverfolgungsbehörden die Kontaktierung von Personen in der Schweiz erlaube. Nur: Dieses Protokoll ist auf Delikte im Steuerbereich nicht anwendbar, weil dieses nur Straftaten und Ordnungswidrigkeiten erfasst, «für die im anderen Vertragsstaat die Leistung von Rechtshilfe zulässig ist» (Zitat aus dem Vertrag). Dies ist bei Steuerhinterziehung nach heutiger Rechtslage allerdings eindeutig nicht der Fall.

»» Fortsetzung auf Seite 14

Rossschwanz vs. Macho



Dr. Eva Carneiro, Fussballdoktorin.

Auf den Fussball kam Eva Carneiro, geboren in Gibraltar, Vater Spanier, Mutter Britin, zufällig in Mexiko, in einem Ferienresort, das bei brasilianischen Liebespaaren besonders beliebt war. Und dann tanzten all diese Brasilianer leidenschaftlich auf den Tischen, und der Grund für diese Ausgelassenheit war, dass Brasilien gegen Mexiko spielte, im fernen Frankreich an der Weltmeisterschaft 1998, und eigentlich habe sie sich damals mehr für Samba interessiert als für Fussball. Heute ist Eva Carneiro, 41, schlagartig die weltbekannteste Fussballdoktorin, das heisst, seitdem der Trainer José Mourinho sie als *hija de puta* verfluchte und entliess, nur weil sie ihrer Samariterpflicht nachgekommen und mit fliegendem Rossschwanz aufs Spielfeld gestürmt war, wo der Chelsea-Star Eden Hazard den sterbenden Schwan mimte. Auf dem Platz befiehlt der Schiedsrichter und nicht Mister Mourinho, und der Referee Michael Oliver hatte das Hilfspersonal unmissverständlich hereingewinkt. Hätten die Ärztin und der Physiotherapeut den Dienst verweigert, hätten sie gegen den medizinischen Kodex verstossen. Der Trainer Mourinho hingegen steckte in Teufels Küche. Nachdem der angeblich schwer Verletzte hinausgetragen worden war, hatte Chelsea plötzlich nur noch neun Mann auf dem Platz, denn zuvor schon hatte der Torhüter die rote Karte gesehen, und das Spiel gegen das bescheidene Swansea stand 2:2 auf der Kippe.

Mourinho gilt als Pfau der Branche. Der ergraute Egomane fantasiert ständig irgendwelche Komplotte herbei, wenn er nicht siegt. Nun hatte er plötzlich die Gesundheitsministerin, Ärzteorganisationen, den obersten Fifa-Arzt, den Klubbesitzer und Oligarchen Roman Abramowitsch gegen sich, die Legionen Feministinnen sowieso. Geschlechterkampf ist grösser als Fussball. Nur ein verlassener Liebhaber, ein gewisser Rupert Patterson-Ward, beschrieb Eva als männerfressendes Biest, das auch Spieler vernasche. Das Spiel danach gegen Manchester City verlor Mourinho 0:3 – und sah aus, wie wenn er ärztliche Behandlung brauchte.

Peter Hartmann

Mittlerweile offensichtlich im Erklärungsnotstand, beschwichtigt das BJ, die deutschen Kollegen drohten den Banken ja «keinen Zwang» an. Vorsätzlich übersehen die Beamten, dass es sich hier nicht um ein Ringelreihentanz handelt, sondern um steuerstrafrechtliche Vorabklärungen eines fremden Staats. So ganz geheuer ist ihnen aber offenbar doch nicht. Das BJ betont, «aufgrund der bislang vorliegenden Unterlagen» sei nichts Strafbares ersichtlich. Damit ist ein Hintertürchen geöffnet, um später vielleicht doch noch die Meinung zu ändern.

Rudolf Wyss hat recht: Deutsche Behörden nehmen auf Schweizer Staatsgebiet genehmigungspflichtige Amtshandlungen ohne Genehmigung vor. Das ist für alle Beteiligten strafbar, also sowohl für die deutschen Staatsanwälte, die ihr Netz in der Schweiz auswerfen, als auch für die Banken, sofern sie darauf eintreten. Und Bern schweigt dazu. Selbst die Bankiervereinigung wurde mehrmals beim Bund vorstellig und bat um eine Intervention, doch Sommarugas Beamte stellten sich taub.

Gespaltene Persönlichkeit

Ausgerechnet das Bundesamt für Justiz, das für die Ausgestaltung des Rechts in der Schweiz zuständig ist, beugt das Recht wie ein beliebiger Winkeladvokat. Was ist in die Justizbeamten gefahren? Auch dafür liefert die NZZ in ihrer Ausgabe vom Dienstag einen Erklärungsansatz. Das Thema sei «nicht spruchreif» gewesen bei der Visite von Aussenminister Steinmeier am Montag, und auch beim bevorstehenden Besuch von Angela Merkel am 3. September komme es wohl nicht auf den Tisch. Die Aussagen fallen in einem Atemzug mit der Hoffnungsbekundung, Berlin möge der Schweiz in Fragen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative keine Schwierigkeiten bereiten. Es war wohl Balsam auf die Berner Seele, als Steinmeier der Schweiz in dieser Sache «Geduld und Beharrlichkeit» empfahl. Wer wollte da schon mit unbotmässigem Pochen auf Schweizer Souveränitätsrechte den Spielverderber geben?

Dabei wäre genau dies nötig gewesen. Man kann nicht einerseits mit der Masseneinwanderungsinitiative den nationalstaatlichen Grenzen wieder mehr Geltung verschaffen und gleichzeitig verschämt hinnehmen, dass deutsche Behörden auf Schweizer Boden schalten und walten, wie es ihnen beliebt. In deutschen Augen setzt sich die Schweiz damit dem medizinischen Verdacht einer Persönlichkeitspaltung aus. Spätestens bei Merkels Besuch muss es heissen: So nicht, liebe Nachbarn – oder, um zu zitieren, was die Kanzlerin sagte, als sie feststellte, dass die amerikanische NSA ihre Telefonate abhörte: ermitteln bei Freunden ohne Gehemigung, «das geht gar nicht».

Mehr zum Thema: Seite 57

Altersvorsorge

Sozialmechaniker

Von Beat Gygi — Verwaltung und Bundesrat Berset beherrschen die Reform von AHV und zweiter Säule. Die Politiker denken nicht an ihre Kinder.

Die Reform umfasst fünfzehn Gesetze und eine Verfassungsbestimmung und ist insbesondere die Antwort auf die kommenden demografischen Herausforderungen. Mit diesem Satz hat die Sozialkommission des Ständerats vor einigen Tagen die Arbeit umschrieben, die sie zur «Sicherung der Finanzierung der Altersvorsorge bis 2030» geleistet hat. Die Reform der Altersvorsorge ist ein riesiges Projekt, das die umlagefinanzierte AHV sowie die auf Kapitaldeckung ausgerichteten Pensionskassen langfristig wieder sicherer machen soll. Heute sind diese Einrichtungen gefährdet, weil in beiden Teilen, in der ersten wie auch in der zweiten Säule, langfristig mehr Geld an die Bezüger der älteren Generationen ausbezahlt wird, als von den jungen Generationen eingebracht wird.

In der AHV entsteht deshalb ein Defizit und damit eine steigende Belastung künftiger Generationen; in den Pensionskassen wird heimlich immer mehr Geld, das eigentlich den Jungen gehört, an die älteren Bezüger ausbezahlt. Im vergangenen Herbst hat der Bundesrat die Botschaft zum Reformpaket verabschiedet, nun sind die Parlamentarier an der Reihe, auf dieser Grundlage die Gesetze wieder auf ein besseres Verhältnis zwischen Jung und Alt auszurichten. Die Ständeratskommission hat die

eigene Arbeit an den Reformvorschlägen vergangene Woche bei einigen Enthaltungen ohne Gegenstimme für gut befunden, aber es wäre falsch, daraus auf eine entschlossene Haltung der Politiker zu schliessen.

Erklärungsbedarf bleibt

Sie scheinen eher mitzulaufen. Die wichtigste Stelle in der Mitteilung über die Sitzungen von vergangener Woche ist wohl die Wendung ganz am Schluss: «Die Kommission tagte am [...] in Anwesenheit von Bundesrat Alain Berset.» Das ganze Reformpaket liegt auf der Linie einer Verwaltung und eines Bundesrats, welche die Altersvorsorge als eine riesige Umverteilungsanlage ansehen, mit der man eigene politische Wünsche verwirklichen kann, wenn man an die Ventile herankommt und sie richtig bedient.

Die dickste Leitung führt in Berts Anlage von der Mehrwertsteuer zur AHV. Die sozialdemokratischen Mechaniker wollen das Defizit in der ersten Säule vor allem durch Zuflüsse aus der Mehrwertsteuer ausgleichen, die deshalb erhöht werden soll. In der zweiten Säule soll eine leichte Reduktion des Umwandlungssatzes die Auszahlungsströme etwas verringern, aber es wird auch so immer noch so viel abfliessen, dass Junge Vermögen verlieren. Eine langfristige Stabilisierung wäre wohl gar nicht nach dem Geschmack einer Verwaltung mit ausgeprägtem Machbarkeitsglauben, viel spannender ist doch ein Wartungsauftrag, bei dem man immer wieder Leitungen reparieren und neue Ventile einbauen muss.

Die Ständeräte der Sozialkommission, unter denen auch sozialdemokratisch gesinnte Politiker aus FDP und CVP sind, haben wenig unternommen, um daran etwas zu ändern. Auch ihrer Ansicht nach sollen also die Steuerzahler und Konsumenten die Löcher in den Sozialeinrichtungen stopfen. Auf diese Weise müssen die Politiker der gewichtigen Wählergruppe der Älteren nicht auf die Füsse treten. Und vielleicht denken sie dabei auch ein wenig an sich selber, denn die meisten sind in einem Alter, in dem «die Sicherung der Finanzierung der Altersvorsorge bis 2030» den eigenen Lebenshorizont betrifft. Mit Umverteilen ist das vielleicht noch gerade zu bewältigen.

Probleme, die weiter in die Zukunft reichen, lassen sich ja dann später regeln – es sei denn, sie müssten plötzlich den eigenen Kindern oder Enkeln erklären, warum sie mit deren Vermögen spielen.



Ausgeprägter Machbarkeitsglaube: Berset.

Atomausstieg, nein danke

Von Markus Schär — Derzeit läuft keines der fünf Schweizer Kernkraftwerke – aber alles ist an, was in der Schweiz Strom braucht. Kämen die Schweizer also ohne Kernkraft aus?

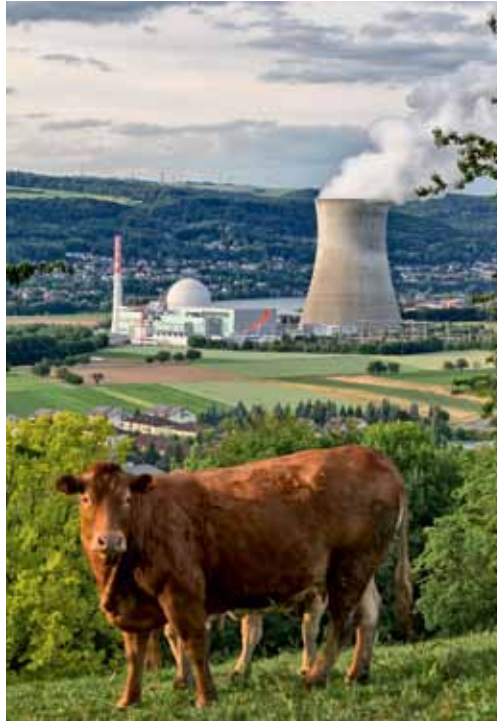
Die Roten und die Grünen klagten letzte Woche, denn sie mussten nach den Entscheidungen der Ständeratskommission endgültig einsehen: Die CVP und die BDP, die mit ihnen bei der Energiewende – und damit beim Verteidigen von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) – zusammenspannten, denken nicht daran, die Schweizer Kernkraftwerke vorzeitig abzuschalten. Sie begnügen sich bei der Energiestrategie damit, Milliarden-geschenke zu verteilen, vorzugsweise ihrer eigenen Klientel in den Bergkantonen.

Dafür jubeln die Missionare der Energiewende diese Woche. Schon im März ging der Block 1 des AKW Beznau wegen technischer Probleme vom Netz, am letzten Freitag auch der Block 2. Leibstadt und Mühleberg stehen wegen der jeden Sommer durchgeführten Jahresrevision still. Und in der Nacht auf Montag schalteten die Verantwortlichen auch Gösgen ab, weil es im nichtnuklearen Turbinenkreislauf ein Problem gab. Das heisst: In der Schweiz läuft derzeit kein Kernkraftwerk – aber jeder Zug und jeder PC, jeder Staubsauger und jeder Rasierapparat.

«Heute Nacht ohne Atomstrom», twitterte Greenpeace denn auch umgehend: «Alle Schweizer AKW stehen still, und alles läuft bestens.» Die Berner Nationalrätin Regula Rytz, die Co-Präsidentin der Grünen, verkündete «die frohe Botschaft»: «Es geht auch ohne AKW!» Ihr Zürcher Fraktionskollege Balthasar Glättli bestärkte sie: «Geht ja: Atomausstieg.» Und nur der Solothurner CVP-Energiewender Stefan Müller-Altermatt bewies etwas mehr Realitätsbezug: «Alle Schweizer AKW sind vom Netz! Bin gespannt auf die Stromhandelsbilanz der nächsten Tage.»

Euphorie im Hochsommer

Wie diese Bilanz aussehen dürfte, lässt sich aufgrund der Vorjahreswerte abschätzen. Gemäss der Elektrizitätsbilanz der Schweiz erzeugten im August 2014 die Wasserkraftwerke dank ihrer randvollen Stauseen insgesamt 4134 Gigawattstunden – die Kernkraftwerke, die wegen der Jahresrevision teils stillstanden, 1466 Gigawattstunden, nur gut die Hälfte ihrer möglichen Produktion. Das Land verbrauchte im August vor einem Jahr 4577 Gigawattstunden – und es verkaufte per Saldo 1007 Gigawattstunden ins Ausland. Auch im August 2014, wie in den Vorjahren mit ähnlichen Werten, hätten also die Kernkraftwerke nicht laufen müssen, damit in der Schweiz alles lief.



Die Grünen irren: AKW Leibstadt.

Liessen sie sich also abstellen, ohne dass die Schweizer etwas davon merken würden? Gemach, denn die jubelnden Grünen aller Parteien irren. Ihre Rechnung gilt nur für den Hochsommer. In den Wintermonaten braucht die Schweiz rund 6000 Gigawattstunden, davon liefern die Wasserkraftwerke nur die Hälfte. Ohne die Kernkraftwerke mit ihren 2400 Gigawattstunden gingen also alle Lichter aus.

Vor allem nehmen sich die Grünen selber ihr bestes Argument. Mit der Forderung nach dem Atomausstieg nötigen sie die Politik, Milliarden-subsidien für die wirkungslose Stromproduktion mit Solaranlagen oder Windrädern auszuschütten. Dabei zeigt sich jetzt, was Nationalrat Müller-Altermatt andeutet: Die Schweiz kann jederzeit Strom aus dem Ausland kaufen, selbst «grünen» Strom, für den Deutschland mit seinem Überfluss verzweifelt Abnehmer sucht. Sie muss also die Stromproduktion gar nicht ausbauen – der Wunsch nach Autarkie ist nirgends so sinnlos wie beim Strom, der sich so leicht handeln lässt wie kein anderes Produkt. Das sieht selbst SP-Nationalrat Roger Nordmann, der auf Twitter vorrechnete, dass der Einkauf einer Kilowattstunde derzeit vier Rappen kostet, die Erzeugung in Gösgen aber fünf und in Beznau sogar sieben Rappen: «Paradoxerweise sparen die Konzerne Geld.»

Hobbyschlepper

Von Wolfgang Koydl — Website rät zu Rechtsbruch: «Bring dir einen Migrant aus Italien mit».

Das Starterkit, das man gegen eine kleine Spende online erwerben kann, enthält schon alles, was man braucht: eine getönte Folie für das Heckfenster, ein Pappschild für einen daraufgekritzelten Städtenamen und kleine Fahnen in Schwarzrotgold für die Aussenspiegel. Derart gerüstet kann sich der deutsche Gutmensch reinen Gewissens und relativ risikofrei in sein neuestes Sommerabenteuer stürzen: «Schmuggle dir deinen eigenen Flüchtling aus den Ferien mit nach Hause».

Was wie ein schlechter Scherz klingt, ist leider ernst gemeint. Unter der Webadresse www.fluchthelfer.in fordert ein anonymes Berliner Peng Collective derzeit offen zum Rechtsbruch auf – Pardon: zum zivilen Widerstand. Eine Armee privater Fluchthelfer soll im eigenen PKW illegale Migranten über die Alpen von Italien in ihre neue Heimat in Deutschland schleppen.

Ein Filmchen, das je nach persönlicher Einstellung beim Betrachter entweder Tränen der Rührung oder einen Brechreiz auslöst, zeigt, wie es gemacht wird: Da fährt ein älteres Paar – er Typ pensionierter Gymnasiallehrer, sie ist sicher im Kirchenvorstand aktiv – mit seinem Golf über eine gewundene Passstrasse, im Fond einen jungen Schwarzen. Die drei machen sich Gedanken darüber, wie ungerecht das Leben Afrikanern mitspielt, bis sie die österreichische Grenze überqueren. Ein Schritt, den der Schwarze mit dem Handy festhält.

Die Grenze ist an dieser Stelle – empfohlen werden Nebenstrecken – von keinem Grenzer bewacht. Doch selbst wenn sie in eine Kontrolle geraten, haben Herr und Frau Fluchthelfer vorgesorgt: mit getönten Scheiben, die den blinden Passagier auf der Rückbank verstecken, mit dem Pappschild, das einen harmlosen Anhalter vortäuscht, und mit den Deutschland-Fähnchen am Rückspiegel, die den Hobby-Menschenschmuggler als fremdenfeindlichen Patrioten ausweisen sollen. Für den Fall eines Verhörs raten die Berliner Organisatoren zur Aussageverweigerung. So könne man einander nicht widersprechen.

Das Ganze wäre lächerlich, wenn sich die Rechtsbrecher nicht auf ein hohes moralisches Ross schwängen. Denn sie vergleichen sich allen Ernstes mit jenen Menschen, die Juden aus dem Nazireich zur Flucht verhalfen. Ein Senegalese mit schlechten Berufschancen fällt in eine andere Kategorie. Viele Deutsche stört das nicht: Die Website findet grossen Zuspruch.

Personenkontrolle

**Steinmeier, Tagliavini,
Burkhalter, Sarasin,
Maschmeyer, Müller,
Bruder, Hochuli, Müller,
Sommaruga, Strache,
Spiess-Hegglin**

Eine «Krisendiplomatin par excellence» würdigte der deutsche Aussenminister **Frank-Walter Steinmeier** zum Abschluss seines Besuchs in der Schweiz: Er ehrte in der deutschen Botschaft die Schweizer Diplomatin **Heidi Tagliavini** mit dem Grossen Bundesverdienstkreuz mit Stern, dies für ihre Verdienste in Krisengebieten wie Tschetschenien oder Georgien, zuletzt als Sondergesandte der OSZE in der Ukraine. Alles schön und gut – nur: In der Bundesverfassung stand seit 1931, von 70 Prozent der Stimmbürger angenommen, ein Verbot für Schweizer Behördenmitglieder, Beamte und Militärs, Orden von ausländischen Staaten anzunehmen. Bei der Totalrevision der Bundesverfassung galt diese Bestimmung nicht mehr als verfassungswürdig; sie findet sich aber immer noch in Gesetzen, so für die Staatsangestellten im Bundespersonalgesetz. Wie hält es das Aussendepartement damit? Es antwortet sec: «Frau Tagliavini steht nicht mehr unter Vertrag mit dem EDA, also gilt diese Bestimmung für sie nicht.» Bei der munteren Suche nach dem Superdiplomaten im Sommerloch handelten allerdings unter anderem *Blick* und *NZZ* Heidi Tagliavini als Kandidatin. Und bei der Ankündigung, dass die 65-jährige Diplomatin auch den mit 200 000 Franken dotierten Preis der Stiftung Dr. J. E. Brandenberger erhält, stellte die Depeschagentur fest: «Tagliavini steht seit 1982 im Dienst des Bundes.» (sär)

Was das Aussendepartement von den Journalisten hält, beweist es nicht nur anhand der Hetze gegen die eigenen Leute, die angeblich der *Weltwoche* verrieten, wie schwer es sich mit dem Eingliedern der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit tut (*Weltwoche* Nr. 33/15). Am Montag lud das Departement zu einem «Treffen des schweizerischen Aussenministers und des deutschen Aussenministers mit den Medien» ins Berner Von-Wattenwyl-Haus. Dabei würdigten allerdings Bundesrat **Didier Burkhalter** und sein Gast **Frank-Walter Steinmeier** in länglichen Statements nur die Verdienste der Schweiz um die OSZE, und der deutsche Aussenminister pflegte zu den Beziehungen der Schweiz mit der EU die hohe diplomatische Kunst des Nichtssagens. Dann gab es fünf Fragen von ausgewählten Journalisten, darauf mussten sich die Medienleute in die Garderobe zurückziehen, um den Abgang der beiden Aussenminister mit ihrem



Im Dienst? Nicht im Dienst? Heidi Tagliavini.

Tross nicht zu behindern. Eine Medienfrau vom Aussendepartement hatte ihnen vorher eingeschärft: «Sie müssen verschwinden wie die Kakerlaken.» (sär)

Neues im Fall «Deutschland gegen die Bank Sarasin»: Unter grosser medialer Aufmerksamkeit hatten die Staatsanwaltschaften Zürich und Basel vor einem Jahr schweizweite Razzien orchestriert. Bankchef **Eric Sarasin** musste daraufhin den Hut nehmen. Als Geschädigte in mehreren Sarasin-Investments gerieren sich die Milliardäre **Carsten Maschmeyer** und **Erwin Müller** sowie der deutsche Staat, der einen Abgabebetrug wittert und die Schweiz um Rechtshilfe ersucht hat. Schon früher berichtete die *Weltwoche* über die wackelige juristische Grundlage des Rechtshilfeersuchens (*Weltwoche* Nr. 48/14, «In deutschen Diensten»). Womöglich hat sich die zuständige Kölner Staatsanwältin auch strafbar gemacht, indem sie bereits vor ihrem Gesuch an die Schweizer Justizbehörden Festnetzanschlüsse in der Schweiz abhören liess. Sie wurde von einem Betroffenen bei der Schweizer Bundesanwaltschaft sowie in Deutschland verzeigt. Die Strafanzeige wirft ihr «Verbotene Handlungen für einen fremden Staat» (Art. 271 StGB) und «Abhören und Aufnehmen fremder Gespräche» (Art. 179bis) vor. (fsc)

Die Aargauer wissen kaum noch wohin mit den vielen Asylbewerbern, die der Bund ihnen zuweist. Der Kanton hat darum das unterirdische Notspital in Baden geöffnet, um bis zu zweihundert Asylanten einzuquartieren. Der Bezug läuft seit einigen Tagen. Was aber, wenn das Notspital wie vorgesehen bei einer Katastrophe zum Einsatz kommen sollte – etwa nach einem Erdbeben? Wie beim Kantonsspital Baden zu erfahren ist, würde es im Ernstfall vier bis fünf Stunden zusätzlich dauern, bis die geschützte Operationsstelle (Gops), wie sie offiziell heisst, betriebsbereit wäre. Die Frage, was im Katastrophenfall mit den ausquartierten



Längliche Statements: Steinmeier, Burkhalter.



Geschädigte Milliardäre: Banker Sarasin.

Asylsuchenden passiert, scheint den Zuständigen einige Mühe zu bereiten. Es seien «weitere unterirdische Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden, die im Notfall genutzt werden könnten», antwortet **Balz Bruder**, Sprecher der zuständigen Aargauer Regierungsrätin **Susanne Hochuli** (Grüne). Es braucht einige hartnäckige Nachfragen, bevor Bruder zumindest einen konkreten Unterbringungsort für die Asylanten nennen kann: die Gops des Kantonsspitals Aarau. Ob das Notspital Aarau für Asylbewerber aber tatsächlich freistünde, wenn das benachbarte Notspital Baden wegen eines Katastropheneinsatzes ausgelastet ist, scheint fraglich. Der ebenfalls angeschriebene Badener Stadtmann **Geri Müller** (Grüne) führt an, dass im Katastrophenfall «auch Turnhallen als Notunterkünfte» für obdachlos gewordene Asylbewerber eingesetzt werden könnten – und rettet damit Sprecher Bruder vor weiteren mühsamen Journalisten-Nachfragen. (are)

Lob für ihre Flüchtlingspolitik erhält Bundespräsidentin **Simonetta Sommaruga** eher selten. Dennoch wird sie sich wohl nicht über den donnernden Zuspruch freuen, der ihr soeben aus Österreich zuteil wurde. Denn die Lobes-



Wacklige Grundlage: Carsten Maschmeyer.



«Turnhallen als Notunterkünfte»: Geri Müller.



6000 neue Follower: Spiess-Hegglin.

rede kam von **Heinz-Christian Strache**, dem Chef der rechtskonservativen Freiheitlichen Partei (FPÖ), einem Politiker, der im linken Schweizer Weltbild irgendwo rechts von **Christoph Blocher** und knapp links von **Dschingis Khan** angesiedelt wird. Strache verkündete im Staatssender ORF, dass die Schweiz «kein Flüchtlingsproblem» habe, und fragte verwundert: «Was macht sie anders?» Bewiesen ist damit freilich nur, dass man auch beim Nachbarn im Osten wenig von uns weiss. (ky)

Seit zehn Tagen verzeichnet das Profil der Zuger Kantonsrätin **Jolanda Spiess-Hegglin** (Grüne) auf dem Kurznachrichtendienst Twitter ein raketenmässiges Wachstum an Abonnenten (Followern). Folgten ihr am 6. August noch rund 1300 Personen, was für Schweizer Verhältnisse ordentlich, aber nicht berauschend ist, gewann sie innert vier Tagen mehr als 6000 neue Follower und steht nun bei 7400. Ein genauer Blick auf die neuen Follower der Politikerin zeigt: Fast alle stammen aus dem englischsprachigen Raum oder sind erst seit kurzem bei Twitter registriert. Offensichtlich hat sich jemand mit Frau Spiess-Hegglin einen Scherz erlaubt. (fsc)

Nachruf



Superheld ohne Superkräfte: Lenny Robinson.

Lenny «Batman» Robinson (1964–2015) — Wo er aufkreuzte, fielen die Kinnladen und es lachten die Kinderherzen. Seit Jahren besuchte Lenny B. Robinson, als Batman verkleidet, Spitäler in seiner Heimat, dem US-Bundesstaat Maryland, und er erzeugte Freude und Begeisterung unter den todkranken kleinen Patienten. Über Amerika hinaus Aufsehen erregte Robinson, als er vor drei Jahren von einer Polizeistreife in seinem aufgemotzten Lamborghini angehalten wurde. Ein Video der Kontrolle von Robinson in Vollmontur wurde über Nacht zum Megahit im Internet.

«Batman» Robinson verdiente sein Geld mit einem Putzgeschäft. Hunderttausende von Dollar habe er in sein Batmobil, sein Kostüm und allerlei Spielzeug investiert, das er mit «Batman» signierte und den kranken Kindern schenkte, zitiert die *Washington Post* Robinsons Bruder. Trotz seiner furchteinflössenden Arbeitskleidung habe Robinson stets darauf geachtet, dass er die Kleinsten nicht erschreckte. Er habe sie auf die Arme gehoben, damit sie ihm von oben durch seine Maske in die Augen sehen konnten. Robinson hatte seine eigene Theorie, warum der «dunkle Ritter» die Kinder besonders anspricht: «Batman ist der einzige Superheld, der keine Superkräfte hat», sagte er in einem Onlinechat der *Washington Post*. «Er ist auf natürliche Art ein Superheld.»

Letzten Sonntag, kurz nach Einbruch der Dunkelheit, hatte Robinsons Batmobil einen Motorendefekt. Als er ausstieg, um den Schaden zu prüfen, wurde er von einem Auto erfasst. «Batman» Robinson war auf der Stelle tot.

Urs Gehrig



Herzblut und Verve: Christiane Langenberger.

Christiane Langenberger (1941–2015) — Christiane Langenberger war eine engagierte, gradlinige und äusserst charmante Politikerin. Und sie war eine Pionierin. Sie war die erste Frau, welche die FDP präsidierte. Dieses Amt übte sie mit viel Geschick und Hartnäckigkeit aus – beides Werte, die ihr zugutekamen, ja sogar notwendig waren. Sie trat ihre Präsidentschaft in einer für die FDP stürmischen und bewegten Zeit an. In einer Zeit, in der viele vom Niedergang des Freisinns sprachen. Christiane Langenberger verstand es, die Partei zusammenzuhalten und in eine vielversprechende Zukunft zu führen.

Begonnen hatte sie ihre politische Karriere in ihrer Heimatgemeinde Romanel-sur-Morges, wo sie 1987 in die Gemeindeexekutive eintrat. Mit viel Herzblut und Verve hat sie sich schnell für die politische Arbeit auf Bundesebene empfohlen, wohin sie ihr Nationalratsmandat 1995 brachte. Während vier Jahren vertrat sie die Waadtländer Bevölkerung in der Grossen Kammer, bevor sie als Vertreterin ihres Kantons in den Ständerat gewählt wurde, wo sie bis 2007 blieb. Mit ihrer Kandidatur für die Nachfolge von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz unterstrich sie ihr Engagement für die Schweiz ein weiteres Mal.

Christiane Langenberger war eine wunderbare Person. Ihre Gradlinigkeit und ihre Menschlichkeit bleiben mir in wertvoller Erinnerung. Die Schweizer Politik, aber auch die Gesellschaft in unserem Land, hat am vergangenen Sonntag eine grosse Persönlichkeit verloren.

Ruedi Noser

Auf dem Fließband in die Schweiz

Von Alex Reichmuth und Jonas Baumann (Illustration) — Die Schweiz hat im Asylbereich eigentlich schon genug Schwierigkeiten. Doch die Bundespolitik arbeitet daran, diese weiter zu vergrössern. Regierung und Parlament verabschieden Gesetze, die das Land für illegale Migranten noch attraktiver machen.

In den letzten Jahren strömten tendenziell immer mehr Asylbewerber in das Land. Die Zahl der Gesuche hat sich im Vergleich zu 2007 fast verdreifacht. Allein im vergangenen Juli waren es gegen 4000 neue Anträge – ein Drittel mehr als vor einem Jahr. Die Asylunterkünfte sind übervoll. Viele Kantone und Gemeinden haben Mühe, neue Asylanten, die ihnen vom Bund zugeordnet werden, unterzubringen. Es mehren sich die Stimmen, die eine restriktivere Flüchtlingsanerkennung fordern. Die eingeforderte Solidarität ist am Sinken. Die Bevölkerung hat vermehrt den Eindruck, dass vor allem Wirtschaftsmigranten vom Asylrecht profitieren.

Jetzt könnten sich die Schweizer Asylprobleme aber noch vergrössern. Denn der Bundesrat und das Parlament treiben fatale gesetzliche Veränderungen voran oder haben sie schon vollzogen. Diese Neuerungen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass bald noch mehr Menschen ins Land kommen, die als Flüchtlinge anerkannt sein wollen, dass deren Chancen auf ein Bleiberecht noch grösser als heute sein werden und dass selbst diejenigen, welche die Schweiz eigentlich verlassen müssten, sich der Ausreise entziehen können.

Zum einen geht es um die Asylreform, über die das Parlament derzeit berät. Die Reform aus der Küche von Asylministerin Simonetta Sommaruga (SP) verspricht vordergründig eine Beschleunigung der Anerkennungsverfahren. Mantrahaft führen linke Politiker die Asylreform als Rezept gegen die steigenden Probleme im Flüchtlingsbereich an. Zwar wäre es in der Tat dringend, dass Asylbewerber nicht mehr jahrelang auf einen Entscheid warten müssten, sondern innert weniger Wochen oder Monate Klarheit hätten. Doch die Asylreform ist so konzipiert, dass die Asylverfahren kaum effizienter ablaufen, wie versprochen, sondern noch aufwendiger werden.

Flut an Rekursen zu erwarten

Zentraler Mangel ist die vorgesehene kostenlose Rechtsvertretung: Alle Asylbewerber sollen künftig während des Verfahrens unentgeltlich die Dienste von Juristen in Anspruch nehmen können, die ihre Interessen verteidigen. Damit würde die Rechtslage schneller geklärt, was die Asylverfahren beschleunige, argumentieren zwar die Befürworter der Asylreform. Zutreffen dürfte das Gegenteil:

«Gratisanwälte» für alle werden eine Flut an Rekursen und Wiedererwägungsgesuchen zur Folge haben und so erheblich Sand ins Getriebe bringen.

Es ist eine ökonomische Binsenwahrheit, dass jede Ressource übermässig genutzt wird, wenn sie gratis zu haben ist. Asylbewerber mit abgelehntem Gesuch können in Zukunft dank der Asylreform anwaltliche Leistungen à discrétion in Anspruch nehmen und beliebig gegen Entscheide rekurrieren. Sie haben keine finanziellen Folgen zu tragen, selbst wenn ihre Wiedererwägungsgesuche chancenlos sind. Auch ihre juristischen Vertreter müssen kein Prozessrisiko tragen. Da ihr Honorar staatlich garantiert ist, haben sie vielmehr ein Interesse, ausufernd tätig zu werden.

Stossend ist auch, dass nicht nur Anwälte mit Registrierung in der Schweiz als Rechtsvertreter von Asylbewerbern agieren können, sondern alle, die einen juristischen Hochschulabschluss irgendeines Landes vorzuweisen haben. Schon jetzt gibt es juristische Büros, die sich auf die Vertretung von Asylbewerbern spezialisiert haben. Kommt die Asylreform wie geplant durch, dürften ihnen in Zukunft fette Gewinne winken.

Enteignung als Normalfall

Die unentgeltliche Rechtsvertretung für Asylbewerber stellt ein Unikum dar. In anderen Verfahren der Behörden ist so etwas nicht üblich. Zudem darf man nicht vergessen, dass schon heute bei jeder Befragung von Asylanten Beobachtungspersonal von Hilfswerken dabei ist. Dieses kontrolliert, ob alles rechtens vor sich geht, und garantiert damit weitgehend faire Verfahren.

Die Asylreform soll es den nationalen Behörden zudem erleichtern, eine Reihe von Bundeszentren für Asylbewerber zu eröffnen. Auch diese Zentren sollen zwar vordergründig die Verfahren beschleunigen. Der Effekt dürfte aber vor allem sein, dass Tausende neuer Plätze für angebliche Flüchtlinge entstehen, der Druck zu echten Neuerungen in der Asylpolitik damit sinkt und die Laissez-faire-Politik Berns weiterlaufen kann. Insbesondere bekommt der Bund die Möglichkeit zur Enteignung von Landbesitzern, um den Bau der Bundeszentren durchzusetzen. Die üblichen Planungs- und Bauverfahren mit den entsprechenden Einsprachemöglichkeiten wären ausser Kraft gesetzt. Das Recht zur

Enteignung, bisher eine Art Ultima Ratio etwa zugunsten von mehr Sicherheit, würde im Asylrecht zum Normalfall. Der Bund könnte noch stärker als heute seine Interessen auf Kosten von Kantonen und Gemeinden durchsetzen.

Trotz dieser Mängel hat der Ständerat die Asylreform im Juni abgesegnet. Vor wenigen Tagen hat auch die zuständige Kommission des Nationalrats Zustimmung beschlossen – mit 14 gegen 7 Stimmen. Das Ja des Nationalratsplenums könnte schon in der Herbstsession vorliegen.

Eine weitere gesetzliche Änderung, welche die Probleme im Asylbereich vergrössern statt verkleinern könnte, ist bereits beschlossen und in Kraft: die Dublin-III-Verordnung. Im Gegensatz zur Asylreform hat sie kaum Schlagzeilen gemacht, obwohl sie seit Anfang Juli gilt. Es geht um Massnahmen der EU im Rahmen des Dublin-Übereinkommens, das europaweit Vorgaben für Asylverfahren macht. Mit Dublin III will die Europäische Union die Verfahren straffen und beschleunigen. Insbesondere wird die Ausschaffungshaft für Asylbewerber vereinheitlicht, die in ein anderes europäisches Land überführt werden sollen. Konkret darf die Ausschaffungshaft maximal

Asylbewerber können künftig anwaltliche Leistungen à discrétion beanspruchen.

noch 3 Monate dauern, während in der Schweiz bisher 18 Monate zulässig waren. Zudem gelten für die Behörden strengere Anforderungen, wann sie Ausschaffungshaft anordnen können. Kritiker warnen, dass sich Asylbewerber unter den neuen Bedingungen einfacher der Überführung in ein anderes europäisches Land entziehen können. Die Schweiz hat sich aber 2004 in einer Volksabstimmung für den Anschluss an das Dublin-Übereinkommen ausgesprochen und ist seit Dezember 2008 dabei. Sie muss darum die Bestimmungen von Dublin III automatisch übernehmen.

Vollzugsprobleme im Dublin-Verfahren

Gemäss dem Dublin-Übereinkommen kann jede Person nur in einem einzigen assoziierten Staat Asyl beantragen – und zwar in dem Staat, den sie zuerst betritt. Reist ein Asylbewerber in einen anderen Dublin-Staat und stellt dort



«Das wird sich unter Asylanten rasch herumsprechen.»

ein weiteres Asylgesuch, wird er in den Erstaufnahmestaat zurückgeführt.

In der Praxis funktioniert dieses Dublin-Verfahren aber oft nicht. In jüngster Zeit haben die Probleme damit sogar deutlich zu-

genommen. Aufgrund des immer grösseren Ansturms von Menschen aus Nahost und Afrika registrieren südeuropäische Länder wie Italien und Griechenland viele ankommende Migranten nicht, sondern dulden stillschwei-

gend ihre Weiterreise in nördlichere Staaten. Alle Bemühungen der EU, die Asylsuchenden gleichmässiger auf die Dublin-Staaten zu verteilen, sind bisher gescheitert. Denn vor allem einige Länder im Norden Europas, wo kaum

**NUR 5%
ALLER PATRONS
ÜBERGEBEN
AN IHRE TÖCHTER.
VÄTER, WERDET
MUTIGER!**



Yvonne Zurbrügg
Chefredaktorin Women in Business

#SagesderSchweiz

Und was ist Ihre Botschaft an die Schweiz? Schreiben Sie es uns auf www.SagesderSchweiz.ch.
Schon bald könnte Ihre Aussage als Inserat erscheinen.

Flüchtlinge ankommen, wehren sich gegen die Zwangszuteilung von Asylanten. Das Dublin-Übereinkommen droht an den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten zu scheitern.

Die Probleme mit dem Dublin-Übereinkommen zeigen sich auch in der Schweiz. Seit das Übereinkommen hier gilt, hat das Land zwar fast jedes Jahr mehr Anfragen an andere Mitgliedstaaten zur Rücknahme von Asylbewerbern gestellt. Waren es 2009 noch 6041 solcher Anfragen, stieg die Zahl letztes Jahr auf 14 900 (siehe Grafik). Die angefragten Staaten sind aber immer weniger bereit, Asylsuchende zurückzunehmen. Erhielt die Schweiz 2009 auf die Zahl ihrer Anfragen noch 76 Prozent Zusagen, waren es 2014 nur noch 38 Prozent. Es ist bekannt, dass namentlich Italien Anfragen zur Rückübernahme von Asylanten – wenn überhaupt – höchst zögerlich bearbeitet.

Die Schweiz hat zudem interne Vollzugsprobleme. Nur ein Teil der Asylbewerber, deren Überführung von den angefragten Dublin-Staaten gutgeheissen wird, kann tatsächlich überstellt werden. Ein grosser Teil dieser Asylanten entzieht sich der Überführung. Viele tauchen ab. Einige von ihnen dürften die Schweiz verlassen und in irgendein anderes Land weiterreisen. Viele bleiben aber

Ein grosser Teil der Asylanten entzieht sich der Überführung. Viele tauchen ab.

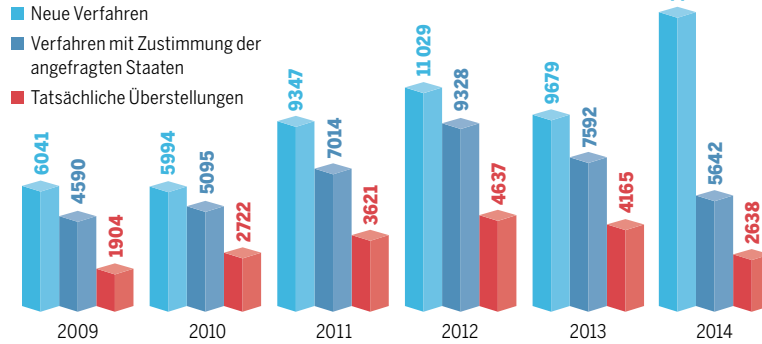
wohl hier und versuchen, ihren Aufenthalt auf andere Art zu sichern – indem sie etwa heiraten oder ein Kind zeugen.

2014 konnte die Schweiz nur 2638 Personen im Rahmen von Dublin an andere Staaten überstellen, obwohl im gleichen Jahr in 5642 Fällen eine Zustimmung vorlag. Mehr als die Hälfte der Asylanten entzog sich also der Überführung. Diese Ausfallquote lag noch höher als in den Jahren zuvor. Gemessen an allen Dublin-Anfragen der Schweiz, fanden gar nur 18 Prozent Überführungen statt.

Es ist daher nachvollziehbar, dass mehrere Kantone Asylbewerber in den vergangenen Jahren sofort und grundsätzlich in Ausschaffungshaft genommen haben, sobald die Zustimmung der angefragten Staaten, sie zurückzunehmen, vorlag. Die Kantone sind für den Vollzug der Dublin-Überstellungen zuständig. Doch mit den neuen Regeln von Dublin III ist diese Praxis nicht mehr zulässig. Neu können die Kantone Asylbewerber nur noch dann in Haft nehmen, wenn sie belegen können, dass die Asylbewerber sich sonst der

Dublin-Fälle (Out-Verfahren)

Anfragen der Schweiz an andere Dublin-Staaten zur Übernahme von Asylbewerbern



QUELLE: STAATSEKRETARIAT FÜR MIGRATION (SEM)

Problematische Entwicklung: Rückübernahmen gehen zurück.

Überstellung entziehen würden. Die Haft könne «nur im Einzelfall bei erheblicher Gefahr des Untertauchens» angeordnet werden, schreibt das Staatssekretariat für Migration (SEM) in seinen Weisungen. Es müssten «konkrete Indizien» dafür vorliegen, dass die betreffenden Asylsuchenden untertauchen wollten.

Eine weitere Erschwernis für die Vollzugsbehörden sind die kürzeren Fristen für die Ausschaffungshaft. Zwar dauerte diese Haft bisher durchschnittlich nur 21 Tage. Normalerweise schaffen es die Behörden in kurzer Zeit, alle Papiere für die Überführung bereitzustellen und die Reise zu organisieren. Vor allem bei Asylanten, die sich gegen die Überführung sträuben, kann es aber erheblich länger dauern. Wenn diese jegliche Mitwirkung verweigern, kann das die Papierbeschaffung stark verzögern. Wenn sie sich gar physisch gegen die Überführung wehren, werden Zwangsmassnahmen nötig. Im Extremfall werden Asylanten gefesselt in speziellen Flügen mit erheblichem Polizeiaufgebot überführt. Es gibt strikte Regeln dafür, unter welchen Umständen solche Zwangsmassnahmen möglich sind. Manchmal verstreichen darum viele Monate, bis renitente Asylbewerber tatsächlich überführt werden können.

Freilassen statt ausschaffen

Nach den neuen Regeln der EU können die Behörden Asylanten aber nur noch 13 Wochen in Ausschaffungshaft nehmen. Wehren sich diese gegen die Überführung, ist zwar zusätzlich eine «Renitenzhaft» von maximal 6 Wochen möglich. Insgesamt darf die Haft aber höchstens 3 Monate dauern. Gelingt es den Behörden in dieser Zeit nicht, sie in andere Staaten zu überführen, müssen sie die Asylbewerber freilassen.

Schon früh gab es in der Schweiz Stimmen, die warnten, die verkürzte Ausschaffungshaft komme renitenten Asylbewerbern entgegen. Wenn nicht mehr wie bisher maximal 18 Monate Haft möglich seien, werde jeder Asylant

belohnt, der sich seiner Überführung widersetze. Zudem würden noch mehr Asylbewerber abtauchen, wenn sie nicht sofort in Ausschaffungshaft gesetzt werden könnten. Die Vorbehalte gegen die Umsetzung von Dublin III waren darum gross. Die FDP etwa bezeichnete es in der Vernehmlassung als «nicht hinnehmbar», dass mit einer geringeren Anzahl Dublin-Rückführungen und höheren Kosten für die Kantone zu rechnen sei. Auch viele Kantone warnten. Man befürchte, «dass ein Untertauchen fast zur Praxis wird», sagte Marcel Suter, Präsident der Vereinigung kantonaler Migrationsbehörden, gegenüber den Medien.

Das Parlament hatte aber keine Wahl, denn mit dem automatischen Nachvollzug musste es die neuen Regeln der EU akzeptieren, wenn es nicht mit dem Dublin-Übereinkommen insgesamt brechen wollte. Es stimmte letztes Jahr also Dublin III zu, gegen die Stimmen der SVP.

Vermehrte Kriminalität?

Die *Weltwoche* hat eine Reihe von Kantonen angefragt, wie sie heute die Auswirkungen von Dublin III einschätzen. Konkrete Erfahrungen fehlen zwar noch weitgehend. Trotzdem befürchten viele Kantone Schwierigkeiten – auch wenn sie es zurückhaltend formulieren. Der Kanton Graubünden etwa betont, problematisch sei vor allem, dass die Behörden künftig vor jeder Ausschaffungshaft eine konkrete Gefahr des Abtauchens belegen müssen. Dies könne den Vollzug «erheblich erschweren». Ähnlich tönt es aus dem Kanton Bern. «Wir rechnen damit, dass eine höhere Anzahl an Personen untertauchen wird», heisst es hier.

Unter Zusicherung der Anonymität äussern sich gewisse Fachleute prägnanter. «Wenn renitente Asylbewerber wegen der verkürzten Haftfristen freigelassen werden», sagt ein Insider mit viel Erfahrung mit Zwangsmassnahmen, «wird sich das unter Asylanten rasch herumsprechen.» Problematisch sei vor allem, dass untergetauchten Asylbewerbern, die in der Schweiz blieben, oft nur der Weg in die Kriminalität offenstehe.

Kritik sowohl an der Dublin-III-Verordnung wie an der Asylreform scheint in Bundesbern allerdings nicht anzukommen. Das zuständige Departement unter Führung von Bundespräsidentin Sommaruga stellt sich weitgehend taub gegenüber Forderungen, die vorherrschende Willkommenskultur bei angeblichen Flüchtlingen zu überdenken. Probleme werden mit dem steten Hinweis auf die humanitäre Tradition der Schweiz übergangen. Jeder Einwand gilt als kleinlich oder gar als fremdenfeindliche Regung. ○

Das Asylmonopol

Von *Florian Schwab* — Nicht nur Rechtsanwälte und die Sozialindustrie profitieren vom wachsenden Migrationsstrom. Der Staat hat mit der Auslagerung der Asylantenbetreuung eine lukrative Nische geschaffen, in der sich ein findiger Monopolist eingerichtet hat.



Logistische Herausforderung: Beschäftigungsprogramm für Asylbewerber.

Fast 12 000 Asylgesuche verzeichnet das Staatssekretariat für Migration (SEM) im ersten Halbjahr 2015. Die Asylanten werden in den fünf Bundeszentren in Chiasso, Vallorbe, Basel, Altstätten und Kreuzlingen erfasst, bevor sie nach ein paar Wochen auf die Kantone und Gemeinden verteilt werden. Angesichts der zuletzt rasant zunehmenden Gesuche sind die Erstaufnahmezentren mitsamt Notunterkünften derzeit zu 99 Prozent ausgelastet.

Die Betreuung der Asylanten ist eine logistische Herausforderung. Man muss für jeden Asylbewerber Kost und Logis bereitstellen, Kleider organisieren und ihm ein monatliches Sackgeld auszahlen. Wenn der Bund die Bewerber auf die Kantone verteilt, geht es weiter: Unterbringung, Verpflegung, Betreuung.

Seit dem Jahr 1992 lagert der Bund den Betrieb der Erstaufnahmezentren an Private aus. Immer mehr Kantone und Gemeinden folgen seinem

Beispiel, indem sie die konfliktträchtige Aufgabe auf externe Firmen übertragen. Die operative Asylantenbetreuung wird so zu einer Art Fliessbandaufgabe – vertraglich über Jahre hinweg abgesichert und den Einwänden von Politik und Öffentlichkeit entzogen. Dabei ist es ja nicht so, dass die Privaten das Risiko der steigenden Asylzahlen auf sich abwälzen liessen. Aus Sicht des Steuerzahlers könnte die externe Vergabe gleichwohl sinnvoll sein, solange die Auslagerung günstiger ist als die staatliche Erledigung.

Betrachtet man allerdings die Angebotsseite in diesem Markt, so sind Zweifel angebracht: Das Feld teilen sich die private Firma ORS-Service AG und (seit 2010) die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) auf. Letzteres ist eine Verwaltungseinheit der Stadt Zürich. Politisch kam das Betreuungskartell vor drei Jahren unter Druck, als der Bündner SVP-Nationalrat Heinz

Brand durchsetzte, dass der Bund auch den Auftrag für die Betreuungsaufgaben in den Bundeszentren öffentlich ausschreiben muss. Dabei blieben drei Anbieter unter sich: die ORS als jahrzehntelanger Partner der Migrationsbehörde, die Firma ABS Betreuungsservice AG, die in der Nordwest- und Ostschweiz aktiv ist, sowie die Asylorganisation der Stadt Zürich. Die Hilfswerke, die in der Flüchtlingsbetreuung eine historische Rolle spielten, tauchten nur unter «ferner liefen» auf. Der bisherige Platzhirsch ORS erhielt den Zuschlag in vier der fünf Verfahren, die staatliche AOZ bekam nur ein Empfangszentrum zugesprochen.

Die ABS hingegen ging leer aus und wurde im folgenden Jahr von der ORS übernommen. Seither gibt es nur noch die ORS und die AOZ. Der Versuch, durch die Ausschreibungen mehr Wettbewerb zu schaffen, misslang. Die ORS sitzt fester im Sattel denn je. Unverbrüchlich scheinen die Bande zum SEM. Dieses weigert sich unter Verweis auf den Datenschutz, Transparenz über die der ORS vergüteten Kosten herzustellen, Ausschreibung hin oder her.

Unglaubliche Beteuerungen

Dieses Arrangement scheint für alle Parteien angenehm zu sein, und so ist der private Anbieter ORS im kommunikativen Zusammenspiel mit dem SEM sorgsam darauf bedacht, nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, er erwirtschaftete Gewinne. Es werde behauptet, die ORS mache «Gewinne auf dem Buckel der Asylsuchenden», schreibt das Unternehmen auf seiner Website. Das aber wäre «moralisch absolut unhaltbar». Zudem könne «ein solcher gar nicht erzielt werden». Es gebe «keinen Spielraum, den irgendjemand ausnutzen könnte». In diesen Beteuerungen wirkt die ORS wie eine Krankenkasse, die im Bereich der obligatorischen Krankenversicherung ja keine Gewinne erwirtschaften darf.

Ist dies der Fall? Die ORS organisiert nach eigenem Bekunden mit 500 Mitarbeitern für rund vierzig Gemeinden und fünf Kantone die Unterbringung und Betreuung von Asylanten. Die Beteuerung, keinen Gewinn zu erzielen, wirkt unglaubwürdig. Gerade in Zeiten des anschwellenden Flüchtlingsstroms müsste die Marge alleine durch Grössenvorteile steigen. Letzte Schätzungen aus dem Jahr 2013 veranschlagten den Umsatz der ORS auf rund 70 Millionen Franken, was heute deutlich zu tief gegriffen sein dürfte. Finanzkennzahlen sind aber von der ORS nicht zu erfahren.

Natürlich erwirtschaftet die Firma Gewinne. Eine erste Blütezeit erlebte der Geschäftszweig in den neunziger Jahren mit den Balkankriegen und den steigenden Flüchtlingszahlen. 1992 kontaktierte gemäss ORS-Firmenchronik der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft die Temporärfirma Adia Interim mit der Anfrage, ob diese nicht ein kantonales Durchgangszentrum für Asylanten betreiben könne. Die Schweizer Zeitarbeitsfirma, die nach 2000 mit der französischen Ecco zu Adecco fusioniert werden sollte, liess von dem heiklen Feld selber die Finger und reaktivierte zu dem Zweck lieber eine schlummernde Tochtergesellschaft mit dem Namen Organisation für Regie- und Spezialaufträge (ORS). Im selben Jahr erhielt die ORS vom damaligen Bundesamt für Migration (BfM) den Auftrag, die Asylantenbetreuung in den Zentren des Bundes zu organisieren, was sie bis 2013 in Eigenregie tat.

Seit 2005 ist das Unternehmen in der Hand zunehmend komplexer Private-Equity-Strukturen, also verschachtelter Beteiligungsgesellschaften, die sich ausserhalb geregelter Märkte in private Firmen einkaufen und diese gegen die Gewährung von Fremdkapital auf Rentabilität trimmen. Dreimal wechselte die ORS unter den genannten Vorzeichen in den letzten zehn Jahren den Besitzer. Finanzielle Verschwiegenheit gehört hier zum Geschäft.

Der jüngste Verkauf fand 2013 statt: Der langjährige ORS-Direktor Eric Jaun und sein Nachfolger übernahmen einige Anteile im Rahmen eines Management-Buy-outs mithilfe des Zürcher Ablegers der Londoner Private-Equity-Gesellschaft Equistone. Wenn ein jahrzehntelanger Kenner des Geschäfts privat investiert, muss es wohl rentabel sein. Dokumente, die der *Weltwoche* vorliegen, zeigen, dass damals 10 Prozent der Anteile für rund 9 Millionen Franken den Besitzer wechselten. Der damalige Wert des Unternehmens darf also vorsichtig auf 90 Millionen Franken veranschlagt wer-

Wenn ein Kenner des Geschäfts privat investiert, muss es wohl rentabel sein.

den – und dies vor der Übernahme des Konkurrenten ABS. Für Private-Equity-Experten ist ein unter Mitwirkung formidabler Wirtschaftskanzleien rasch drehendes Besitzerkarussell ein untrügliches Zeichen für eine mehr als gesunde Ertragslage.

Mit den Schweizer Staatsaufträgen im Rücken expandierte die ORS kürzlich nach Österreich, wo sie sämtliche Bundeszentren betreibt. Auch in Deutschland betreut die Firma zwei grosse Asylheime. Die ORS-Eigentümerin Equistone rechnet im letzten Jahres-

bericht mit «steigenden Ertragsströmen» aus dem Asylantengeschäft und kündigt eine weitere internationale Expansion an.

1500 Franken Monatspauschale pro Fall

Zu diesem betriebswirtschaftlichen Erfolg könnte man der ORS eigentlich gratulieren, bliebe nicht der Eindruck, dass am Schluss doch der Steuerzahler der Leidtragende ist. Die ORS geschäftet fast ausschliesslich mit dem Staat: mit Bund, Kantonen und Gemeinden. Sie muss sich nicht auf einem privaten Markt behaupten. Als Nebenprodukt der Flüchtlingsbetreuung entstehen politische Verlockungen, das lästige Asylthema auf Distanz zu halten. Dafür darf es dann im Zweifel auch etwas mehr kosten – die Margen der ORS könnten als Prämie dafür angesehen werden, dass sie den Schwarzen Peter von der Politik übernimmt. Asylexperte Brand, früher für das Asylwesen im Kanton Graubünden zuständig, führt aus, dass der Bund für jeden Asylbewerber eine monatliche Pauschale von rund 1500 Franken an den Kanton bezahlt. Wie diese dann eingesetzt wird, ist Sache der Kantone. In Graubünden seien unter seiner Ägide sämtliche Asylbewerber in Kollektiv- oder Massenunterkünften untergebracht worden, die der Kanton selber betrieben habe. «Vergleichsrechnungen haben damals ergeben, dass ein externer Dienstleister deutlich teurer gewesen wäre», so Brand. ○

Andy Jllien.ch

WHAT'S
GOING ON



20. AUGUST 2015
NEW SHOP, NEW SHOES.
ANDY JLLIEN SHOES, TORGASSE 6
BEIM BELLEVUE, 8001 ZÜRICH



Die Unterscheidung zwischen echten Flüchtlingen, Arbeitsmigranten und Personen, die aus sozialen Gründen bleiben wollen, wird aufgehoben.

Justiz

Personenfreizügigkeit für Armutsmigranten

Von Barbara Steinemann — Jede Woche kommen Hunderte Personen auf der Asylschiene in die Schweiz. Wegen ausufernder Duldungsrechte kann die Mehrheit von ihnen bleiben. Mit folgenreichen Urteilen hintertreiben Schweizer Richter unsere Arbeit in Gemeinden und Kantonen.

Auch so schafft man es in die Schweiz – und in sämtliche Schlagzeilen. Der 31-jährige Äthiopier Hailemedhin A. entführte im Februar 2014 eine Maschine der Ethiopian Airlines und erzwang eine Landung in Genf. Dort ersuchte er um politisches Asyl. Sein Antrag hat keine Chance. Bleiben wird er trotzdem, denn eine Rückführung in seinen Heimatstaat, lassen die zuständigen Behörden durchblicken, sei «nicht zumutbar». Der weitere Verlauf ist absehbar: Der Äthiopier wird – trotz krimineller Handlung – vom Status «vorläufig Aufgenommener» profitieren.

Zurzeit leben rund 25 000 Menschen mit einer Aufenthaltsbewilligung F (vorläufige

Aufnahme) in der Schweiz. Zwischen 2000 und 2010 wurden insgesamt 65 025 Personen eine solche Bewilligung gewährt. Im gleichen Zeitraum verliessen nur 1422 Personen unser

Über die Kategorie F wird faktisch die illegale Zuwanderung belohnt.

Land, weil ihr Status vorläufige Aufnahme aufgehoben wurde. 49 488 erhielten dafür eine B- oder C-Niederlassungsbewilligung.

Über die Kategorie F wird faktisch die illegale Zuwanderung mit einer Aufenthaltsbe-

willigung belohnt und das bestehende Asylrecht ad absurdum geführt, wie eine Auswahl von Fallbeispielen zeigt. Objektive Gründe wie Krieg oder Verfolgung sind für vorläufige Aufnahmen schon lange nicht mehr Voraussetzung. Sondern allgemeine menschliche Bedürfnisse von Migranten wie «ein soziales Netz, eine gesicherte Existenz, Wohnraum und Gesundheit».

Suiziddrohung hilft gegen Ausschaffung

Verantwortlich für diese Praxis sind nicht etwa auswärtige Instanzen wie der Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg, sondern Schweizer Richter am Bundesverwaltungs-

gericht. Sie pfeifen regelmässig Migrationsämter zurück, verhindern Abschiebungen und verwässern die humanitäre Tradition. Mit fatalen Leiturteilen sorgen sie für ausufernde Duldungsrechte. Mit enormen Kostenfolgen.

Der folgende Fall beschäftigt die Schweizer Steuerzahler seit nunmehr fast fünfzehn Jahren. 1991 verliess der Algerier Achmed B. sein Heimatland. Nach mehrjährigen Aufenthalten in Frankreich und Italien kam er in die Schweiz. Auf sein Asylgesuch wurde nicht eingetreten und eine Wegweisung angeordnet. Seine Anwälte von der «Rechtshilfe Asyl und Migration» legten, untermauert durch Gutachten, psychische Leiden und eine akute Selbstgefährdung dar. Laut Akten hat der Gesuchsteller bereits zahlreiche Klinikaufenthalte und Therapien hinter sich.

Zwar stellte das Bundesverwaltungsgericht fest, dass auch in Algerien eine adäquate Psychiatrieversorgung vorhanden sei. Mit Urteil vom 1. Juli 2014 gewährte ihm das rot-grüne Richtertrio dennoch eine vorläufige Aufnahme: Seine labile psychische Verfassung und seine Selbstmordtendenzen liessen sich auf seinen ungewissen Aufenthaltsstatus in der Schweiz zurückführen. Mit anderen Worten: Wer mit Suizid droht, wird nicht ausgeschafft.

Keine HIV-Therapie in Angola

Ein nächster Fall: Eine alleinerziehende Kamerunerin reiste illegal in die Schweiz ein und erhielt eine psychiatrische Behandlung, da bei ihr eine posttraumatische Belastungsstörung mit depressiver Krise, erhöhtem Stressniveau und Somatisierungstendenz diagnostiziert worden sei, wie ihre Anwälte in der Beschwerdeschrift schreiben.

Wie urteilte das übergeordnete Bundesverwaltungsgericht trotz negativem Asylbescheid? In Kamerun bestehe keine angemessene Behandlungsmöglichkeit, oder diese sei für die betreffende Person nicht erschwinglich. Darüber hinaus sei der Zugang zu öffentlichen Gesundheitsdiensten der Mehrheit der Bevölkerung verwehrt.

Weiter müsste jenem «sozioökonomisch relevanten Umstand» Rechnung getragen werden, wonach die Beschwerdeführerin in Kamerun keine realistischen Aussichten auf eine selbsttragende Erwerbsmöglichkeit habe, da sie weder über einen Schulabschluss noch eine Berufsbildung verfüge. Zudem erschwere die nun bald sechsjährige Landesabwesenheit die rasche Reintegration, meinten die beiden SP-Richter und ein Parteiloser mit Urteil vom 22. Juli 2009 und gewährten ihr eine vorläufige Aufnahme. Fazit: Wenn die Gesundheitsversorgung oder die Arbeitsaussichten im Herkunftsland schlechter sind als in der Schweiz, was fast auf die ganze Welt zutrifft, darf die illegal eingereiste Person auf vorläufige Aufnahme hoffen.

Ein weiteres Beispiel unserer fehlgeleiteten Asylpraxis ist der Fall einer Angolanerin, deren Gesuch ebenfalls abgelehnt wurde. Trotzdem durfte sie bleiben dank vorläufiger Aufnahme. Grund: Sie war alleinerziehend. Als das Kind volljährig wurde, wollte das kantonale Migrationsamt die Frau wegweisen – und wurde prompt vom Bundesverwaltungsgericht zurückgepfiffen.

Die beiden SP- und der CVP-Richter begründeten ihren Entscheid wie folgt: Für ihre HIV-Infektion gäbe es keine adäquate Therapie in Angola. Zudem habe ihre fünfjährige Landes-

Was im Asylrecht steht, ist bedeutungslos geworden.

abwesenheit Integrationsschwierigkeiten zur Folge. Dass die gleiche Person umgekehrt das Schweizer Gesundheits- und Sozialsystem belastet, ohne je einbezahlt zu haben, sieht das Richtertrio offenbar nicht als Integrationsproblem.

Dass ein negativer Asylentscheid nur selten dazu führt, dass eine Person das Land verlassen muss, zeigen auch die für Steuerzahler oft äusserst kostspieligen vorläufigen Aufnahmen für Personen aus Ex-Jugoslawien. Ein Beispiel: Ende 2008 kam eine kosovarische Familie in die Schweiz und wollte Asyl wegen behördlicher Schikanen im Heimatland. Das Gesuch wurde abgewiesen und mit einer Wegweisungsverfügung versehen.

Am 11. Juni 2012 stellte das Bundesverwaltungsgericht fest, dass zwar keine Flüchtlings-eigenschaften gegeben seien, es hielt den Beschwerdeführern indes zugute, dass die Arbeitslosenquote von Kosovo-Serben überdurchschnittlich hoch sei und die Chance «in hohem Masse unwahrscheinlich» erscheine, dass die Familie eine Stelle auf dem heimischen Arbeitsmarkt finde. Überdies müsse man berücksichtigen, dass das Kindeswohl des sechsjährigen Sohnes bei einer Rückkehr tangiert werden könnte. Das Richtertrio aus FDP, SP, CVP gewährte der dreiköpfigen Wirtschaftsflüchtlingsfamilie schliesslich vorläufige Aufnahme.

Dass Rechtsempfinden und Rechtsprechung nicht dasselbe sind, bewiesen die Bundesverwaltungsrichter auch in folgendem Urteil: Das Asylgesuch einer Irakerin wurde 2002 abgewiesen. Zwischenzeitlich heiratete sie hier einen Türken. Im Rahmen des Familiennachzuges kamen zwei Söhne in die Schweiz. Das Ehepaar sollte nach dem Willen des Migrationsamtes in die Türkei weggewiesen werden.

Die Richter von SP, FDP und CVP stellten jedoch Sozialhilfeabhängigkeit der Beschwerdeführerin fest und starke depressive Störungen. Zudem verfüge die Frau weder über eine Ausbildung noch über Arbeitserfahrung. Sie

sei nicht einmal in der Lage, einen Haushalt zu führen. Da ihr Ex-Mann kein Vermögen habe, könne sie keine Unterhaltszahlungen erwarten – auch nicht vom türkischen Staat. Mit Urteil vom 25. Mai 2007 erhält die Frau vorläufige (sprich unbegrenzte) Aufnahme.

Auch beim nächsten Beispiel handelt es sich in Wahrheit um einen Wirtschaftsflüchtling. Das Bundesamt für Migration wollte den Iraker unter konsequenter Anwendung des Gesetzes abschieben, wurde dabei jedoch vom Bundesverwaltungsgericht ausgebremst. Der Mann lebt seit gut sechs Jahren in der Schweiz. In diesem Zeitraum fiel er weder als besonders rechtstreu noch als arbeitsam auf, sondern lebte vorab von Fürsorgeleistungen. Zudem verfügt er gemäss Unterlagen über ein Beziehungsnetz im Irak, das er regelmässig pflegt.

Er habe aber inzwischen mit einer damals minderjährigen Schweizerin eine Tochter gezeugt, die er heute einmal pro Monat dank Besuchsrecht sehe. Dass ihm das Bleiberecht gewährt wurde, hatte dann aber andere Gründe: Seine Arbeitslosigkeit in der Schweiz sei ja eine Folge davon, dass er ohne Bildung und ohne die hiesige Sprache zu kennen in die Schweiz gekommen sei. Ausserdem könne er vom Nordirak aus die Beziehung zu seiner Tochter nicht mehr aufrechterhalten, da seien die Strafen wegen diverser Vermögensdelikte nicht so gravierend, befand das Richtertrio aus Grünen, SVP und CVP mit Urteil vom 19. März 2014.

Wer übernimmt die Kosten?

Die Liste der Leit(fehl)urteile der Richter in St. Gallen liesse sich endlos fortsetzen. Mit dieser Rechtspraxis wird die Unterscheidung zwischen echten Flüchtlingen, Arbeitsmigranten und Personen, die einfach aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen da bleiben wollen, aufgehoben.

Mit fatalen Folgen: Wer soll die Kosten übernehmen? Wer soll all den Leuten einen Arbeitsplatz schaffen und mehr Lohn bezahlen als die üppigen Sozialleistungen, die ihnen die Schweiz zur Verfügung stellt? Wie viele Millionen Menschen weltweit werden aus gleichen Gründen einen Anspruch auf Aufnahme in der Schweiz erstreiten?

Was im Asylrecht steht, ist bedeutungslos geworden. Trotz abgelehnter Gesuche können Tausende Leute in der Schweiz bleiben und von einem Sozialsystem profitieren, zu dem sie nichts beigetragen haben. Faktisch stellen sich die Gerichte über unsere Demokratie (die Schweizer Bevölkerung hat das Asylgesetz in den letzten Jahren laufend verschärft) und schaffen mit ihren Urteilen eine Art weltweite Personenfreizügigkeit für Armutsmigranten.

Barbara Steinemann ist Juristin und SVP-Kantonsrätin im Kanton Zürich.

Im Kopf

Von Henryk M. Broder —
Manchmal steht sich der gute
Wille selbst im Weg.



Was fällt Ihnen als Erstes ein, wenn Sie das Wort Jude hören? Albert Einstein, Sigmund Freud, Philip Roth, Hannah Arendt, Heinrich Heine, Steven Spielberg

Bruno Kreisky? Oder denken Sie eher an Hühnersuppe, gefüllte Fisch und gehackte Leber? Kommen Ihnen Auschwitz, Mauthausen und Theresienstadt in den Sinn? Oder zucken Sie nur mit den Schultern und denken sich: «Nee, nicht schon wieder.»

Das wäre eine verständliche Reaktion. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist so viel über die Leidensgeschichte der Juden geschrieben worden, dass es allmählich an der Zeit wäre, sich anderen verfolgten Ethnien und Völkern zuzuwenden: den Armeniern in der Türkei, den Jesiden im Irak, den Rohingya in Myanmar, dem früheren Burma. Müssen es immer wieder Juden sein?

Offenbar ja. Sollten Sie in den nächsten Tagen nach München kommen, werden Sie dort grosse Plakatafeln finden, auf denen drei Worte zu lesen sind: «JUDE, GELDGEIL, MACHTBESSEN». Sie werden sich natürlich fragen, wer diese nicht ganz taufrische Botschaft verbreitet – die NPD, der «Arbeitskreis Antisemitismus» in der Linkspartei oder die Ortsgruppe der Hamas am Hasenberg. Sie müssen schon zweimal hinschauen, um den Verantwortlichen für die Plakataktion zu finden. Es ist die «Landeshauptstadt München, Referat für Bildung und Sport». Sie atmen auf. Gott sei Dank, es sind nicht die üblichen Verdächtigen. Das Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt ist jetzt auch für den Antisemitismus in München zuständig, beispielsweise für dessen Bekämpfung. Darauf weist ein Satz am unteren Rand des Plakats hin: «Rassismus beginnt im Kopf.»

Wir haben es also mit keiner antisemitischen Aktion zu tun, sondern mit einer, die über den Antisemitismus aufklären will. Aber guter Wille allein ist nicht genug. Manchmal steht er sich selbst im Weg. Nur Antisemiten behaupten, dass Juden eine Rasse sind. Der Dreiklang «Jude, geldgeil, machtbesessen» entlarvt kein Vorurteil, er reproduziert es nur. Da hilft auch kein Hinweis, dass so einiges im Kopf beginnt. Wo sonst? Im Referat für Bildung und Sport der bayrischen Landeshauptstadt geht es sportlich zu. Nur mit der Bildung hapert es noch etwas.

Die Erbsenzähler von Bern

Von Heinz Zimmermann — Zwar ist die Abstimmung über die
Juso-Initiative zur Nahrungsmittelspekulation noch nicht einmal
in Sicht, aber das Parlament ist schon eifrig bei der Umsetzung.

Offiziell lehnt der Bundesrat die Spekulationsstopp-Initiative der Juso ab. Auch das Parlament hat sich bei den Beratungen zum Finanzmarktinfrastrukturgesetz (Finfrag) wuchtig gegen eine gesetzliche Grundlage zur Eindämmung der Spekulation mit Nahrungsmitteln ausgesprochen. Doch man fand nun einen Weg, der Initiative unbemerkt zu einem frühzeitigen Erfolg zu verhelfen.

Das Zauberwort heisst: Positionslimiten. Nach dem Willen des Parlaments soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, per Verordnung den Wert bestimmter Finanzderivate auf Rohwaren zu begrenzen, vor allem in den Portfolios von Händlern und Anlegern. Damit hat die Juso erfolgreich eine laufende internationale Regulierungsdebatte für ihre Initiative mobilisiert, jene um das Verbot nichtkommerzieller Spekulation mit Derivaten auf Nahrungsmitteln.

Positionslimiten sind grundsätzlich ein fester Bestandteil der Finanzmärkte; genau wie Tempolimiten im Strassenverkehr tragen sie zu einem risikofreieren und flüssigeren Verkehrsfluss bei. So begrenzt jede Bank den Maximalwert der Positionen, die ein einzelner Kunde kreditfinanziert aufnehmen darf. In den USA wurde zudem die Bundeskompetenz für Limiten an Rohwaren-Futures-Märkten in den dreissiger Jahren geschaffen, um kriminellen Machenschaften der Händler, namentlich der Kursmanipulation, vorzubeugen und damit die Qualität der Preisbildung an den Märkten zu verbessern. Zunächst gab es Limiten auf Getreide, später kamen Limiten auf weitere Rohstoffe dazu. Da Börsen eigenständige juristische Gebilde mit einem begrenzten Teilnehmerkreis bilden, war der Erlass und die Überwachung der Limiten stets einfach.

Ungeeignete Instrumente

Mit dem Enron-Skandal und der Finanzkrise verschob sich der Fokus auf ausserbörsliche Derivatgeschäfte: Das sind Kontrakte, die nicht an Börsen gehandelt werden, sondern direkt zwischen zwei beteiligten Parteien abgeschlossen werden. Energie- und Kreditderivate gerieten ins Kreuzfeuer einer durchaus berechtigten Kritik, denn sie offenbarten Schwächen des ausserbörslichen Handels: eine mangelhafte Finanzarchitektur, welche die Risiken nicht nur erkennen liess, sondern zum unvorsichtigen Umgang damit geradezu anstiftete.

Nebst verschiedenen Massnahmen – etwa höheren Eigenkapitalanforderungen oder sichereren Abrechnungssystemen – wird seither auch über die Ausdehnung von Positionslimiten auf ausserbörsliche Geschäfte debattiert.

Das Gerangel zwischen Industrie und Behörden zeigt: Positionslimiten sind nicht das geeignete Instrument, um die Schwächen der Finanzarchitektur zu lösen. Bildlich gesprochen: Die Probleme hängen nicht mit dem Erlass oder der Einhaltung von Tempolimiten zusammen, sondern mit dem Zustand der Strassen und der Zuverlässigkeit der Mess- und Navigationssysteme. Konkret: Positionslimiten sind dazu da, die Funktionsfähigkeit einer Marktstruktur gegenüber kriminellen Handelsaktivitäten zu schützen. Aber ausserbörsliche Geschäfte sind bilaterale Abschlüsse zwischen zwei Parteien; da gibt es keine Marktstrukturen oder Preisbildungsprozesse zu schützen wie an einer Börse. Weshalb sollen Behörden die Kompetenz haben, darüber zu befinden, welche

Menge Tomaten man in den USA auf Termin maximal kaufen darf? Es handelt sich um einen ordnungspolitisch fragwürdigen Eingriff in die freie Kontraktgestaltung zweier Akteure.

In den USA hat man davon abgesehen, ausserbörsliche Geschäfte mit Positionslimiten zu erfassen, mit der Ausnahme von Commodity Swaps, weil hier die Preisbildung eng an die Futures-Börse gekoppelt ist. Eine selektive und pragmatische Lösung – nicht zufällig, denn in den USA hat der Terminhandel mit Rohstoffen die grösste Verbreitung und längste Tradition. In der Schweiz gab es noch nie eine Börse mit Rohstoffderivaten. Wenn es einmal eine geben sollte, würde sie unter das bestehende Börsengesetz fallen, und es könnten alle möglichen Massnahmen inklusive Positionslimiten erlassen werden, sogar strengere als im Ausland.

Schweizerische Händler, welche solche Instrumente im Ausland handeln, fallen unter die entsprechenden Regeln der ausländischen Börsen. Es bleibt also der ausserbörsliche Handel, der sowohl von der europäischen Aufsicht wie auch vom Bundesrat explizit erfasst werden soll. Natürlich darf die Schweiz bar jeder Erfahrung und ökonomischer Notwendigkeit international vortreten und mit der Moralkeule schwingen. Mit der gleichen Logik könnte man schweizerische Tempolimiten für Schweizer Bürger im Ausland einführen und überwachen.



Atombombe und Kriegsende

Von Hansrudolf Kamer — Die Atombombe erzwang den Frieden im Fernen Osten. Die Demonstration ihrer enormen Zerstörungskraft begründete die nukleare Abschreckung.



Vor siebzig Jahren ging der Zweite Weltkrieg auch im Pazifik zu Ende. Die Kapitulation Japans markierte den Beginn des Nuklearzeitalters, das den ganzen Kalten Krieg prägen sollte und bis in die

Gegenwart hineinwirkt. Das jahrzehntelange Ringen um die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen ist eine Spätfolge von Hiroshima und Nagasaki. Nordkorea und der Iran sind die letzten Beispiele.

Mit jeder Generation schwindet das Bewusstsein der unglaublichen Verheerungen, die der grosse Krieg angerichtet hatte. Und alle zehn Jahre finden Gedenkveranstaltungen statt, an denen sich ablesen lässt, wie sich die Gemütslage langsam verändert.

Japan steht dabei unter besonderer Beobachtung. Nippon war – wie Deutschland in Europa – der klar identifizierte Aggressor, der China, Südostasien und die pazifische Inselwelt mit seiner Schreckensherrschaft überzog. Man erwartet vom jeweiligen japanischen Ministerpräsidenten immer eine Verneigung vor den Toten und eine Bitte um Vergebung für das angerichtete Unheil.

Doch die beiden Aggressoren sind wenige Jahre nach Kriegsende wieder gebraucht worden, um bei der Abwehr des sowjetischen Imperialismus und der kommunistischen Weltrevolution mitzuhelfen. Deutschland wurde im Rahmen der Nato bald wiederbewaffnet. Japan hatte sich unter dem Druck der amerikanischen Besatzungsmacht dagegen offiziell dem Pazifismus verschrieben – der berühmte Artikel 9 seiner Verfassung, an dem nun aus aktuellem Anlass gerüttelt wird.

Während Deutschland mittlerweile routinemässig sein Schuldeingeständnis in den Politikbetrieb integriert und seine «Wiedergutmachung» abgearbeitet hat, bekundet Japan mehr Mühe. Zum 70. Jahrestag der Kapitulation unterzog sich zwar auch Shinzo Abe diesem Ritual und benützte all die gewohnten und erwarteten Formeln: Aggression, Kolonialherrschaft, Reue und aufrichtige Bitte um Entschuldigung.

Doch Abe erklärte auch, es gebe eine Grenze, wie viele Male Japan um Verzeihung bitten könne. Kinder, Enkel und künftige Generatio-

nen, die mit diesem Krieg nichts zu tun hätten, seien zur Selbstbeichtigung nicht mehr bereit. Es sei genug, wenn man die Vergangenheit in aller Bescheidenheit akzeptiere und an die Zukunft weitergebe.

Japans militärische Selbstbeschränkung war eine Folge der amerikanischen Besetzung. Dass nun die Amerikaner die Japaner gegen China in Stellung bringen wollen, entspricht im wesentlichen der Strategie, Deutschland in die Nato einzuspannen, um die Sowjetunion einzudämmen. Auch Deutschland waren pazifistische Regungen nicht fremd, vor allem dann, wenn die Amerikaner irgendwo Krieg führten.

Dass Japan den Kampf aufgab, ist das Werk der Atombombe. Helmut Sonnenfeldt, ehemals hoher Beamter im amerikanischen Aussenministerium und im Stab des Nationalen Sicherheitsrates, befasste sich vor zwanzig Jahren in der NZZ mit der Frage, ob das nukleare Feuer über Japan wirklich notwendig gewesen sei, um den Krieg zu beenden. Diese Diskussion wird immer noch geführt. Sie ist in mehrerer Hinsicht paradox, denn der Ablauf der Ereignisse spricht für sich selbst.

Nur zwei Tage nach der sogenannten Potsdamer Erklärung, die auf einer bedingungslosen Kapitulation der japanischen Streitkräfte beharrte, den Kaiser aber aussparte, wies Japan das Ultimatum klar zurück. Dass zwölf Tage

vorher in der Wüste von New Mexico der erste Kernwaffentest gelungen war, blieb unbekannt. Präsident Truman hatte in Potsdam gegenüber Stalin nur angedeutet, er verfüge über eine neue Waffe von hoher Wirkungskraft.

Dann überstürzten sich die Ereignisse. Am 6. August wurde die Uranbombe über Hiroshima, am 9. August die Plutoniumbombe über Nagasaki abgeworfen. Am 14. August akzeptierte Kaiser Hirohito die drakonischen Bedingungen der Potsdamer Erklärung und befahl seinen Streitkräften, die Waffen zu strecken. Er rettete seinen Thron. Der geplante Abwurf einer dritten Bombe fand nicht statt.

Sonnenfeldt befand sich damals in einem Armeelager auf den Philippinen und bereitete sich auf einen Einsatz bei der Invasion Japans vor. Er war hochgradig erleichtert, dass er diese Erfahrung nicht machen musste.

Gleichgewicht des Schreckens

In seinem Artikel verwies er darauf, dass im Kalten Krieg die Sowjets die Atomwaffen-Ängste der Bevölkerungen ausnützten, um gegen den Westen zu agitieren. Dies insbesondere zu Zeiten, als die Nuklearwaffen immer mehr in die amerikanische Strategie der Abschreckung eingebaut wurden. Abrüstung und Aufrüstung und die Politik darum herum mit dem Schlagwort vom Gleichgewicht des Schreckens blieben fortan ständige Begleiter.

Sonnenfeldt reflektierte damals über das Wesen der nuklearen Abschreckung. Hiroshima und Nagasaki hätten die entsetzliche Zerstörungskraft der Atombombe gezeigt. Diese Demonstration habe während Generationen die Hand jener zurückgehalten, die sie erneut hätten einsetzen können – in Ost und West. Die Abschreckung funktionierte. *Pourvu que ça dure.*



Klar identifizierter Aggressor: Ministerpräsident Shinzo Abe.

Diktatorin des Moralismus

Von Christoph Mörgeli

Sie war die Wortführerin des linken Widerstandes: «Wir behandeln heute mit dem Asylgesetz ein Geschäft, das bei vielen von uns mit Unbehagen verbunden ist.» Sie stellte im Parlament gegen SVP, FDP und CVP den Rückweisungsantrag: «Es gibt keinen Grund für ein rasches oder gar übereiltes Vorgehen.» Sie zeigte in der *Schweizer Illustrierten* ihr Gesicht für die Nein-Parole. Sie verkündete: «Wer Willkür bekämpfen will und an ehrlichen Lösungen interessiert ist, sagt deshalb am 24. September nein.»

Die laute Nein-Sagerin war Ständerätin Simonetta Sommaruga. Zu ihrem Pech folgte das Schweizervolk anno 2006 mit fast 70 Prozent ihrem Widersacher, Justizminister Christoph Blocher. Die heutige Justizministerin Sommaruga vertritt nicht die 70-Prozent-Mehrheit. Sondern die 30-Prozent-Minderheit. Sie steht nicht hinter dem geltenden Asyl- und Ausländergesetz. Sie findet dieses vielmehr «willkürlich» und «unehrlich». So wird das Unerklärliche erklärbar, weshalb Bundesbern nichts gegen das Asylchaos unternimmt: Simonetta Sommaruga ist nicht bereit, den Volkswillen zu vollziehen und das geltende Gesetz konsequent umzusetzen.

Die SP-Bundespräsidentin nutzte jetzt die Sommerpause für ihre Botschaft: «Es ist undenkbar, dass die Schweiz Menschen in einen Willkürstaat zurückschickt.» Ist der Frau noch zu helfen? Mehr als die Hälfte der globalen Menschheit lebt unter diktatorisch-willkürlichen Verhältnissen. Das Milliardenvolk der Chinesen etwa geniesst bekanntlich weder eine lupenreine Demokratie noch ein Willkürverbot im hygienischen Sinne Sommarugas. Wollen wir alle Chinesen im Falle ihres Asylanspruchs hierbehalten?

Justizministerin Sommaruga stellt ihre Moral über das vom Volk beschlossene Gesetz. Ein moralischer Notstand in einer Minderheitsposition ist möglich, hat aber den Rücktritt zur einzig möglichen Konsequenz. Unser Staat ist keine Institution der Moralisierung, sondern des Rechts. Darum nennt er sich Rechtsstaat. Auch ein Regierungsmitglied darf sich nicht mit moralistischen Argumenten über das Recht hinwegsetzen. Es geht beispielsweise nicht an, für Asylunterkünfte die geltende Bauordnung ausser Kraft zu setzen. Jeder Diktator rechtfertigt sein Handeln oder Nichthandeln mit moralischen Argumenten und macht seinen Willen zum Gesetz. Wir wollen keine Diktatorin Sommaruga.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Asylschreckschraube Sommaruga

Von Peter Bodenmann — Wahlkampf: Kommen zu viele Schwarze? Sind Eritreer nur Drückeberger?



Weisse Kugeln, schwarze Kugeln: Bundesrätin Sommaruga.

Im Hitzesommer gab es nur ein Thema: Asyl und noch einmal Asyl. Im Zentrum immer wieder Eritreer. Und somit junge Männer, die nicht während Jahrzehnten Militärdienst leisten wollen. Angeblich nach Schweizer Vorbild.

Befreiungsbewegungen waren in vielen Ländern erfolgreich. Auch dank der Hilfe von Freunden wie dem in Wettingen tätigen Walliser Toni Locher. Der Frauenarzt hat die eritreische Befreiungsfront immer aufopferungsvoll unterstützt. Hut ab. Nur wenige Befreiungsbewegungen waren beim Aufbau ziviler Gesellschaften so erfolgreich wie zuvor im Guerillakrieg. Eritrea gehört nicht dazu. Weil alte, militärische Kommandostrukturen leicht zu neuen Diktaturen führen. Die Verklärung des erfolgreichen Kampfes trübt selbst bei Wallisern den Blick auf das real existierende Völkergefängnis Eritrea, dessen Häftlinge selbst unser Rotes Kreuz seit 2009 nicht besuchen darf.

Auch Rudolf Strahm mahnt – seinerseits mit gewohnt fremdenfeindlichem Unterton – mehr Härte im Umgang mit Menschen aus Eritrea an. Genug ist selten genug. Dabei sprechen die Zahlen für sich: In der Ära Blocher hinterlegten von 1000 Flüchtlingen, die Asyl in Europa suchten, über 40 ihr Gesuch in der Schweiz. In der Ära Sommaruga sind es auch dank Schengen nur mehr 35. Verglichen mit der Asylschreckschraube Sommaruga war Bundesrat Christoph Blocher fast ein lieber Pöppel.

Mit Ausnahme von Regula Stämpfli regt sich fast niemand über die gestrengere Bundesrätin auf. Umgekehrt lobt die weit rechts stehende bayrische CSU die im internationalen Vergleich überharte Schweizer Asylpolitik. Horst Seehofer will es machen wie Sommaruga.

Grüne und SP schweigen. Und besetzen nicht einmal ihre eigenen Themen. Die Schweizer Gletscher schmelzen immer schneller und geben vor Jahrzehnten verunglückte Bergsteiger frei, genauso wie schwermetallbelastete Munitionsreste der Schweizer Armee. Auch Los Angeles leidet unter dem Klimawandel. Neu versuchen die Behörden mit Millionen von schwarzen Kugeln das zu schnelle Verdunsten der Trinkwasserbecken zu verhindern. Ein Ballon kostet nur 35 Rappen. Mit 96 Millionen schwarzen Bällen, mit einer Investition von etwas weniger als 35 Millionen Franken will Bürgermeister Garcetti 240 Millionen Franken einsparen. Kein schlechtes Investment.

Mit ein paar tausend spottbilligen, weissen Kugeln hätten Umweltorganisationen, Grüne und SP das Gletschersterben zum grossen Thema machen können. Weil weisse Kugeln – zumindest theoretisch – die Strahlung der Sonne zurück in die Atmosphäre lenken. Genauso effizient wie schwarze Kugeln.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Blattlinie und Blattschuss

Von Kurt W. Zimmermann — Nicht nur in Basel tut sich Erbauliches: Unsere Zeitungen hauen wieder wie früher drauf.

Es braucht schon einiges an Weidmannsheil, wenn man innerhalb einer Woche gleich zwei kapitale Böcke vor die Büchse bekommt. Dieses Heil hatte soeben die *Basler Zeitung* (BaZ).

Zuerst deckte das Blatt auf, dass SVP-Grossrat Joël Thüring über Jahre den Militärpflichtersatz nicht bezahlt hatte und darum die Betriebsbeamten auf den Hals bekam. Dann enthüllte das Blatt, dass SVP-Nationalrat Sebastian Frehner Parteispenden auf sein privates Konto gelenkt hatte und sie dann zurückerzahlen musste.

Die Basler waren irritiert.

Die Irritation bestand weniger darin, dass zwei bekannte Politiker auf Irrwege geraten sind. Das ist man auch in Basel gewohnt. Die Irritation bestand vielmehr darin, dass ausgerechnet die *BaZ* die zwei SVP-Grössen nieder machte.

Bei der *BaZ* hält Christoph Blocher einen Drittel des Aktienkapitals. Chefredaktor Markus Somm ist Blochers Biograf. Darum galt die Zeitung bei vielen in der Stadt als volksparteiliche Parteipostille.

Doch nun fuhr die Zeitung die Attacke auf die zwei SVP-Notabeln im besten Kampagnenstil. Täglich legte die Redaktion neue, schmucke Details zum Thema vor, angereichert mit allerlei Statements von Direkt- und Indirektbetroffenen. «Nachzüge» nennt man diese Follow-ups in der Journalistensprache. Sie erst machen eine Story zu einer Affäre.

Damit wären wir beim ersten Teil der guten Nachrichten. Was wir in Basel sehen, sehen wir wieder vermehrt. Wenn Journalisten zwischen Blattlinie und Blattschuss wählen müssen, dann wählen sie den Blattschuss.

Die konservative *BaZ* demontierte darum ungeniert konservative Politiker. Die *NZZ* machte es eben genauso. Das FDP-nahe Blatt enthüllte die Affäre um die FDP-Nationalrätin Christa Markwalder und ihre Lobbying-Kontakte in Kasachstan. Auch der gern links-grüne *Tages-Anzeiger* nahm vor einem Jahr im Fall Geri Müller wenig Rücksicht auf den links-grünen Selfie-Aktivist, da konnte der noch so wesensverwandt sein.

Das Spiel auf den Mann ist nicht nur attraktiver für die Journalisten. Es ist, dies der zweite Teil der guten Nachrichten, auch zuträglicher für die Wahrheitsfindung des Publikums.

Auch dies konnten wir soeben idealtypisch in Basel beobachten. Der einzige ernsthafte Mitbewerber im Markt der *BaZ* ist die Aargauer AZ-Mediengruppe, die vor Ort werktags wie



Spiel auf den Mann: BaZ-Chef Somm.

sonntags mit Konkurrenztiteln erscheint. Politisch haben die Aargauer mit der SVP wenig am Hut.

Als die *BaZ* ihre Kampagne gegen SVP-Nationalrat Sebastian Frehner startete, schlugen sich die *AZ*-Journalisten dennoch reflexartig auf die Seite des attackierten Politikers. In der *Basellandschaftlichen Zeitung*, in der *Schweiz am Sonntag* wie auf dem Newsportal Watson durfte sich Frehner in langen Interviews zur Wehr setzen und über seine Widersacher herziehen.

Auch das ansonsten eher SVP-kritische «Regionaljournal» des Schweizer Radios bot dem SVP-Mann gern das Mikrofon zur Rechtfertigung, wonach nur «ein mieser Fink» die ganze Affäre publik gemacht habe.

Genau so ist es ideal.

Ein Blatt geht auf einen Politiker los und versucht, ihn abzuschliessen. Die Konkurrenzmedien geben Gegenkurs und versuchen, ihn aus der Schusslinie zu nehmen. Sowohl bei Angriffsjägern wie Abfangjägern spielt die Parteizugehörigkeit des Politikers keine Rolle. Es ist dies das schöne Gegenbeispiel zu den sogenannten Mainstream-Medien, die alle vereint und blind in dieselbe Richtung zielen.

Zwischen den Fronten steht der Leser und wundert sich. Er wundert sich, wie vergnüglich auf einmal seine Meinungsbildung ist.

Dominoeffekt

Von Beatrice Schlag — Richtige Theorie, falscher Einsatz.

Hin und wieder möchte man Ärzte und Frauen prügeln, am liebsten beide gleichzeitig. Die 65-jährige Annegret Raunigk hatte bereits dreizehn Kinder, als ihr eine ukrainische



Fruchtbarkeitsklinik mit Hormonbehandlungen und Eizellen- und Samenspenden zur Vierlings-Schwangerschaft verholphen. Um das Risiko für Mutter und Kinder zu mindern, wurden die für August erwarteten Babys bereits Mitte Mai per Kaiserschnitt in die Welt gesetzt. Das kleinste wog kaum mehr als ein Pfund. Eizellenspenden sind in Deutschland wie in der Schweiz verboten. Obwohl Raunigks Geschichte durch die Presse ging, wird die Justiz nicht eingreifen. So, wie sie auch bei Schweizerinnen selten eingreift, die dank Eizellenspenden aus dem Ausland in der Schweiz niederkommen. Soll man Frauen, die sich dringlich Nachwuchs wünschen, die Babys nach der Geburt wegnehmen und in ein Heim stecken, weil die Mütter gegen einheimische Gesetze verstossen haben? Nein, soll man nicht. Das Wohl der Kinder geht vor. Manche Gesetze werden hinfällig, bevor sie jemand abschafft.

Die amerikanische Polizei machte jahrzehntelang versessen Jagd auf Kiffer. Seit durch die Volksabstimmung von Januar 2014 in Colorado der Anbau von Marihuana und der Verkauf an über 21-Jährige per Volksabstimmung legalisiert wurden, schnellten Steuereinnahmen und Tourismus in die Höhe. Die Kriminalität nahm nicht zu. Bereits ein Jahr später wird der Besitz von Marihuana bis 28 Gramm in über zwanzig Staaten nicht mehr geahndet. Ältere Leser erinnern sich, dass in der Schweiz 2002 ein erbitterter Abstimmungskampf um die Fristenlösung tobte, zu einer Zeit, als in liberalen Kantonen schon jahrelang straffrei abgetrieben wurde. Das Verbot war längst mausetot, als die Fristenlösung mit 72 Prozent der Stimmen angenommen wurde. Schwule Schweizer werden noch einige Jahre im Ausland heiraten müssen, aber die Wende ist nur eine Frage der Zeit. Die Domino-Theorie, die uns während des Vietnamkriegs eingebläut wurde – wenn ein Land an die Kommunisten verloren wird, fallen auch alle ringsherum um – stimmt tatsächlich. Glücklicherweise für ganz andere Dinge als die, mit denen Angst geschürt wurde. Manche sind nicht rundweg erfreulich. Aber Panzer rollen keine.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Man ist froh, wenn man auf die Frage «Darf man das?» eine autorisierte Antwort bekommt, um die fragliche Handlung im Dasein zu meistern. Lässt die Antwort keine Fragen offen, ist vielleicht der Leser, aber nicht unbedingt ein Sokrates-Fan gerettet. Ich denke mir: Mit ein wenig Metaphysik lassen sich noch andere Tätigkeitsbegriffe wie «können» («Kann man das?») oder «sollen» («Soll man das?») in diese Rubrik einbinden. Es täte der Schweizer Seele gut, ein wenig Distanz zum Begriff «dürfen» zu erhalten; nur «müssen» haben die Schweizer immer schon. Nun zu meiner Frage: Soll man darauf verzichten, einer SP-Person zu gratulieren, weil man zufällig die *Weltwoche* in der Hand hält? *Vukasin Gajic, Eggenwil*

Selbstverständlich dürfen Sie. Aber Sie müssen nicht. Ob man darauf verzichten soll? Das können Sie selbst entscheiden. *Roy Spring*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Vielleicht klebt an Martina Hingis der unausgesprochene Makel, nicht in der Schweiz geboren zu sein.» *Gerd Wenger, Böisingen*

Wunderschöne Liebeserklärung

Nr. 33 – «Champion des Lebens»; Urs Gehrig über Tennisprofi Martina Hingis

Mit 26 Jahren schlenderte ich – einen Tag nach meinem Eintreffen in Bern – durch die Gassen der Altstadt. Staunend blieb ich vor dem Einstein-Haus stehen, weil ich schon damals diesen genialen Physiker bewunderte. Die Schweizer Medien bezeichnen diesen Mann meistens als deutsch-amerikanischen Wissenschaftler, obwohl er seit 1901 bis zu seinem Ableben immer den Schweizer Pass besessen hat. Erst 1940 bekam er die US-Staatsbürgerschaft. Als ich neulich einem Schweizer erzählte, dass ich seit 36 Jahren Bürger von Bern sei, antwortete dieser: «Ja, Schweizer, aber nicht Eidgenosse.» Vielleicht klebt an Martina Hingis ebenfalls der unausgesprochene Makel, nicht in der Schweiz geboren zu sein. *Gerd Wenger, Böisingen*

Eine wunderschöne Liebeserklärung an eine grosse Sportlerin. Bravo!

Armin Nüssli, Rodersdorf

Vertriebene Schweizer

Nr. 33 – «Raus wegen Asylbewerbern»; Alex Reichmuth über einen Fall in Muotathal SZ

Die aus ihren Ländern vertriebenen Flüchtlinge produzieren jetzt hier Vertriebene. Ein Geschwisterpaar in Muotathal SZ wird nach über fünfzig Jahren aus seinem angestammten Heim vertrieben. Das wird so weitergehen. Jedes Jahr Hunderttausende neue Einwanderer. Man stelle sich die Situation an den betroffenen Standorten vor, wo täglich Hunderte ankommen. Auch die Einheimischen werden flüchten, weil sie diese Invasion, den anhaltenden Stress und die Besitznahme ihres Bodens nicht mehr verkraften. Die EU kümmert sich derweil um Glühbirnen und gefärbte Oster Eier. *Klaus Odermatt, Dallenwil*

Vom Bundesrat wird immer wieder behauptet, Asylbewerber hätten noch immer genügend Raum in der Schweiz. Jetzt müssen zwei Schweizer nach über fünfzig Jahren ihre Wohnung verlassen, damit Asylbewerber einziehen können. Vermutlich würde es unsere Regierung grundsätzlich begrüssen, wenn Schweizer das Land verliessen, so kann man das unliebsame Dreinreden mit Initiativen und Referenden der Bürger eliminieren und freier handeln nach eigenem Geschmack. Die Verdrossenheit vieler Bürger gegenüber «ihrer» Regierung ist nun wirklich kein Wunder, auch wenn dies der Bundesrat nicht verstehen will. *Curt Weisser, Brione sopra Minusio*



Grosse Sportlerin: Martina Hingis.

Jungpolitiker und Verantwortung

Nr. 33 – «Kampf um die politische Mitte»; Cédric Wermuth über den Wahlkampf

Ausgerechnet die *Weltwoche* bietet Nationalrat Cédric Wermuth eine Plattform. Das erstaunt mich als Abonnenten doch sehr. Als Politikwissenschaftler spricht er natürlich im neuerworbenen wissenschaftlichen Jargon. Leider habe ich von ihm bis anhin keine konstruktive, verantwortbare Lösung zur bedenklichen Lage im schweizerischen Migrations- und Asylwesen bekommen. Von den Kosten und von der Haltung der SP-Bundespräsidentin wird vor den Wahlen natürlich nicht gesprochen. Tatsächlich erfasst Wermuth aber die Situation in Europa und den Stellenwert der Schweiz. Die mehrheitlich sozialistischen Staaten sind im Vormarsch. Es herrschen aber immer mehr Armut und Verzweiflung in der Bevölkerung. Die Umverteilung von Vermögen, die Bankenbevormundung, höhere Steuern, Forderungen nach neuen Sozialleistungen (echte Familien nehmen ab und so weiter) bringen auch die Schweiz immer mehr in Bedrängnis. Hier wünschte ich mir von den Jungpolitikern verantwortungsvolle, für den Normalbürger nachvollziehbare Lösungen. Sie sollten sich über den Zustand unserer Schweizer Armee unter Berücksichtigung der europäischen Sicherheitslage Gedanken machen und entsprechende Vorschläge bringen. Auch Nichtmilitaristen tragen Verantwortung. In den kommenden Beiträgen kann

Wermuth zeigen, was er von Demokratie versteht und von Zusammenarbeit über die Parteilinien hinweg. *Ulrich Kägi, Seon*

Über Kreuz

Nr. 33 – «Unter Fundis»; Rico Bandle über die Anzeige gegen Bischof Huonder

Dem tatsächlich im Alten Testament stehenden, altertümlich moralisierenden Satz, wonach Beischlaf unter Männern mit dem Tode bestraft gehöre, stehen aber die absoluten christlichen Gebote gegenüber: «Du sollst nicht töten» und «Du sollst deinen Nächsten lieben», das heisst keine Gewalt gegen andere ausüben. Damit ist sofort klar, wie aussichtslos das Anliegen von Pink Cross ist, einen christlichen Bischof wegen angeblicher Aufforderung zu Verbrechen vor Gericht zu ziehen. Mit seinem aggressiven Auftreten hat Pink Cross nur die Öffentlichkeit aufgeschreckt, welche sich jetzt verwundert fragen muss, was «Cross», also das christliche Kreuz, eigentlich mit Schwulen zu tun habe? Nach ihrem aggressiven Auftreten ist allzu klar, dass die Schwulen mit der Bezeichnung Kreuz keineswegs ausdrücken wollen, sie trügen ihr Kreuz mit christlicher Demut. Jetzt erst fällt auf, dass jene, welche nicht als pervers gelten wollen, hier ein christliches Symbol rücksichtslos pervertiert haben. Der Schwulenverband sollte deshalb vorsichtiger sein und sich nicht allzu stark aus dem Fenster lehnen, sonst könnte Bischof Vitus Huonder noch auf die Idee kommen, endlich seine Ursprungsrechte auf das Kreuz geltend zu machen oder gar den Schwulenverband selbst wegen Blasphemie vor Gericht zu ziehen.

Victor Lambert, Rickenbach Sulz

Joiz ist erfolgreich

Nr. 33 – «Historische Erblast»; Kurt W. Zimmermann über innovative Medien

Kurt Schaad ist zwar als Verwaltungsratspräsident von Joiz zurückgetreten, hat aber Joiz nicht verlassen, wie Kurt W. Zimmermann schreibt. Der Rücktritt erfolgte aus gesundheitlichen Gründen. Kurt Schaad ist weiterhin Verwaltungsrat bei Joiz. Zudem ist er nicht der Gründer von Joiz, sondern einer von fünf Gründern. Joiz lässt sich mit dem heutigen System der Erfassung von Zuschauerquoten nicht messen. Diese Messmethode berücksichtigt die Zielgruppe von Joiz, die jungen Erwachsenen, viel zu ungenau. Daten über den Medienkonsum via Smartphones, iPads, Compter et cetera werden nicht berücksichtigt. Deshalb hat Joiz in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich ein eigenes digitales Messsystem entwickelt. Die Aussage, wir würden nahezu ohne Publikum senden, ist falsch. Joiz verzeichnet pro Woche eine Million Kontakte. Joiz ist gut unterwegs und schreibt in der Schweiz schwarze Zahlen. *Kurt Schaad, Verwaltungsrat bei Joiz*

Eritrea und andere Diktaturen

Nr. 33 – «Willkommenskultur»; Alex Reichmuth über Asylpolitik

Natürlich hat Bundesrätin Sommaruga recht: Eritrea ist eine üble Diktatur, das Regime ist unberechenbar. Doch da wäre noch eine ganz andere Diktatur zu nennen: Nordkorea mit seinem unberechenbaren Führer Kim Jong Un und seinen immerhin 24 Millionen Einwohnern. Dort wird allein schon der Versuch zur unerlaubten Ausreise mit dem Tod und mit Familienrepression bestraft. Nach den Mottos «Bleiberecht für alle» und «Kein Mensch ist illegal» bestünde hier somit noch ein grosses Betätigungsfeld für unsere Asylindustrie.

Peter Bolliger, Münsingen

Wenn nur jeder zehnte Afrikaner nach Europa käme, wären das hundert Millionen Immigranten. Wo bliebe da die Willkommenskultur? Dabei ist die Annahme, jeder zehnte Afrikaner sei ausreisewillig, noch tief gegriffen. Wenn ich die Jugendlichen im Kinderheim unserer Stiftung in Harare, Simbabwe, frage, dann sind es acht von zehn!

Guido M. Renggli, Zug

Korrigenda

Im Artikel «Sozialstaat für alle» (Nr. 27/15) schrieben wir: «Die Beiträge der EU-Einwanderer an die Arbeitslosenversicherung stiegen in absoluten Zahlen von 5,0 Milliarden Franken im Jahr 2008 auf 6,5 Milliarden Franken im Jahr 2013 – ein Wachstum von 30 Prozent.» Hier fand eine Verwechslung statt: Es handelt sich um die Beiträge aller in der Schweiz berufstätigen Personen an die Arbeitslosenversicherung – also Personen aus der EU, Schweizer und Dritte. Wir bitten um Entschuldigung.

Leserblitz

Mitten ins Herz

Zur Strafanzeige von Pink Cross gegen Bischof Huonder.
Von Heinz Kyburz

Wer Toleranz fordert, sollte nicht intolerant sein. Die gesellschaftlich Liberalen würden die Bibel am liebsten umschreiben oder einzelne Passagen weglassen. Sie begnügen sich damit, den Text umzudeuten und zu erklären, wie er in der heutigen Zeit verstanden werden müsse. Mark Twain hat gesagt: «Was mich an der Bibel stört, sind nicht die Teile, die ich nicht verstehe, sondern diejenigen, die ich kapiere.» Zu diesen provokativen Teilen gehört wohl auch Kapitel 1 des Römerbriefes, worin Homosexualität nicht nur abgelehnt wird, sondern ebenso zum Ausdruck gebracht wird, dass sie Ausdruck der Auflehnung des Menschen gegenüber Gott ist.

Da sträuben sich einzelnen Lesern die Haare, weil sie sich längst eine Meinung gemacht haben und eigentlich gar nicht hören wollen, was die Bibel dazu meint. Jedermann ist natürlich frei, selber zu entscheiden, welche Bedeutung er der Bibel und ihren Aussagen zumessen will. Was jedoch nicht geht, ist der Versuch, Menschen, welche aus der Bibel zitieren, mit Strafanzeigen zu diffamieren. Damit würde unser liberaler Staat zum Gesinnungsstaat, der die freie Meinungsäusserung unzulässig einschränkt. George Orwell hat gesagt: «Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.»

Ich kenne Bischof Huonder nicht persönlich, und ich würde mich wahrscheinlich auch nicht gross dafür interessieren, welche Haltung er in einzelnen Fragen vertritt, wenn einzelne Interessengruppierungen und die Medien nicht dauernd auf ihn einprägen würden. Die Kritik, die sie an ihm üben, ist eigentlich eine Kritik an der Bibel. Der Kampf, den sie führen, ist ein Kampf gegen eine Kirche, welche sich am Wort Gottes orientiert. Die Bibel kennt keine Political Correctness, weil sie nicht darauf ausgerichtet ist, Menschen davor zu bewahren, gekränkt oder verletzt zu werden, sondern Menschen ohne sprachliche Zensur ansprechen will. Dabei können Menschen ins Herz getroffen werden. Oder wie es der Schriftsteller Karl Kraus ausdrückte: «Was trifft, trifft auch zu!»

Heinz Kyburz aus Männedorf ist Vizepräsident der EDU Kanton Zürich.

CP
CRESTA
PALACE

Herbstzauber

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub. Wandern, Golfen, Biken, Tennis uvm.
Zimmer/Frühstück ab CHF 125.– pro Person

Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
Sommersaison bis 11. Oktober 2015

★★★★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Anne und Kai Ulrich

das Bergjuwel

Kaltes Staatswachstum

Der Fiskus zieht die Steuerschrauben an, weil er immer mehr Aufgaben übernimmt. Dabei geht er taktisch geschickt im Verborgenen vor und spielt gegen die Bürger.

Von Beat Gygi

Es ist eine Mischung aus Sucht und Bequemlichkeit: In der vergangenen Woche hat die Sozialkommission des Ständerats die Reform der Altersvorsorge beraten und sich auf das alte Muster konzentriert, Finanzierungsprobleme in AHV und zweiter Säule einfach durch den Zugriff auf die Mehrwertsteuer zu lösen. «Lösen» ist freilich das falsche Wort, «aufschieben» oder «übertünchen» würden besser passen. Mit ihrer Politik wirken die Ständeräte quasi wie Dünger für das Staatswachstum. Die Steuerzahler werden das zusätzliche Prozent Mehrwertsteuer bei jedem Einkauf zu spüren bekommen – allerdings nur schwach, und das ist ja das Kalkül der Politiker, die hoffen, möglichst unbemerkt zu neuem Umverteilungsgeld zu kommen.

Die Mehrwertsteuer begann Ende der neunziger Jahre ihre Karriere mit einem Normalsatz von 6,5 Prozent, und die Grafik auf Seite 33 zeigt, wie dieser bis heute schrittweise auf 8 Prozent gestiegen ist, was jüngst etwa 23 Milliarden Franken pro Jahr einbrachte. Zurzeit wird ein Teil der Steuer befristet bis Ende 2017 zur Sanierung der Invalidenversicherung zweckentfremdet. Von Sanierung ist allerdings nichts zu sehen, und Begehrlichkeiten für weitere Mehrwertsteuerzuschüsse für Energiewende oder Bundesfinanzen zeichnen sich schon ab.

Härtere Gangart

Der Griff in die Mehrwertsteuerkasse ist nur ein Beispiel von vielen. Der Staat ist an zahllosen Stellen am Wachsen, und oft wird dies geschickt getarnt. Der Chef einer kleineren Steuerberatungsfirma hat es dieses Jahr nach seinen Worten das erste Mal erlebt, dass er ein Verfahren gegen die Steuerverwaltung anstrengen musste, weil einer seiner Kunden in der Steuererklärung die Angabe einer Divi-

«Lösen» ist das falsche Wort, «aufschieben» oder «übertünchen» wäre zutreffender.

deneinnahme vergessen hatte. Der Fiskus stellt sich auf den Standpunkt, dass wegen dieser Unterlassung die vom Staat automatisch einbehaltene Verrechnungssteuer von 35 Prozent nicht zurückerstattet werde, der Kunde habe nämlich sein Recht auf Auszahlung verwirkt. Der Streit ist noch nicht entschieden, klar ist für den Steuerberater aber der Ein-

druck, ihm sei der Fiskus bisher nicht mit solcher Härte begegnet.

Über ähnliche Erfahrungen berichtet der in Zürich tätige Wirtschaftsanwalt Wolfram A. Kuoni. Seiner Ansicht nach haben die Steuerverwaltungen in den vergangenen Jahren gegenüber Unternehmen und Bürgern auf eine härtere Gangart umgestellt, wenn es ums Eintreiben von Steuern geht. Wie Kuoni im Interview auf Seite 34 darlegt, betrifft dies nicht formelle Änderungen von Steuergesetzen, nein, die veränderte Haltung kommt seiner Meinung nach vielmehr in einer schärferen Auslegung der bestehenden Regelungen zum Ausdruck. Kuoni, der von seiner Praxis her das ganze Spektrum vom KMU bis zur Grossbank und zum internationalen Konzern kennt – un-

und Unternehmensgrößen beobachtbar. Wenn man etwa bei konzerninternen Verhältnissen die Zahlung von Dividenden mehr als 30 Tage nach der Zahlung melde, führe dies neu zu einer Ablieferungspflicht der Verrechnungssteuer mit langen Rückforderungsfristen und 5 Prozent Verzugszins anstelle des reinen Meldeverfahrens. Haushalte spürten die härtere Gangart etwa bei der Frage, ob eine bauliche Massnahme bei einem Haus werterhaltend oder wertvermehrend sei. Die Steuerverwaltung sei so erfindungsreich geworden, dass sie die aufwendige Renovation etwa eines Bades einer neuen Kategorie «Luxus» zuordne, die steuerlich nicht abzugsfähig sei.

Misstrauenssignal des Staates

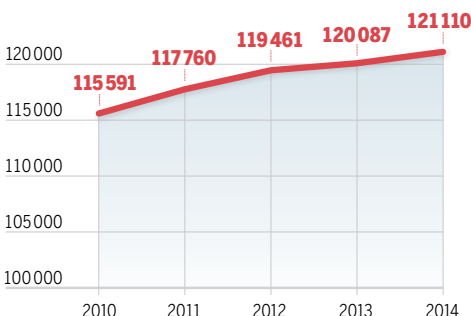
Dass der Staat zunehmend ein Spiel gegen die Bürger spielt, zeigt sich nach Kuonis Worten auch darin, dass die Prozeduren in Steuerverwaltungen komplexer werden, etwa durch die Übernahme des Rotationsprinzips. Diese aus angelsächsischen Regeln zur Corporate Governance und zum Revisionswesen übernommenen Vorschriften sehen vor, dass die Firmen oder Haushalte nicht auf Dauer vom gleichen Steuerkommissär betreut werden, sondern von einem Zuständigen zum andern weitergegeben werden. Im Kanton Zürich beispielsweise wird laut Angaben der Verwaltung für die Dossiers kleinerer Firmen jährlich ausgelost, wer sich damit befasst. Argumentiert wird, dass man so Betriebsblindheit oder allzu grosse Nähe zum Steuerpflichtigen vermeiden wolle. Kuoni sieht darin eher ein Misstrauenssignal des Staates gegenüber dem Bürger – das zudem den Behörden den Anlass zur Aufstockung des Personalbestandes biete, da sich die Fachleute ja immer wieder neu einarbeiten und entsprechend Zeit aufwenden müssten.

Vor diesem Hintergrund kann man sich etwa ausmalen, welche Folgen die zur Finanzierung der Unternehmenssteuerreform III vorgesehene Einstellung von sechzig neuen Steuerinspektoren auf Bundesebene haben kann. Ein Aufrüsten des Fiskus mit Experten zu Kosten von 300 Millionen Franken, die durch aggressives Besuchen von Unternehmen dann ein Vielfaches ihrer Lohnsumme hereinholen sollen – das bedeutet einen Klimawandel.

Aber klar, der Staat braucht Geld, weil er auf der Kostenseite weiter wächst. Die Grafik zeigt, wie der durchschnittliche Jahresbruttolohn für Bundesangestellte Jahr für Jahr zu-

Fast garantierte Lohnsteigerung

Durchschnittlicher Bruttojahreslohn für Angestellte des Bundes, in Franken



QUELLE: REPORTING PERSONAL MANAGEMENT

Jahr für Jahr mehr: Bundessaläre.

ter anderem als Verwaltungsrat des in London kotierten Rohstoffunternehmens Ferrexpo sowie von Banken in der Schweiz und der EU –, sieht überall ähnliche Symptome, die auf einen Klimawandel zuungunsten der Steuerpflichtigen hindeuten.

Nach seiner Schilderung pflückt der Fiskus zuerst natürlich die Früchte, die am niedrigsten hängen – die seien bei den Grösseren zu holen. Beispiele sind etwa aggressive Einschätzungen von Holdinggesellschaften durch die Steuerbehörde, was dazu führt, dass der Staat dann das Unternehmen nicht mehr am juristischen Sitz besteuert, sondern, «ohne mit der Wimper zu zucken», dessen Geschäfte in einem anderen Kanton, wo vom Fiskus die angebliche Geschäftsführung vermutet wird.

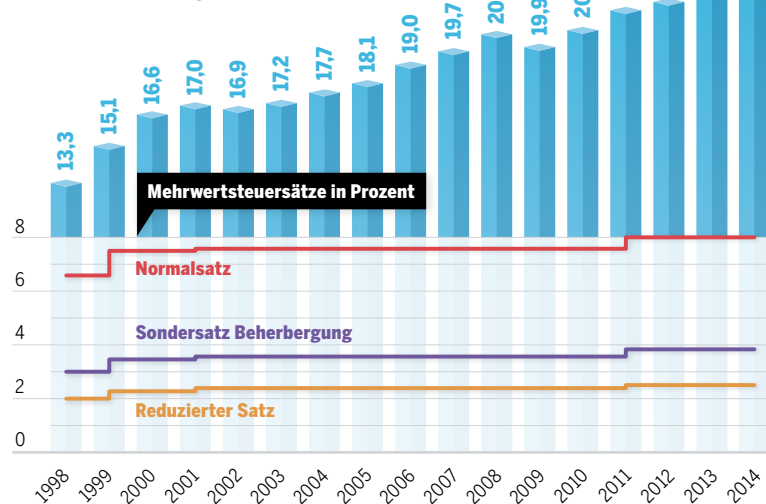
Dieses Anziehen der Steuerschraube ist nach seinen Erfahrungen quer durch alle Schichten



Die Verwaltung hat es weitgehend in der Hand, neue Aufgaben zu finden.

Die Mehrwertsteuer wird immer wichtiger

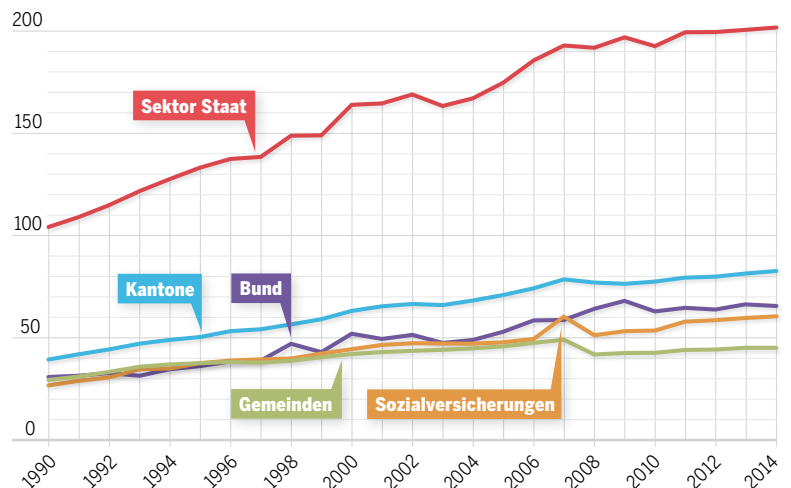
Mehrwertsteuer-Erträge, in Milliarden Franken



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT (EFD)

Der Staat auf Wachstumskurs

Einnahmen 1990–2014, in Milliarden Franken



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT (EFD)

Stetiger Anstieg: Die Staatseinnahmen haben sich seit 1990 verdoppelt, auch dank Umverteilungsgeld aus der Mehrwertsteuer.

«Schädlich für alle»

Der Staat tritt dem Bürger zunehmend mit Misstrauen entgegen, sagt Wirtschaftsanwalt Wolfram A. Kuoni. Von Beat Gygi

Herr Kuoni, Sie warnen vor einem versteckten Staatswachstum. Wo sehen Sie Indizien dafür?

Bei den Steuern zeigt sich das sehr deutlich. Es geht in diesem Zusammenhang nicht um formelle Gesetzesrevisionen, sondern darum, dass bestehende Steuergesetze aggressiv zuungunsten der Steuerpflichtigen ausgelegt werden, also zu Lasten der Bürger und Firmen.

Arbeitet denn die Verwaltung vermehrt gegen die Bürger?

Ja, der Ermessenspielraum wird mehr und mehr zum Nachteil der Bürger ausgenutzt. Das beginnt etwa bei der Bewertung von Vermögen. Oft nimmt die Verwaltung bei Unternehmen nicht den Verkehrswert als Massstab, sondern willkürliche Werte weit über dem Marktwert, die dann zu überhöhten Vermögens-, Erbschafts- oder Schenkungssteuern führen. Dieses Geld fehlt dann beim Investieren.

Aber gegen abwegige Einschätzungen kann man sich ja juristisch wehren.

Ja, aber das ist immer aufwendig, zeitlich und finanziell. Das weiss der Fiskus, und oft verweist er auf geradezu süffisante Weise darauf, man könne ja Einsprache erheben und den Beschwerdeweg gehen, wenn man nicht einverstanden sei. Das grenzt an eine Beweislastumkehr. Der Fiskus tritt sehr aggressiv auf, und dem Bürger bleibt der Beschwerdeweg, um sich zu wehren.

Werden alle Gruppen im Volk stärker unter Druck gesetzt, oder hat es der Staat auf bestimmte abgesehen?

Er holt natürlich zuerst die Früchte, die am niedrigsten hängen, die sind bei den Grösseren. Aber in meiner Praxis sehe ich dieses Anziehen der Steuerschraube quer durch alle Schichten und Unternehmensgrössen. Etwa bei der Frage, ob eine bauliche Massnahme bei einem Haus werterhaltend oder wertvermehrend sei. Oder bei der Rückforderbarkeit von Verrechnungssteuern, wenn es ums Besteuern grenzüberschreitender Dividenden geht. Das kann Private oder kleine Firmen ebenso treffen wie grosse Unternehmen, und den Kleineren fällt es meistens schwerer, sich juristisch zu wehren.

Ist der Staat damit erfolgreich?

Er ist erfolgreich. Im Kanton Zürich bei-

spielsweise sind die Steuererträge noch nicht gross eingebrochen, obwohl ja die Grossbanken als ehemals grösste Steuerzahler wegen der Verluste aus der Finanzkrise zurzeit kaum Steuern bezahlen.

Verändert so etwas das Verhältnis zwischen Bürger und Staat?

Das sind langfristige Entwicklungen, aber dieses unterschwellige Misstrauen, mit dem der Staat dem Bürger nun in Steuerfragen entgegentritt, vergrössert die Distanz. Die Verwaltung wird intransparenter und unpersönlicher. Das ist schädlich für alle, denn die Stärke des Staates war bisher immer seine Bürgernähe.

Welche Politikebene ist am heikelsten?

Ganz klar der Bund. Für Bundesangestellte ist der Bürger weit weg. Es gibt ihn fast nur als Zahl. Das ist ganz anders, als wenn der Steuerbeamte der Gemeinde dem Steuerpflichtigen gegenüber sitzt. Und klar ist auch, dass die Verwaltung in Bern politisch nicht so zusammengesetzt ist, wie es den Gewichten der politischen Parteien entsprechen würde.

Das heisst, die linke Seite überwiegt?

Keine Frage. Die Verwaltungsleute sind nicht nur weit weg vom Bürger, sondern auch weit weg von der Wirtschaft. Leider sind bürgerliche Exekutivpolitiker oft eher Aushängeschilder, als dass sie politischen Gestaltungswillen zeigen und versuchen, am Steuer zu drehen. Die Macht der Verwaltung ist ein grosses Problem.

Kann man diese Macht einschränken?

Da ist das Parlament gefordert. Die Aktienrechtsrevision etwa mit der Idee von Frauenquoten in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung entstand ja nicht im Parlament, sondern in der Verwaltung, da gibt es im Justizministerium eine ganz klare Ideologie. Am Parlament liegt es nun, dies zu korrigieren und zu sagen: «Nein, darüber beraten wir nicht, das brauchen wir nicht.» Gleiches gilt im Finanzmarkt-bereich etwa für das Finanzdienstleistungsgesetz, das unter dem Namen Fidleg daherkommt.



Wolfram A. Kuoni, 49, ist Wirtschaftsanwalt mit eigener Kanzlei in Zürich.

genommen und 2014 gut 121 000 Franken erreicht hat. Beim Bund verdienen Männer im Medianwert gut einen Viertel mehr als private Kollegen, Frauen erhalten beim Staat gar einen Drittel mehr. Die Lohnverbesserungen für die rund 37 000 Bundesangestellten sind umso eindrücklicher, als 2012 und 2013 die durchschnittliche Jahreststeuerung mit minus 0,7 und minus 0,2 Prozent negativ war. Der Lohnzuwachs für 2014 betrug 0,9 Prozent, davon stammen 0,7 Prozent aus der vom Bundesrat gewährten Realloohnerhöhung, dies bei einer Teuerung von null.

Interne Triebkräfte

Und auch da ist das Verborgene besonders brisant. Die Verwaltung selber hat dieser Tage die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, als sie mitteilte, der Bundesrat habe eine Anpassung der Anstellungsbedingungen des Bundespersonals beschlossen. Dies betrifft die sogenannte individuelle Lohnentwicklung, die dadurch

Beim Bund verdienen Männer gut einen Viertel mehr als Kollegen in der Privatwirtschaft.

zustande kommt, dass die Angestellten in ihrer Lohnklasse schrittweise aufsteigen, um dann in der nächsten Klasse weitere Stufen zu nehmen. Hinzu kommen Leistungsprämien und Treueprämien. Diese drei Möglichkeiten für persönliche Lohnerhöhungen sollen nun zum Ärger der Personalverbände eingeschränkt werden. Das ändert nichts daran, dass sie als interne Triebkräfte zum verborgenen Lohnwachstum beitragen, denn sie werden nicht ausgewiesen, sondern durch Fluktuationen gegenfinanziert. Laut dem Personalamt des Bundes entsprach dies 2014 gut 55 Millionen Franken oder 1,2 Prozent der Lohnsumme.

Dass es die Verwaltung weitgehend in der Hand hat, neue Aufgaben zu finden, zu deren Erfüllung sie Personal braucht, zeigen Mitteilungen der Bundesverwaltung aus jüngster Zeit. Vergangene Woche liess das Bundesamt für Umwelt verlauten, dass die Liste der Industrieanlagen, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung Pflicht sei, ausgeweitet werde, es werden also mehr Unternehmen als bisher dieser Pflicht unterworfen – unter anderem mit dem Argument, dass internationale Abkommen dies erforderten. Ebenfalls aus dem Bundesamt für Umwelt kam zwei Tage später die Meldung, dass beim Bund ein «neues Web-Portal zum Dialog über eine grüne, zukunftsfähige Wirtschaft» aufgeschaltet werde, dies im Rahmen des «Aktionsplan Grüne Wirtschaft». Ein «Aktionsplan normale Wirtschaft» ist beim Bund offenbar nicht vorgesehen, denn dieser gäbe dem Staat viel weniger zu tun. ○



Gleichzeitig auf zwei Schlachtfeldern im Einsatz: Armeeminister Maurer.

Streichkonzert

Ein Papier des Verteidigungsdepartements zeigt auf, wie der Bundesrat die grosse Armee reform von Ueli Maurer kaputtsparen will. *Von Hubert Mooser*

Ueli Maurers grosse Armee reform ist ein einziges Auf und Ab: Letzte Woche befasste sich die Sicherheitskommission des Ständerates (SiK-S) wieder damit. Sie hatte sich für die Sitzung vom 10. und 11. August im Hotel «Seedamm Plaza» in Pfäffikon SZ eingemietet. Das wichtigste Geschäft hatte SiK-S-Präsident und SVP-Ständerat Alex Kuprecht für den zweiten Tag traktandiert: die Finanzierung der Armee reform «Weiterentwicklung der Armee» (WEA).

Das Armeebudget ist der Knackpunkt von Maurers grosser Reform, die eine Halbierung der Bestände von 200 000 auf 100 000 Mann, kürzere Ausbildungszeiten und weniger Flug- und Waffenplätze vorsieht, dafür aber die Schlagkraft der Armee erhöhen soll. Der Chef des Verteidigungsdepartements (VBS) hatte für die Kommissionssitzung in Pfäffikon ein Faktenblatt vorbereiten lassen, das bei der Beratung als Tischvorlage diente. Es zeigte erstmals konkret auf, wie der Bundesrat seit 2013 Maurer sukzessive die Mittel für die Reform kürzte, obwohl Parlament und Bundesrat ihm jährlich 5 Milliarden Franken versprochen hatten. Im Dezember 2013 entschied das Siebnergremium, Maurer solle ab 2016 die 5 Milliarden Franken pro Jahr erhalten. Dann stürzte der Kampfjet Gripen an der Urne ab. Im Dezember 2014 bezifferte der Bundesrat dann den Finanzbedarf der Armee für 2016 und 2017 auf bloss je 4,7 Milliarden.

Inzwischen hatte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf auch gemerkt, dass die Bundessteuereinnahmen nicht in den Himmel wachsen und der Bund die Ausgaben drosseln muss. Das Streichkonzert des Bundesrates ging weiter. Der provisorische Finanzplan vom 24. Juni 2015 sieht nun für den Zahlungsrahmen 2017–2020 jährliche Beträge von 4,64 Milliarden (2017) 4,69 Milliarden (2018), 4,72 Milliarden (2019) und 4,77 Milliarden (2020) vor, total also 18,8 Milliarden Franken. Obendrein soll Maurer laut dem provisorischen Sparprogramm vom Juni 2015 zwischen 2017 und 2020 720 Millionen Franken sparen. Das bedeutet: Dem Verteidigungsminister bleiben in den ersten vier Jahren für seine Reform bloss gut 18 Milliarden Franken. 5 Milliarden soll er erst ab 2020 erhalten. Kein Wunder, flippte er an der Bundesratssitzung vom 1. Juli aus, als der Bundesrat auf diesen Kürzungen beharrte.

Kommission für Maximalvariante

Gemäss dem VBS-Papier ist ein Zahlungsrahmen von mindestens 18,6 Milliarden nötig, um die Rüstungsprogramme 2015/2016 zu finanzieren und die Minimalziele der Reform zu erreichen. In Pfäffikon zeigte der VBS-Chef verschiedene Varianten auf zur Finanzierung der WEA. Variante A sah einen Finanzrahmen für 2017–2020 von 18,6 Milliarden vor, Variante B ging von 18,9 Milliarden aus, Variante C von

19,4 Milliarden. Als weitere Alternative stellte das VBS einen Rüstungsmaterial- und Immobilienfonds, eine Finanzierung auf der Basis von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sowie eine zweckgebundene Steuer zur Diskussion.

Nach drei Stunden Beratung sprachen sich die SiK-Ständeräte für die Maximalvariante C aus – also für 600 Millionen mehr, als vom Bundesrat im provisorischen Finanzplan vom 24. Juni (ohne Sparabzug) festgehalten. Maurer

Maurer bleiben in den ersten vier Jahren für seine Reform bloss gut 18 Milliarden Franken.

konnte fürs Erste zufrieden sein. Wie wichtig ihm diese Sitzung war, konnte man daran erkennen, dass er mit einer hochkarätigen Delegation nach Pfäffikon gereist war. Er hatte Armeechef André Blattmann, den stellvertretenden Generalsekretär Robert Wieser und WEA-Projektleiter Sergio Stoller mitgenommen. Die SiK-S hatte zudem den Direktor der Finanzverwaltung, Serge Gaillard, und den stellvertretenden Leiter des Finanzdienstes III – Sicherheit und Migration –, Thomas Marthaler, aufgebeten.

Doch die von der SiK-S favorisierte Variante könnte Maurer in den kommenden Wochen neuen Ärger eintragen. Der Verteidigungsminister ist mit seiner neuen Armee gleichzeitig auf zwei Schlachtfeldern im Einsatz: einmal im Bundesrat, der sparen will. Eine weitere Front gegen sich hat Maurer seit der Sommersession im Parlament. Im Juni brachte eine unheilige Allianz von SVP und SP die WEA-Vorlage im Nationalrat zum Absturz. Die SP will dem VBS weniger Geld geben, die SVP will mehr als die 5 Milliarden für die Armee und den Betrag ins Gesetz schreiben. Im Herbst wird der Ständerat die WEA noch einmal beraten.

Der Ablauf der Ereignisse ist also alles andere als übersichtlich, und der Verteidigungsminister sucht nach Wegen, wie er Reformwerk, Sparprogramm, Einwände des Parlamentes und Forderungen seiner Partei unter einen Hut bringen kann. Seine Reform sollte ab dem 1. Januar 2017 greifen. Nach dem Absturz im Nationalrat und den Turbulenzen um die Finanzierung sagte Maurer gegenüber der *Basler Zeitung*, er wolle das Inkrafttreten der Reform um ein Jahr verschieben.

Aber im aktuellen Papier, das Maurer den Ständeräten der SiK aushändigte, heisst es wiederum: «Ein Zahlungsrahmen für die Armee für die Jahre 2017 bis 2020 könnte in den Übergangsbestimmungen festgelegt werden.» Dazu seien unterschiedliche Varianten möglich. Alle würden bedingen, dass die betreffenden Artikel im Militärgesetz am 1.1.2017 in Kraft gesetzt würden, was realisierbar sei. Demnach will Maurer einzelne Teile der Reform also doch rechtzeitig aufstarten. ○

Der ausgeliehene Diplomat

Peinlich für das Schweizer Diplomatenkörpers: Aussenminister Didier Burkhalter muss seinen neuen EU-Chefunterhändler von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ausleihen. Das Aussendepartement konnte keinen fähigen Kandidaten präsentieren. *Von Hubert Mooser*

Das war wieder typisch Burkhalter: Bevor sich der Berner Politbetrieb in die Sommerferien abmeldete, telefonierte der Aussenminister auf der Suche nach geeigneten Kandidaten für den Job als neuer Chefunterhändler in der Beziehung Schweiz–EU der Reihe nach all seinen sechs Bundesratskolleginnen und -kollegen. Die Präferenzen lagen bereits klar bei Jacques de Watteville, dem Staatssekretär für internationale Finanzfragen (SIF). Damit war die Wahl fast schon gelaufen, der Nachfahre eines weitverzweigten Berner Adelsgeschlechts als neuer «Mister Europa» inthronisiert, und der konfliktscheue Burkhalter konnte sich einmal mehr um eine Entscheidung drücken.

Was lässt sich zu dieser Wahl sagen? Dass der Aussenminister den Staatssekretär von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ausleihen muss, damit dieser im Nebenamt die bilateralen Verhandlungen mit der EU koordiniert, macht ein tieferliegendes Problem der gegenwärtigen Schweizer Diplomatie sichtbar. Seit Jahren predigen Mitglieder der Landesregierung, wie wichtig die Beziehungen zur EU seien. Ununterbrochen wird dem Volk eingehämmert, dass jeder dritte Franken im wirtschaftlichen Austausch mit der EU erzielt werde. Aber jetzt, da es darauf ankommt, kann Burkhalter keinen eigenen Kandidaten präsentieren, der das Format hat, im Umgang mit der EU den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

«Zwei sind zur Auswahl gestanden», legte der Aussenminister vor den Medien in Bern dar, «Jacques de Watteville und EDA-Staatssekretär Yves Rossier.» Rossier habe jedoch abge sagt. Er wolle sich auf andere wichtige Dossiers konzentrieren. Damit hat Burkhalter in seiner Darstellung nicht nur reichlich übertrieben, vielmehr hat er, gewollt oder ungewollt, seinen neuen Chefunterhändler auch gleich als zweite Wahl abgestempelt.

Rossier im Abseits

Die politische Realität ist eine andere: Als das Siebnergremium am 24. Juni die Nominierung eines neuen Chefunterhändlers beschloss, erfuhr Rossier davon aus der von der Bundeskanzlei verfassten Pressemitteilung. Rossier leitete zu diesem Zeitpunkt die vom Bundesrat eingesetzte Koordinationsgruppe zu den EU-Verhandlungen. Der Entscheid vom 24. Juni bedeutet faktisch seine Absetzung in dieser Funktion. Für alle war klar:



Zweite Wahl: Top-Diplomat Jacques de Watteville.

Rossier kam für den neuen Posten nicht mehr in Frage – auch wenn die Medien ihn weiter hartnäckig als Kandidaten der engeren Auswahl führten.

Der EDA-Staatssekretär hatte sich bei den bisherigen Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU, bei dem es um die künftige Übernahme von EU-Recht und um Streitschlichtungsinstanzen geht, zu sehr aus dem Fenster gelehnt. Bei seinen Gesprächen mit EU-Chefdiplomat David O’Sullivan machte er dem EU-Vertreter Zugeständnisse, die der Bundesrat so nicht abgestimmt hatte – zum Beispiel bei der Anwen-

dung der neuen Regeln auf die bestehenden Verträge. Der Bundesrat hatte in seinem Mandat verlangt, dass diese nur für neue Verträge gelten sollten.

Noch unbeliebter machte sich Rossier später mit einer Lösung über den Europäischen Gerichtshof (EuGH), dessen Entscheide für die Schweiz höchstens den Charakter von Gutachten hätten. Das jedenfalls dozierte Rossier landauf, landab. Die EU machte schnell einmal über andere Kanäle klar, dass EuGH-Urteile auch für die Schweiz verbindlich wären. Kurzum: Rossier hat sich mit seinem forschen Stil seit 2013 ins Abseits manövriert. Und seit

O'Sullivan eine andere Position hat, fehlen Rossier auch die Kontakte.

Was für das Schweizer Diplomatenkorps im EDA peinlich ist: Eine valable Alternative zu Rossier, die aus dem EDA stammt, konnte Burkhalter nicht präsentieren.

In der Vergangenheit rückte der Leiter des EU-Integrationsbüros, inzwischen in Direktion für Europäische Angelegenheiten (DEA) umbenannt, bei zentralen Verhandlungen mit der EU automatisch zum Chefunterhändler auf – wie dies bei Franz Blankart, Jakob Kellenberger oder Michael Ambühl der Fall war. Der gegenwärtige DEA-Chef, Botschafter Henri Gétaz, kam jetzt nicht einmal in die engere Auswahl. Ihm fehle die Härte in Verhandlungen, sagen Insider.

System am Boden

Der Schweizer EU-Botschafter, Roberto Balzaretto, liess sich vor der Sommerpause vom Schweizer Fernsehen als kampfsportherproben «Action-Diplomaten» hochjubeln – ob es mit dem Hintergedanken geschah, sich dadurch ins Gespräch zu bringen, weiss man nicht. Sein Name tauchte nicht einmal auf einer Liste auf. Balzaretto habe für diesen «Scheissjob» wohl nicht nach Bern zurückkehren wollen, vermutet ein früherer Spitzendiplomat der Eidgenossenschaft. Tatsache ist: Mit Ausnahme von Rossier, der schon vor der Wahl ohne Aussichten war, stammte keiner der potenziellen Kandidaten aus dem Aussendepartement.

Das System funktioniere nicht mehr, die Kontinuität sei dahin, zieht ein früherer Schweizer Botschafter Bilanz. Querdenker, die sich zuweilen auch gegen einen Vorschlag des Aussenministers stellten, seien nicht mehr erwünscht. Und verhandeln lerne man nicht übers Wochenende an einem Seminar der Hochschule St. Gallen. Diese Fähigkeiten könnten sich Nachwuchsleute nur aneignen, wenn sie erfahrene Unterhändler regelmässig begleiteten. Der St. Galler Nationalrat Rino Büchel (SVP), der das EDA aus eigener Erfahrung kennt, ortet ein Führungsvakuum im Aussenministerium. Bundesrat Burkhalter konzentrierte sich zu stark auf Glanz und Gloria und überlasse die Führung im Departement seinen engsten Mitarbeitern. Der St. Galler ist überzeugt: Als Aussenminister könne man sich nicht bloss als Kandidat für den Friedensnobelpreis feiern lassen, man müsse auch den eigenen Laden in Ordnung halten.

Die Personalkrise im EDA ist allerdings auch ein Symptom für die Haltung und Entwicklung in diesem Departement. Eine ganze Generation von Diplomaten wurde darauf getrimmt, die Schweiz näher an die EU heranzuführen – zuerst mit dem EWR-Projekt und später mit dem EU-Beitrittsgesuch. Und als diese Möglichkeiten nicht mehr offen waren, konzentrierte man sich auf die bilateralen

Verträge. Leute wie Blankart oder Kellenberger schritten voran, der Rest folgte aus Überzeugung. Viele Diplomaten im EDA treten nach wie vor für eine EU-Mitgliedschaft ein, auch wenn sie dies heute, nach der Euro-Krise und dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative, etwas diskreter tun als früher.

Das macht Verhandlungen, zum Beispiel über eine Änderung des Personenfreizügigkeitsabkommens, nicht einfacher, geht es in dieser Sache doch darum, den neuen Zuwanderungsartikel in der Verfassung umzusetzen. Dafür braucht es keine «EU-Turbos», sondern Verhandlungsführer, die in Brüssel das Verdikt der Stimmbürger entschlossen vertreten. Ist der jetzt vom Bundesrat eingesetzte neue Chefunterhändler Jacques de Watteville der richtige Mann dafür? Entscheidend bei der Nominierung seien de Wattevilles Beziehungen zu den Entscheidungsträgern gewesen, sagte Burkhalter.

«Wir stehen vor einer grossen Aufgabe und müssen Erfolg haben», sagt der neue Chefunterhändler. SP-Nationalrat Corrado Pardini, der mit de Watteville in der Wirtschaftskommission des Nationalrates zu tun hat, schätzt am Romand dessen Offenheit und meint: «Was er sagt, hat Hand und Fuss.» Der Freiburger Nationalrat Jacques Bourgeois, der mit de Watteville schon Viertausender bestie-

So klingt keiner, der den EU-Granden entschlossen auf die Füsse treten will.

gen hat, attestiert ihm die für diese Position notwendige Bodenhaftung. Bei der SVP steht er dagegen als Verfechter des automatischen Informationsaustausches in der Kritik.

Was lässt sich über Jacques de Watteville sonst noch sagen?

Der Topdiplomate ist ein Mitglied der einflussreichen, vermögenden und weitverzweigten Berner Adelsfamilie von Wattenwyl. Autor Urs Paul Engeler hat in der *Weltwoche* im Jahr 2013 die Geschichte des Clans ausführlich nachgezeichnet. Zum Beispiel, dass die de Wattevilles nach der Attitüde des Berner Stadtadels die als nobler eingestufte französische Schreibweise des Namens pflegen, die, ein Unikum, behördlich als gleichwertig anerkannt werde. Begonnen hätten die Vornehmen bodenständig und bäuerlich im 14. Jahrhundert im Dorf Wattenwil im Gürbetal, südlich von Bern. In den darauffolgenden Jahrhunderten hätten sie es mit Söldnerdiensten, politischem Opportunismus und einem ausgeprägten Krämergeist aber rasch zu Ruhm, Ansehen und Vermögen gebracht.

Jacques de Watteville, oder von Wattenwyl, wie er sich in Bern nennt, ist das aktuelle politische Aushängeschild des Clans. Der «Diplomat der letzten Hoffnung», wie ihn die *Berner*

Zeitung bezeichnete, soll nun den Verhandlungen mit Brüssel neuen Schwung verleihen. Es ist ja auch nicht so, dass der neue Chefunterhändler lediglich ein wenig koordinieren soll und keine Weisungsbefugnisse hat, wie dies Sonntagszeitungen suggerierten. De Watteville kann beim Bundesrat die Änderung eines Verhandlungsmandates beantragen. Er kann auch das Tempo der Verhandlungen in den einzelnen Dossiers bestimmen.

Bankgeheimnis beerdigt

Grosse Würfe darf man aber nicht erwarten. Dazu steht der «Grandseigneur der Schweizer Diplomatie» (*Der Bund*) zu sehr in der Tradition der Schweizer EU-Politik, das zeigt der Blick zurück. Am 8. Februar 2009 stimmte die Schweiz über das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit ab. In den Wochen davor beklagte sich de Watteville in den Medien, die Schweizer Diplomaten bekämen von Brüssel öfter zu hören, die Verwaltung der bilateralen Verträge werde auf die Dauer zu kompliziert, wenn die Schweizer immer wieder neu abstimmen. Es werde bei einem Nein zur Personenfreizügigkeit keinen Plan B geben. De Watteville war damals als EU-Botschafter der Schweiz in Brüssel tätig.

Nachdem sich die Schweiz nach langem Hin und Her 2012 auf Druck der Öffentlichkeit endlich durchgerungen hatte, die Ventilklausel der Personenfreizügigkeit anzurufen, um die ausufernde Zuwanderung einzudämmen, rapportierte er frustriert nach Bern: «Sogar unsere Freunde verstehen uns nicht mehr.» Die Anrufung der Ventilklausel habe eine geschlossene Front gegen die Schweiz bewirkt. So klingt keiner, der den EU-Granden entschlossen auf die Füsse treten will.

Als hätte er geahnt, dass seine defätistischen Worte ihn einst einholen könnten, warf er vor knapp zwei Monaten in der Sitzung der Wirtschaftskommission des Nationalrates die rhetorische Frage auf, ob die Schweiz vor Brüssel kusche – um diese dann folgendermassen zu beantworten: Wegen des Steuerregimes der Kantone für bestimmte Unternehmen habe die EU-Kommission 2007 mit der Kündigung des Freihandelsvertrags zwischen der Schweiz und der EU gedroht. Brüssel habe von der Schweiz die Übernahme des weit gehenden EU-Verhaltenskodex (Code of Conduct) bei der Unternehmensbesteuerung gefordert, dies habe er jedoch der Kommission erfolgreich ausreden könne. Und er habe als Missionschef in Brüssel das Schweizer Bankgeheimnis mit «bec et ongles» (mit Zähnen und Klauen) verteidigt. Aber eben:

Er hat dann als Staatssekretär für internationale Finanzfragen, mit seiner Unterschrift unter das Abkommen zum automatischen Informationsaustausch zwischen der Schweiz und der EU, auch den letzten Sargnagel beim Bankgeheimnis eingeschlagen. ○

Big Deal um Big Data

Sie überlegen sich, ein neues Auto oder eine neue Bratpfanne zu kaufen? Die SRG, Swisscom und Ringier tun sich zusammen, um das künftig schon vor Ihnen zu wissen. *Von Kurt W. Zimmermann*

Das erste Treffen der drei Herren war im Bluewin-Tower auf dem Sulzerareal in Zürich-West. Die drei Herren trafen sich in einem kleinen, versteckten Eckzimmer im oberen Stock. Die drei Herren wollten nicht gemeinsam gesehen werden.

Das ist ein halbes Jahr her. Die drei Herren waren SRG-Generaldirektor Roger de Weck, Swisscom-Konzernchef Urs Schaeppi und Ringier-CEO Marc Walder.

Die drei Herren wollten nicht gemeinsam gesehen werden. Denn sie wussten, dass sie einen Deal vorbereiteten, der die Schweizer Medienbranche ziemlich auf den Kopf stellen würde.

Diese Woche wurde der Deal verkündet. Die SRG, die Swisscom und Ringier gründen ein gemeinsames Unternehmen, an dem jeder einen Drittel des Aktienkapitals hält. Das Unternehmen vermarktet in Zukunft die vereinigte Werbung der drei Partner.

Ein zentrales Verkaufsteam, gegen dreihundert Leute, verkauft in Zukunft das ganze kommerzielle Angebot der drei Unternehmen. Die SRG bietet in diesem Paket ihre täglichen 2,5 Millionen Zuschauer und ihre TV-Spots auf ihren sieben Fernsehkanälen. Ringier liefert die millionenfachen Nutzer von Plattformen wie der Blick-Gruppe, von Zeitschriften wie der *Schweizer Illustrierten*, Radio Energy und Online-Marktplätzen wie der Scout-Gruppe. Auch die Titel von Axel Springer Schweiz, etwa *Bilanz* und *Handelszeitung*, werden in das Joint Venture einfließen, weil Ringier hälftig daran beteiligt ist.

Der fleissigste Datensammler

Der wichtigste Partner der drei aber ist die Swisscom. Sie betreibt 6,5 Millionen Mobiltelefon-Anschlüsse in der Schweiz und hat 1,2 Millionen Kunden bei ihrem Swisscom TV. Diese Kundendaten sind Gold wert.

Dem Gold sagt man Big Data.

Big Data ist die Kunst der digitalen Spionage und Überwachung in Bezug auf unser Konsumverhalten. Swisscom ist hier führend. Sie ist der fleissigste und systematischste Datensammler der Schweiz.

Swisscom weiss alles über uns. Swisscom weiss immer, wann und wo wir sind. Swisscom weiss, wo wir wann was tun. Swisscom weiss, wo und wann wir in der Migros und im Zoo sind, wo und wann wir welchen Film anschauen, wo und wann wir uns für ein neues Auto oder eine neue Bratpfanne interessieren und wo und wann wir eine Reise in die Karibik buchen.

Swisscom weiss es, weil sie all unsere Aktivitäten am Smartphone, am Tablet und am Computer registriert. Erfolgreich ist heute, sagt Swisscom selber, «wer Daten intelligent sammelt, aggregiert und auswertet».

Das deutsche Magazin *Computerwoche* vergibt jedes Jahr die Best-in-Big-Data-Awards. Beim letzten Mal siegte in der Kategorie Big-Data-Projekte die Swisscom. Sie zeigte, wie sie die permanenten Bewegungsdaten von Autofahrern, Radfahrern und Fussgängern über deren Mobiltelefone erfasst. Damit lassen sich Verkehrsströme besser steuern. Kommerziell wichtiger aber sind diese Daten für Firmen aus Bereichen wie Transport, Tourismus und Gastronomie, denen die Swisscom dieses Wissen verkauft.

Swisscom bietet dem Markt Big Data. Ringier kann das nur teilweise, die SRG noch weniger. Darum waren Roger de Weck und Marc Walder so scharf auf dieses Joint Venture. Wie sich der Zusammenschluss auswirken wird, ist noch zu zeigen – er wirkt sich auf uns alle aus.

Zuvor aber muss man wissen, warum sich drei auf den ersten Blick unterschiedliche Unternehmen zusammenschließen. Nun, so unterschiedlich sind sie nicht. Sie haben dieselbe Tradition und dasselbe Problem.

Im Grunde haben sich drei urschweizerische Firmen gefunden. Ringier, das ist der Verlag

Swisscom ist für die SRG und für Ringier der ideale Google-Ersatz.

aus Zofingen, der mit dem *Gelben Hefli* und der *Sie und Er* jahrzehntelang die Wohnstuben dominierte. Swisscom, das ist die legitime Tochter der guten alten Post-, Telefon- und Telegrafengebiete (PTT). Und die SRG, das ist seit der Gründung des Landessenders Beromünster sowieso ein Nationalheiligtum.

Unterschiedlich sind nur die Besitzstrukturen. Ringier ist ein Privatunternehmen. Bei Swisscom hält der Staat 51 Prozent. Die SRG ist formal ein Verein, de facto aber ein weitgehend über Steuern finanzierter Staatsbetrieb.

Nun haben die drei urschweizerischen Unternehmen SRG, Swisscom und Ringier aber eine Gemeinsamkeit, die sie von den meisten Konkurrenten im heimischen Markt unterscheidet. Alle drei sind weitaus stärker dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Die Fernsehkanäle der SRG beispielsweise haben von den hiesigen



Dieselbe Tradition und dasselbe Problem:

Anbietern nichts zu fürchten. Ihre Widersacher sind nicht all die nationalen Kleinkanäle von 3+ bis Star TV oder all die Regionalsender von Tele Züri bis Tele Ostschweiz. Diese absorbieren gerade mal zehn Prozent des Werbemarkts. Die SRG-Gegner sind die ausländischen Werbefenster von RTL, Pro 7 und Sat 1. Sie erreichen in der Schweiz einen Jahresumsatz von 300 Millionen Franken. Das sind nur 70 Millionen weniger, als die SRG an Werbung hereinholt.

Die Swisscom ist ähnlich global gefordert. Ihr früher florierendes Geschäft mit SMS- und Bilddateien wurde von preisgünstigen Message-Diensten wie Whatsapp aus dem Hause Facebook gründlich untergraben. Das Geschäft mit der Telefonie wird durch internetbasierte Anbieter wie Skype und Viber in Zukunft ebenfalls spürbar zurückgehen. Denn bei denen ist weltweit jeder Anruf gratis.

Google kann, was andere nicht können

Ringier wiederum ist das einzige grössere Medienhaus des Landes, das international aufgestellt ist. Etwa 300 Millionen Franken, nicht ganz ein Drittel des Gesamtumsatzes, erwirtschaftet das Haus ausserhalb der Schweiz. Ringier ist damit überall dem schärfsten Gegner der traditionellen Verlagshäuser ausgesetzt. Der Gegner ist Google. Google ist einer der Hauptgründe, warum auch die Werbeeinnahmen der Schweizer Presse seit dem Jahr 2008 um 800 Millionen Franken gesunken sind. In



SRG-Generaldirektor Roger de Weck, Swisscom-Chef Urs Schaeppi, Ringier-CEO Marc Walder.

diesem Jahr wird Google in der Schweiz rund 300 Millionen Franken Umsatz machen.

Google kann, was Ringier und SRG nicht können. Google kennt seine Nutzer bis ins letzte Detail. Die Suchmaschine weiss, ob eine Frau schwanger ist, weil sie sich im Netz nach Kinderwagen umsieht, sie weiss, wer gern in die Provence fährt, weil er dort Hotel-Sites angeschaut hat, und sie weiss, welche Pastarezepte man kocht, welche Musik man hört und welche Unterwäsche man kauft.

Google weiss das genau.

Und Swisscom weiss es genauso gut. Swisscom ist für die SRG und für Ringier der ideale Google-Ersatz.

Roger de Weck hingegen hat wenig Ahnung, wie viele seiner Zuschauer die Provence lieben, Pasta kochen und Unterwäsche kaufen. TV ist ein Massenmedium. Ein Massenmedium kennt die Vorlieben seiner Kunden kaum. Für die Werbeindustrie ist ein Massenmedium darum nur dann richtig interessant, wenn für undifferenzierte Massenartikel geworben wird, etwa für Waschpulver und Coca-Cola.

Auch Ringiers Marc Walder weiss nicht im Detail, was die Konsumgewohnheiten seiner Leser sind, aber immerhin schon einiges mehr. Die Leserinnen der *Glückspost* zum Beispiel interessieren sich für Gesundheitsprodukte, die Leser des *Blick am Abend* interessieren sich für Mode. Deutlich mehr weiss Ringier über die Nutzer seiner Online-Sites, weil die Besucher

dort ihre digitalen Fussabdrücke hinterlassen. Wer hier eine Giesskanne bestellt, ist sein ganzes Leben lang als Hobbygärtner registriert.

«Verhaltensbezogene Zielauswahl»

Swisscom, der dritte Partner im Bund, ist in diesem Punkt viel weiter. Der Telecom-Konzern weiss exakt, wer seine Kunden sind, was sie wünschen und wollen. Er weiss es, weil er ihre Aktivitäten im Netz dauernd verfolgen kann.

«Behavioral Targeting» nennt man das, verhaltensbezogene Zielauswahl. Swisscom registriert das Surfverhalten seiner Kunden im Netz und sieht, welche Interessen die Nutzer haben. Dadurch können sogenannte Zielgruppen zusammengestellt werden, Gruppen von Individuen, die ähnliche Interessen haben. Derzeit bietet Swisscom via Behavioral Targeting dem Markt rund zwanzig Zielgruppen an, wie etwa die Kategorien Autokäufer und Heimwerker.

Es geht auch noch präziser. Werbekunden können sehr detaillierte Profile ihrer potenziellen Kunden kaufen. Sie wünschen zum Beispiel den Kontakt zu 200 000 Männern unter 45 mit gehobenem Einkommen, die Sportwagen lieben. Auf dieser Basis kann BMW dann das neue 4er Cabrio zielgenau vermarkten.

Wenn BMW zusätzlichen Werbedruck aufbauen will, addiert es künftig die ausgewählten Kontakte, die Ringier aus der autoaffinen *Blick*-Leserschaft und seinem Portal Autoscout zuliefert. Rund um das «Sportpanorama» und das

Magazin «Tacho» bietet das Fernsehen für BMW die ergänzenden Sendeplätze für TV-Spots. All das bekommt man künftig aus einer Hand.

Die einzige Beschränkung in dieser neuen, wunderbaren Werbewelt von SRG, Swisscom und Ringier ist das Datenschutzgesetz, das Anonymisierung fordert. Die Werbeauftraggeber bekommen keine personalisierten Kundendaten, sondern nur die Garantie auf die gewünschten Kundenkontakte.

Doch Personalisierung ist auch gar nicht nötig, weil es nicht um Individuen, sondern um

Interessant ist die Vermischung von staatlicher Finanzierung und privatem Profit.

Käufergruppen geht. Das illustriert beispielsweise das neuste Projekt von Swisscom TV. Ihre 1,2 Millionen TV-Empfänger werden künftig nicht mehr nur identische Werbespots, sondern individualisierte Spots bekommen, die aus den Internetprofilen der Zuschauer entstehen. In der Halbzeitpause des Fussballspiels bekommt die Vegetarierin in Zukunft einen TV-Spot vom Reformhaus vorgesetzt, der Fleischesser hingegen zur selben Zeit einen TV-Spot von McDonald's. Roger de Weck plant für sein Fernsehen dasselbe Geschäftsmodell.

Und damit sind wir beim politischen Teil. Interessant am Joint Venture der *big three* ist die Vermischung von staatlicher Finanzierung und privatem Profit.

Roger de Weck, Obmann der staatsnahen SRG, hat zu Recht erkannt, dass TV und Internet verschmelzen und er darum gemeinsam mit der führenden Telecom eine Vermarktung braucht. Urs Schaeppi, Vorsitzender des Staatsbetriebs Swisscom, hat zu Recht erkannt, dass er seinen goldenen Datenschatz mit marktführenden Partnern viel profitabler vermarkten kann. Marc Walder, Chef der Privatfirma Ringier, hat zu Recht erkannt, dass in der digitalen Welt nicht die anderen Verlagshäuser seine grössten Konkurrenten sind.

Ringier ist von den dreien vermutlich der schlaueste Schachzug gelungen.

Die SRG wird über Gebühren finanziert und gehört darum dem Gebührenzahler. Die Swisscom wurde stets durch Steuergelder finanziert und gehört bis heute dem Steuerzahler. Beide werden viel daran setzen, dass das Projekt gelingt. Sie können einiges investieren, damit das gemeinsame Unternehmen floriert.

Wir erleben einen hübschen neuen Abschnitt der Schweizer Medienpolitik. Der staatlich verpflichtete Gebührenzahler und der staatlich verpflichtete Steuerzahler sorgen für die künftigen Profite des Privatunternehmens Ringier.

Dem sagt man wohl *Service privé-public*.

Der *Blick* aus dem Hause Ringier kommentierte jedenfalls: «Der Deal zwischen Ringier, SRG und Swisscom ist sehr zu begrüssen.» ○

Die Mitte sucht ihren Platz

Die Parteien im Wahlcheck: Die CVP sorgt seit je für die Mehrheiten im Parlament. In der laufenden Legislatur neigte sie nach links, im Bündnis mit den Roten und Grünen, das Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf stützt. Kippt die Partei bei den Wahlen nach rechts? *Von Markus Schär*



Als «Erfolgreichste in Bundesbern» (SRF), gar als «herausragendste» Politikerin im Nationalrat kann sich **Elisabeth Schneider-Schneiter** (CVP) feiern lassen. Denn die Juristin aus Biel-Benken BL fiel in ihren ersten vier Jahren im Bundesparlament dadurch auf, dass sie nicht auffiel: Sie stimmte zu genau 89,3 Prozent mit der Mehrheit – der Rekordwert. Damit hob sie sich auch in ihrer Fraktion nicht ab, denn in den Top Ten der «Erfolgreichsten» (wenn Konformität als Mass für Erfolg gelten soll) finden sich mit Werten über 86 Prozent ausschliesslich Kollegen.

Das überrascht nicht, denn die CVP sorgt selbst mit einer stetig schrumpfenden Vertretung im Nationalrat immer noch für die Mehrheiten. Oder umgekehrt: Die Mitte ist dort, wo die CVP ist. Das hiess in dieser Legislatur, dass die Partei – in der vergeblichen Hoffnung auf eine Union mit der BDP – sich selber in die Koalition mit der Linken hineinzwang, die Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) treu stützte. Und es hiess, dass die CVP sich ihrer Bundesrätin Doris Leuthard unterwarf, die bei der Energiestrategie, aber auch bei anderen Vorlagen aus ihrem Departement jeden Widerspruch erstickte.

Als Partei des perfekten Mittelmasses zeigt sich die CVP auch mit ihrem Smartspider, den Smartvote aufgrund der Antworten aller Kandidierenden für die *Weltwoche* errechnet hat. Allerdings verbirgt dieser Durchschnitt des Durchschnitts, dass sich die CVP-Fraktion im Bundeshaus aus zwei Parteien zusammensetzt. Im Nationalrat geben die Vertreterinnen aus Agglomerationskantonen den Ton an, die als Minderheit mit der Linken zusammenspannen. Im Ständerat sitzen dagegen Vertreter zumeist aus den katholischen Stammländern, die mit bürgerlicher Politik eine Mehrheit überzeugen.

Aufschlussreich ist ein Vergleich des Smartspiders der Zürcherin **Kathy Riklin**, die gegen die SVP

eifert, mit jenem des Zegers **Gerhard Pfister**, der im Nationalrat einsam die bürgerliche Zusammenarbeit sucht: Bei den Einschränkungen in der Migrationspolitik kommt sie auf 42 Prozent, er auf 92 Prozent, bei der Ausweitung des Sozialstaates sie auf 70, er auf 8, beim Ausbau des Umweltschutzes sie auf 65, er auf 5 Prozent.

Leistungen

Was die Bundesrätin als nicht so heimliche Parteichefin vorgab, setzten ihre Gefolgsleute ge-

treulich um, hinter den Wortwolken des offiziellen Parteichefs **Christophe Darbellay**. Dabei zeichneten sich vor allem Nachwuchskräfte aus wie der Solothurner **Stefan Müller-Altermatt** bei der Energiestrategie und der Bündner **Martin Candinas** bei der Medien-Zwangsabgabe – nach der knapp gewonnenen Volksabstimmung gilt er endgültig als Kronfavorit für das Parteipräsidium. Und im Ständerat bewährte sich der Luzerner **Konrad Graber**, so als er das Regulierungsmonster für eine grüne Wirtschaft vor der Versenkung rettete.

Immer bemühte sich die CVP-Fraktion, beweglich die Mehrheiten zu beschaffen. Die eifrigsten Mitglieder vertraten dafür alles und das Gegenteil, wenn sie sich davon Stimmen oder Mandate versprochen, vor allem die Ständeräte **Pirmin Bischof** (SO), der sich als Bundesrat empfiehlt, und **Peter Bieri** (ZG), der als teurer Lobbyist für den öffentlichen Verkehr das überbeuerte Wunschprogramm für den Ausbau des Schienennetzes **Fabi** durchdrückte. Und der Aller-eifrigste errang dank dem Lobbying-Terror seiner kleinen radikalen Minderheit den grössten Erfolg: Dem Bauernpräsidenten **Markus Ritter** aus Altstätten SG erfüllte das Parlament jeden Wunsch.

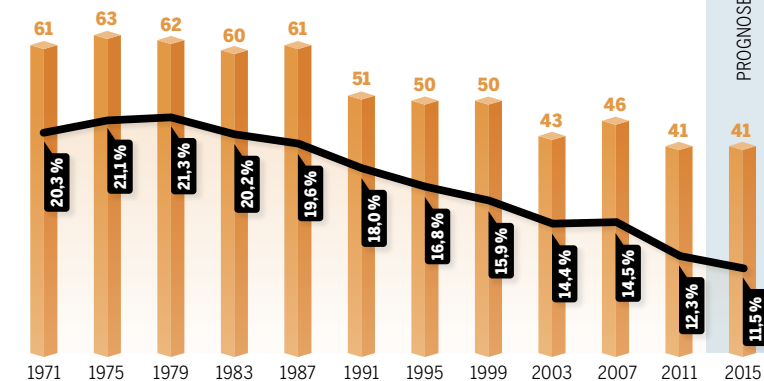
Im Gesundheitswesen und bei den Sozialwerken suchten Nationalrätin **Ruth Humbel** (AG) und Ständerat **Urs Schwaller** (FR) die Mehrheiten mit der Rechten. Sie scheiterten meist, so als der Nationalrat die IV-Revision bis zur Wirkungslosigkeit aufweichte – weil die CVP-Fraktion, mit dem schwerbehinderten Thurgauer **Christian Lohr** als Galionsfigur, zur Linken neigte.

Enttäuschungen

Den Erfolg – gemessen an der Quote der gewonnenen Abstimmungen – können CVP-Parlamentarier auch ohne eigene Leistung feiern. Das nutzten im Nationalrat zahlreiche Fraktionsmitglieder aus, so der Basler Versicherungsbroker **Markus Lehmann** und der Solothurner Bauer **Urs Schläfli**, der sich

Entwicklung der Parteistärke

Wähleranteil und Anzahl Sitze in der Bundesversammlung

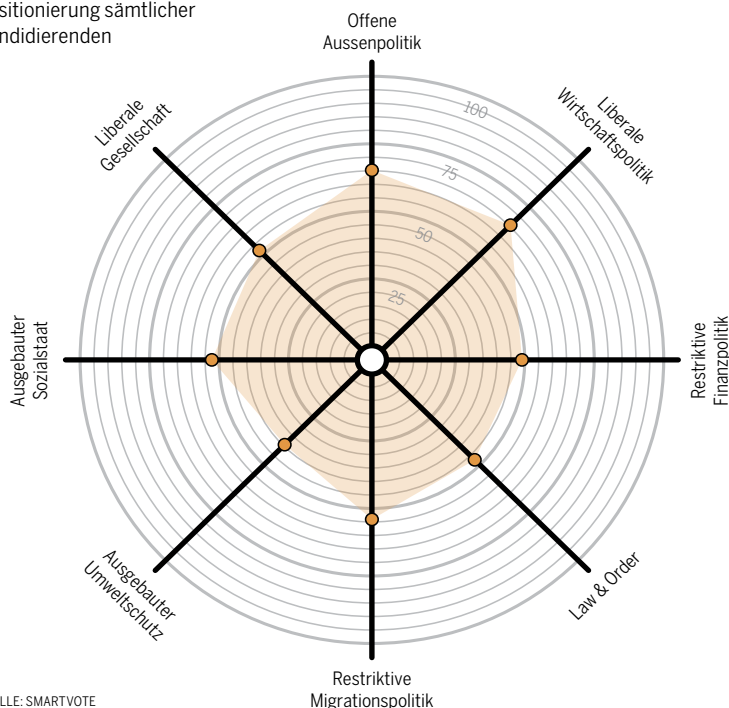


QUELLEN: BFS, WELTWOCHTE

Vierzig Jahre auf dem Rückzug.

CVP-Smartspider

Positionierung sämtlicher Kandidierenden



QUELLE: SMARTVOTE

Partei des perfekten Mittelmasses.



Alles und das Gegenteil: Nationalräte Schneider-Schneiter und Pfister, Parteipräsident Darbellay (m.).

nur zu einer Motion für die Sanierung von Waldhäusern aufraffte – beide müssen verdientermassen um ihren Sitz bangen. Der Freiburger Stadtpräsident **Dominique de Buman** brachte im dritten Anlauf seinen Vorstoss zum Verbot von *Plastikseckli* durch; er gefährdet aber seinen Grosseerfolg, weil er bei der Umsetzung die eigene Bundesrätin verärgert.

Andere Mitglieder blieben hinter ihren Möglichkeiten zurück, weil sie sich der nach links neigenden Mehrheit nicht entgegenstimmten: Der Luzerner Schreinermeister **Ruedi Lustenberger** kostete sein Ratspräsidium aus und nimmt jetzt seinen Abgang. Der Appenzeller Landammann **Daniel Fässler** wagte bei der Energiestrategie kaum Widerspruch. Und der Schwyzer Bierbrauer **Alois Gmür** schaffte es im KMU-Rating des Gewerbeverbandes, in dessen Rat er sitzt, nicht unter die ersten hundert.

Versprechen

Auch bei den Kandidierenden, die sich Hoffnungen machen können, bietet die CVP ein breites Spektrum. So beispielhaft im Thurgau, wo ein zweiter Sitz drinliegt: Darum balgen sich **Josef Gemperle**, der als Bauer mit Biogas- und Solarstromanlagen nach jeder Subvention giert, und **Ruedi Heim**. Der Mitinhaber der Holzbaufirma, die das House of Switzerland

baute, führt seinen Wahlkampf zusammen mit dem freisinnigen Präsidenten der Industrie- und Handelskammer.

Zumeist dürften Neulinge eher rechte Akzente setzen wollen, so allenfalls im Ständerat der Zuger Finanzdirektor **Peter Hegglin** und der Obwaldner **Erich Ettl**, der als Vorsteher der Steuerverwaltung die ehrgeizige Steuerstrategie für den Kleinkanton entwi-

Wer sich als Nachfolger von Doris Leuthard sieht, sucht die Unterstützung von FDP und SVP.

ckelte. Im Aargau könnte ein zusätzlicher Sitz an **Marianne Binder** gehen. Die Tochter von Nationalrat Anton Keller und Schwiegertochter von Ständerat Jules Binder kämpft für einen bürgerlichen Kurs ihrer Partei. Und aus Luzern dürfte die Gymnasiallehrerin **Andrea Gmür** kommen, die als Geschäftsführerin der Stiftung Josi J. Meier für Hilfe zur Selbsthilfe sorgt: «Das muss auch das Credo des Staates sein.»

Schliesslich führt die Partei zwei kuriose Duelle durch. In der Waadt sollte der gescheiterte Post-Chef **Claude Béglé**, der sich als Berater verdingt, schon vor vier Jahren den pensionierten Professor **Jacques Neiryck** verdrängen,

verlor aber diese Runde. Jetzt setzte ihn die Partei auf den ersten Platz und schickt ihn, chancenlos, auch in den Ständeratswahlkampf – aber **Neiryck**, 84, tritt mit einer Seniorenliste nochmals an. Und im Jura stellte sich der irrlichernende **Pierre Kohler**, der als Regierungsrat, Nationalrat und Bürgermeister von Delémont noch keine Wahl verloren hat, gleich selber für die Ständeratsliste auf. Da die beiden Sitze im Proporz vergeben werden, bedroht er die Bisherige **Anne Seydoux** – statt der verlässlichen Linksauslegerin käme ein völlig Unberechenbarer.

Aussichten

Der Wähleranteil der CVP dürfte zwar weiter schrumpfen, dank Chancen vor allem im Aargau oder im Thurgau könnte sie aber sogar an Sitzen zulegen. Jedenfalls wird die Fraktion die Mehrheitsbeschafferin bleiben – darum kommt es darauf an, auf welche Seite sie kippt. Die Frage stellt sich vor allem, weil die Partei wohl bald einen Ersatz für ihre Bundesrätin braucht. Wer sich als Nachfolger sieht, sucht die Unterstützung von FDP und SVP. Deshalb spricht sich Fraktionschef **Filippo Lombardi** gegen die Wiederwahl von Bundesrätin Widmer-Schlumpf aus. Das heisst: Die CVP bleibt perfekt in der Mitte, aber diese Mitte rückt wohl leicht – und doch entscheidend – nach rechts. ○

Das erotische Kapital des Bundesrates

Catherine Hakim beurteilt die Mächtigen der Welt nach ihrem Aussehen. Für die Londoner Soziologin ist Attraktivität ein wichtiger Erfolgsfaktor. Im Auftrag der *Weltwoche* hat sie die Ausstrahlung der Schweizer Magistraten unter die Lupe genommen. Von Pierre Heumann

Wir sehen sie regelmässig am Fernsehen, auf den Frontseiten der Tageszeitungen und mitunter sogar auf dem Titelblatt der *Weltwoche*: die sieben Bundesräte. Aufgrund ihres Leistungsausweises und unserer politischen Einstellung finden wir sie ganz gut, passabel oder schlecht. Doch wie wirken die sieben Magistraten auf den unvoreingenommenen Betrachter, auf jemanden also, der mit Namen wie Eveline Widmer-Schlumpf, Doris Leuthard oder Simonetta Sommaruga auf Anhieb nichts anfangen kann? Wie fällt das Urteil über Ausstrahlung, Attraktivität, Eleganz und den persönlichen Charme des Bundesrates aus, falls ausschliesslich auf das Bild abgestellt wird?

Catherine Hakim ist Expertin auf diesem Gebiet. Sie hat den Begriff erotisches Kapital geprägt und versteht darunter eine Kombination aus physischer und sozialer Attraktivität. Das sei nicht nur eine Frage der Eitelkeit, sondern werde, gerade im 21. Jahrhundert, für die Karriere zunehmend wichtiger, auch für den Erfolg in der Politik. Wir baten die 67-jährige Londoner Soziologin deshalb, das erotische Kapital der einzelnen Bundesräte zu bewerten.

Vorzeigbeispiel Lagarde

Die Messlatte ist hoch. Während des Telefongesprächs erwähnt Hakim mehrfach die Chefin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, die «fantastisch aussieht». Hakim, die bis vor drei Jahren an der London School of Economics forschte und jetzt für den Londoner Think-Tank Civitas arbeitet, lobt Lagarde als Modell für eine Frau, die sich ihres erotischen Kapitals bewusst sei. Frauen in angelsächsischen Ländern oder in Nordeuropa, ja auch in der Schweiz sollten sich an der Selbstverständlichkeit, mit der die 59-jährige Lagarde, eine der einflussreichsten Frauen auf dem Globus, ihr erotisches Kapital einsetze, ein Beispiel nehmen, findet Hakim. Die Spitzenökonomin, die in ihrer Jugend Medaillen als Synchronschwimmerin gewann, achte trotz ihres stressigen Top-Jobs beim Währungsfonds darauf, fit zu bleiben; dadurch wirke sie elegant und agil.

Zu den mächtigsten Frauen der Welt gehört auch Angela Merkel. Die deutsche Kanzlerin sehe zwar bei weitem nicht so attraktiv aus wie Lagarde. Aber Merkel, die ehemalige DDR-Bürgerin, habe an ihrem Aussehen in den letzten Jahren intensiv gearbeitet, ziehe sich vorteilhafter an als zu Beginn ihrer Polit-Karriere, habe zum Beispiel auch ihre Frisur angepasst.

Hakim: «Sie ist zwar nach wie vor eher vollschlank, hat aber realisiert, wie wichtig im Westen ein vorteilhaftes Aussehen ist.»

Merkel zeige, dass Attraktivität nicht auf Supermodels oder Filmpromis beschränkt sei, meint Hakim. Anziehend könne auch wirken, wer mit Geschmack in sein Outfit investiere. Erotisches Kapital sei nicht bloss eine Sache naturgegebener Faktoren. Es gehe dabei auch um Dinge, die man sich aneignen könne, wie zum Beispiel Lächeln.

Was für Frauen gelte, treffe selbstverständlich ebenfalls auf Männer zu, meint Hakim. Auch sie können (und müssten) ihr erotisches Kapital erhöhen, indem sie etwa ins Fitnessstudio gehen oder sich galant benehmen. Mit der Investition in ihr erotisches Kapital tun sich sowohl Politiker als auch Spitzenmanager einen Gefallen. Forscher haben nämlich herausgefunden, dass attraktiv wirkende Leute beiderlei Geschlechts als kompetenter und intelligenter wahrgenommen werden. Das erotische Kapital erhöhe den Wert einer Arbeitskraft sogar in Berufen, für die es – wie zum Beispiel in den Bereichen Rechtsprechung oder Management – auf den ersten Blick unbe-

deutend erscheint. Das gelte selbstredend auch in der Politik: Die Tatsache, dass Barack Obama gut aussehe, schlank und durchtrainiert sei und elegant gekleidet auftrete, habe zu seinem Wahlerfolg als US-Präsident «nicht unwesentlich» beigetragen. Und vor allem auch, dass seine Frau Michelle «wirklich alle massgeblichen Kriterien für eine First Lady erfüllt».

Erotik als Produktionsfaktor

Mit der Betonung des erotischen Kapitals hat sich Hakim bei Feministinnen den Vorwurf eingehandelt, ein sexistisches Weltbild zu propagieren. Gehörig in die Nessel gesetzt hat sie sich auch mit ihrem jüngsten Plädoyer für eine Legalisierung der Prostitution.

Hakim widerspricht all jenen «feministischen» Anwälten und Wissenschaftern, «die jede Wirkung und Belohnung von Attraktivität verunglimpfen». Sie plädiert dafür, dass Frauen ihr erotisches Kapital einsetzen sollen. Das provoziert die Frage, ob es ihrer Ansicht nach vertretbar sei, sich als Frau an die Spitze zu schlafen? Damit habe sie ebenfalls kein Problem, meint Hakim. Frauen, tönt es durch die



«Faktor Flirtbereitschaft»: Soziologin Hakim.



«Nicht überwältigend»: Nur Alain Berset und

Telefonmuschel, müssten rechtzeitig klarstellen, welche Gegenleistung sie erwarten, müssten dafür sorgen, dass sie das erhalten, was ihnen versprochen wurde. Dann, meint Hakim, könne nicht von einem «Missbrauch» gesprochen werden.

Im 21. Jahrhundert hat laut Hakim die Bedeutung des erotischen Kapitals weiter zugenommen. Man habe aufgrund des höheren Wohlstandes mehr Geld für Luxus und die angenehmen Seiten des Lebens zur Verfügung. Die Medien mit ihrer starken Bildsprache hätten ebenfalls dazu beigetragen, dass das Aussehen relevanter geworden sei als früher. Viel hat sich auch auf dem Arbeitsmarkt verändert. Wer an der Maschine steht, bei dem ist das Aussehen nicht sonderlich wichtig. Im Dienstleistungssektor ist das erotische Kapital aber ein wichtiger Produktionsfaktor. Der Verlag Campus gab der deutschen Übersetzung von Hakims Buch deshalb den Untertitel «Das Geheimnis erfolgreicher Menschen».

Hakim sieht ihr Konzept als Weiterentwicklung der Arbeiten des französischen Soziologen Pierre Bourdieu. Er hatte als Voraussetzung für den Erfolg drei Faktoren genannt: ökonomisches Kapital, also Geld; kulturelles Kapital, also das, was wir wissen; und soziales Kapital – das, was man heute als Networking bezeichnen würde. Hakim ergänzt diese drei um einen vierten Faktor, den man etwas verkürzt als «Flirtbereitschaft» umschreiben kann.

Es sei ihrer Ansicht nach in keiner Weise unangehörig, wenn attraktive Frauen ihr erotisches

Kapital in der Sexindustrie, im Erotikgewerbe, im Arbeitsleben und im sozialen Miteinander insgesamt einsetzten. Natürlich seien Erziehung und Intelligenz wichtig – aber eben auch das erotische Kapital, das jemand mitbringe.

Das klingt schon fast wie ein Plädoyer für Affären am Arbeitsplatz. Und das streitet Hakim auch gar nicht ab. Männer, ist sie überzeugt, seien mehr an Sex interessiert als Frauen, und Frauen sollten diese Asymmetrie der Lust zu ihrem Vorteil ausnützen.

Dass sich Schönheit auf dem Arbeitsmarkt auszahlt, haben Studien wiederholt bestätigt, zuletzt zum Beispiel eine Untersuchung des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA). Schöne Frauen, so das Ergebnis, verdienen in Deutschland rund 20 Prozent mehr als der Durchschnitt, attraktive Männer immerhin 14 Prozent mehr. Viele Arbeitgeber, Kollegen und Kunden würden attraktive Mitarbeiter bevorzugen – nicht nur der Ästhetik wegen, sondern auch, weil gutaussehende Menschen als vertrauenswürdiger, kompetenter und produktiver gelten: «Körperliche Attraktivität spielt daher besonders in Berufen mit häufigem Kundenkontakt eine Rolle.»

Vor vier Jahren hat Hakim für das Magazin *Bilanz* prominente Vertreter der Schweizer Wirtschaft bewertet. Der damalige CS-Chef Brady Dougan, Sergio Ermotti (UBS) und Severin Schwan (Roche) erhielten die Bestnoten. Paul Bulcke (Nestlé) und Oswald Grübel (damals an der Spitze der UBS) mussten sich mit einer Drei zufriedengeben: Sie lagen damit «im Durchschnitt ihrer Altersgruppe».

Jetzt also Hakims Ranking der Bundesräte, von der Bestnote 1 («aussergewöhnlich attraktiv») bis 5 («unattraktiv, hässlich»). Wir übermittelten Hakim Ganzkörperaufnahmen der sieben Bundesräte und baten sie, doch bitte deren Attraktivität zu bewerten.

Objektiv messen lasse sich das erotische Kapital zwar nicht, räumte die Soziologin zunächst ein – «es ist eine spontane Sache». Denn innerhalb der ersten dreissig Sekunden, in denen man jemanden zum ersten Mal sehe, registriere man nicht nur dessen Geschlecht und schätze dessen Alter, sondern man «bildet sich auch ein Urteil über die Attraktivität des Gegenübers».

«Unter dem Durchschnitt»

Zwei Bundesräten gebührt laut Hakim bezüglich ihres erotischen Kapitals die Bestnote: Alain Berset (SP) und Ueli Maurer (SVP). Beiden gibt sie das Prädikat «sehr attraktiv». Als «überdurchschnittlich» rangieren die beiden Bundesräte Didier Burkhalter (FDP) und Doris Leuthard (CVP). Mit deutlich schlechteren Bewertungen müssen sich demgegenüber drei Bundesräte abfinden. Als «unter dem Durchschnitt» bewertet Hakim das erotische Kapital von Johann Schneider-Amman (FDP), Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und Simonetta Sommaruga (SP). Das Resultat sei zwar für den Gesamtbundesrat «nicht überwältigend», resümiert Hakim. Aber immerhin würden in der Regierung zwei sehr attraktive Politiker sitzen. Und es sei doch schön, dass kein einziger Bundesrat das Label «hässlich» erhalten habe. ○



Ueli Maurer erhalten Bestnoten.



«Fantastisches Aussehen»: IWF-Chefin Lagarde.



Sympathieträger: Elefantenspaziergang durch Bern, 1929.

Elefanten im Réduit

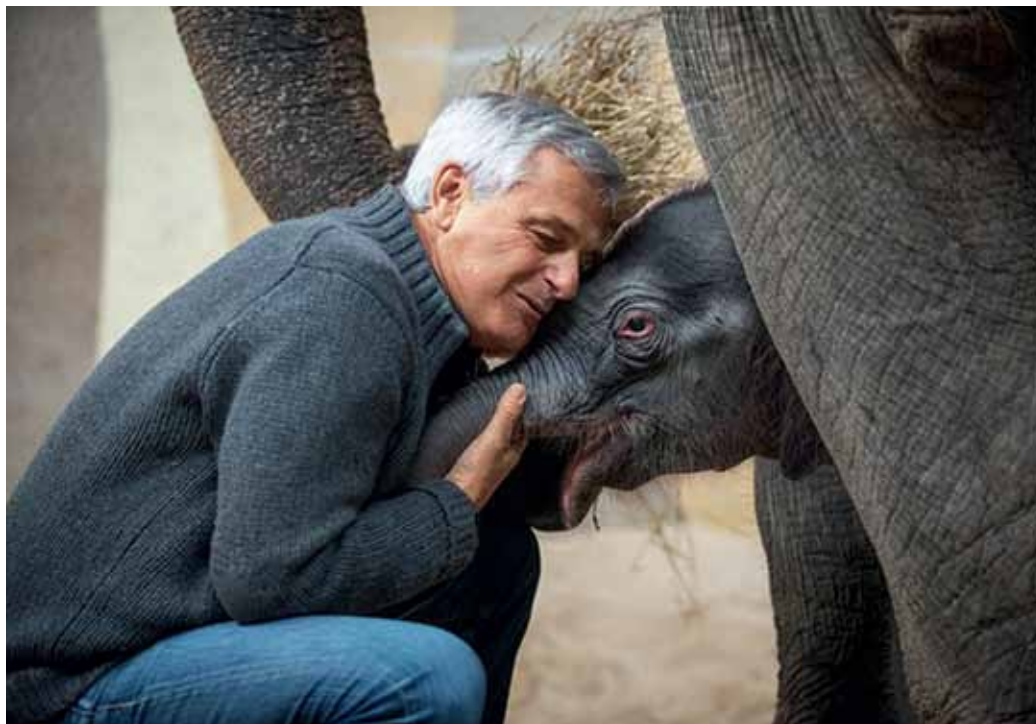
Die Knie-Elefanten haben im Krieg als Arbeitstiere dem Land gedient, Millionen von Menschen Freude bereitet und sind auch einmal durchgebrannt. Blick zurück auf ein zu Ende gehendes Stück Schweizer Kulturgeschichte. *Von Rico Bandle*

Es ist ein Bild, das zur Schweiz gehört wie der Alpabzug: die Knie-Elefanten, die vom Güterbahnhof des jeweiligen Gastspielorts in schöner Reihe durch die Stadt zum Zirkusplatz trotten, den Schwanz des vorderen mit dem Rüssel haltend. Bald wird damit aber Schluss sein. Der Circus Knie hat sich entschieden, künftig ohne Elefanten auf Tournee zu gehen und damit eine fast 100-jährige Tradition aufzugeben. Am 22. November 2015 werden in Lu-

gano wohl zum allerletzten Mal in der Schweiz Zirkuselefanten im Einsatz sein.

Franco Knie wirkt erstaunlich entspannt, als er im Restaurant des zirkuseigenen Kinderzoo in Rapperswil der *Weltwoche* von den Beweggründen erzählt. «Das war kein spontaner Entscheid, sondern Resultat eines langen Prozesses», sagt er. «Da die asiatischen Elefanten zu den gefährdeten Tieren gehören, können keine Elefanten mehr nach Europa importiert

werden. Wer Tiere möchte, muss am internationalen Zuchtprogramm teilnehmen.» Die Anforderungen dafür seien hoch, ein Zirkus könne diese nicht erfüllen, wohl aber der Kinderzoo. Deshalb habe man da auch den neuen Elefantenpark errichtet, die grösste Investition in der Geschichte der Schweizer National-Circus AG. «Knie und Elefanten gehören weiterhin zusammen», sagt er. Nur nicht mehr im fahrenden Zirkus.



Tiefe Verbundenheit: Franco Knie mit Elefantenbaby Kalaya im Kinderzoo Rapperswil, 2013.



Rolf Knie mit Sandry als Charlie Chaplin, 1957.

Mit den Elefanten verliert der Circus Knie seine schwersten Sympathieträger – und das Land ein Kulturgut, das zur Kindheitserinnerung fast jedes Schweizers gehört. Ein Rückblick auf die wechselvolle Elefantengeschichte in zehn Kapiteln.

1—Der Erste: 1919 kaufen die Gebrüder Knie, die zuvor als Artisten in einer Freilichtarena unterwegs waren, ihr erstes Zelt und gründen den Schweizer Nationalzirkus. Wenige Monate später übernehmen sie vom zusammengebrochenen Circus Renz ihren ersten Elefanten: Dicky. Karl Knie, genannt Charles (1888–1940), kümmert sich um das Tier. Da die Seiltänzerfamilie keine Erfahrung in Haltung und Dressur hat, engagiert sie führende Tierlehrer aus Deutschland. Die Elefantenherde wächst mit den Jahren an, bis zu fünfzehn

Tiere reisen im Knie mit, wobei maximal zwölf gleichzeitig in der Manege stehen. Zur Perfektion bringt die Elefantendressur später Charles' Neffe Rolf, der Vater von Franco und Louis Knie.

2—Höchstleistungen: Am 14. April 1941 zeigt der erst 20-jährige Rolf Knie (1921–1997) einen seillaufenden Elefanten – eine Weltpremiere, über die auch die extra nach Rapperswil angereiste deutsche UFA-Wochenschau berichtet. Rolf und später auch seine Söhne Franco und Louis lassen Elefanten auf Hinterbeinen Treppen hochsteigen, den Handstand auf dem Manegenrand machen und vieles mehr. Beliebt sind Nummern, in denen die Tiere verkleidet sind, als Charlie Chaplin zum Beispiel, oder mit Röckchen. Der echte Charlie Chaplin, der Stammgast im Knie ist, soll geweint haben vor

Rührung, als er das erste Mal den als Chaplin verkleideten Elefanten gesehen hat. Louis Knie lässt zuweilen auch Tiger auf Elefantenrücken reiten. Nach dem Abgang Louis' nach Österreich wechselt Bruder Franco zu einer zurückhaltenderen Dressur, bei der die Tiere nur noch Kunststücke vorführen, die dem natürlichen Bewegungsablauf entsprechen. Verkleidete Elefanten sind tabu. Die neue Philosophie bringt ihm weltweit Anerkennung ein. Franco junior, der seit einigen Jahren die Elefanten im Knie präsentiert, führt die Arbeit im Sinne des Vaters fort.

3—Dem Land zu Diensten: Der Circus Knie ist während des Zweiten Weltkriegs Teil der geistigen Landesverteidigung: General Guisan persönlich bittet die Familie, den Vorstellungsbetrieb aufrechtzuerhalten, das Volk brauche gerade in schwierigen Zeiten Ablenkung. Auch einzelne Bundesräte unterstützen den Zirkus moralisch. Wehrmänner in Uniform bezahlen nur einen Franken Eintritt. Zum Teil muss das Zelt mit schwarzem Stoff abgedeckt werden, um die Verdunkelungsvorschriften einzuhalten. Die Knie-Elefanten werden – wie die Pferde und Kamele – zu militärischen Arbeitseinsätzen eingezogen. So leisten die Elefanten Transportdienste beim Festungsbau, wobei die Erheiterung der Soldaten wohl wichtiger ist als die tatsächliche Arbeitsleistung.

4—Im Bombenhagel: 1938 beinhaltet das Knie-Programm eine Parade mit allen Flaggen der Nationen – nur die Hakenkreuz-Fahne fehlt. Deshalb denunzieren deutsche Artisten die Knies in ihrer Heimat. Politisch äussert sich die Familie allerdings nie. In der Folge kann der Zirkus keine Artisten mehr aus dem



Geistige Landesverteidigung: Rolf und Karl Knie mit Elefantendame Rosa beim Festungsbau, 1939.

nördlichen Nachbarland rekrutieren, erst eine Intervention des deutschen Botschafters entschärft das Verhältnis. Als Gegenleistung für die Intervention geben die Knies 1943 ein Wintergastspiel in Berlin, Rolf führt im legendären Varietétheater «Scala» seine Elefanten vor, Fredy im «Wintergarten» die Pferde. Vor jeder Vorstellung wird eine telefonische Meldung über die Luftlage abgewartet. Besteht Bombengefahr, wird die Aufführung sistiert. Am 1. März 1943 kommt es zu einem Grossangriff. Rolf Knie fährt gerade im Schlafwagen aus der Stadt heraus, als ein Feuerball Berlin erhehlt. Der Zug kommt unversehrt in Basel an; fünf Tage später – wie durch ein Wunder – auch jener mit den Tieren. Alle haben die Reise überstanden.

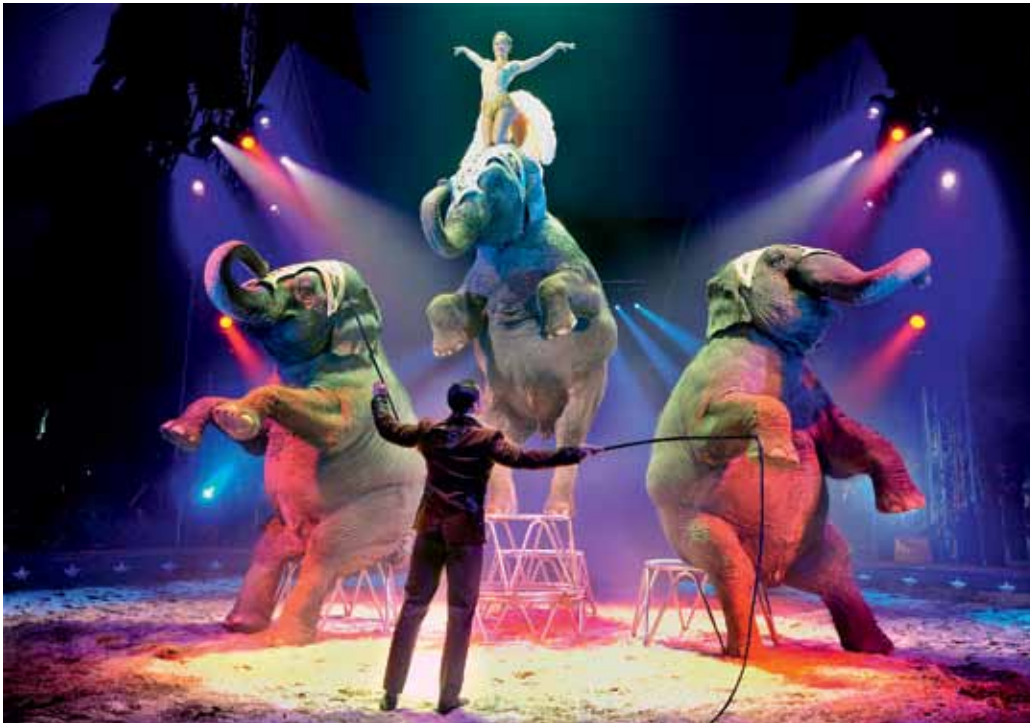
5—Lebendes Fluchtkapital: 1944 bringt der deutsche Circus Sarrasani seine elf Elefanten zu den Knies in Sicherheit. Der Sarrasani-Zirkusbau in Dresden wird 1945 bei Flächenbombardements dem Erdboden gleichgemacht, eine Rückgabe der Tiere ist nach dem Krieg nicht möglich. Also erklären die Schweizer Behörden die Elefanten offiziell zu «deutschem Fluchtkapital», das von der Eidgenossenschaft beschlagnahmt werden muss. Die Legende besagt, Rolf Knie habe sich bei der Verrechnungs-

stelle erkundigt, wann er denn die Elefanten im Büro vorbeibringen solle. Die Tiere blieben vorerst bei Knie, auf Kosten des Staats. Anstatt eine finanzielle Entschädigung durfte der Zirkus schliesslich fünf der elf Elefanten behalten, die restlichen verkaufte er im Auftrag des Bunds nach Italien und Frankreich.

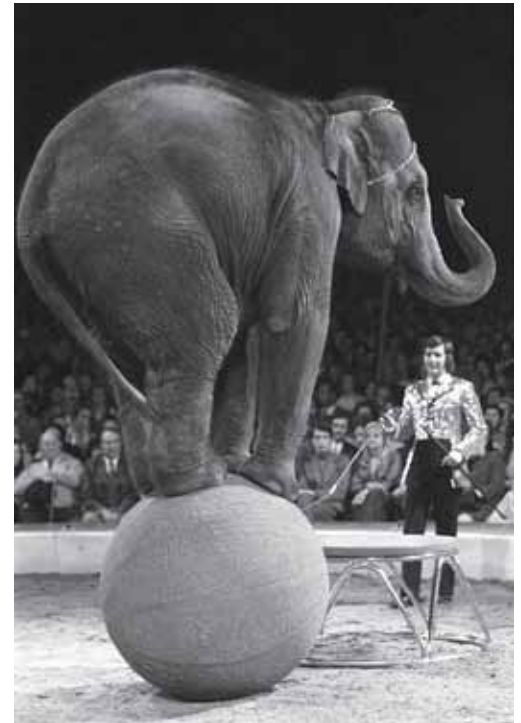
6—Afrikaner: Der klassische Zirkuselefant ist der Asiatische Elefant. Kaum mehr bekannt ist, dass der Circus Knie auch einmal mit einer Herde Afrikaner auf Tournee war. 1952 beauftragt Rolf Knie den Basler Zoodirektor und Experten für afrikanische Wildtiere, Ernst M. Lang, ihm einen Afrikaner zu besorgen, der mit der Asiatenherde auftreten soll. Lang nimmt den Auftrag zum Anlass, gleich noch fünf junge Tiere für den Basler Zoo zu bestellen. 1956 gehen seine Zooelefanten mit den mittlerweile zwei Knie-Afrikanern auf Tournee. Durch die Dressur von Rolf Knie können die Zootiere später auch im Basler Zolli Darbietungen geben. Einer dieser Elefanten, Malayka, lebt heute noch im Zoo Basel.

7—Unfälle und Katastrophen: Dass nach einem Elefantenzug vom Bahnhof zur Zeltstadt das eine oder andere Strassenschild zur Seite neigt, ist keine Seltenheit. Wenn einmal

ein Elefant ausbüxt, wie Sabu 2010, so ist das ein grosses Medienereignis. Zu schwereren Unfällen kommt es jedoch selten, was erstaunt, angesichts der Macht der Tiere und der Gewalt, die Bullen in der Brunftzeit entfalten können. 1932 tritt bei einer Vorführung ein Elefant den am Boden liegenden Charles Knie zu stark auf die Brust, der Zirkusdirektor erleidet innere Verletzungen. Einmal schleudert ein Bulle völlig unerwartet einen Tierpfleger mit den Stosszähnen in hohem Bogen auf das Zelt Dach. Durch die weiche Landung bleibt dieser unversehrt. Der schwerste Unfall ereignet sich in Österreich, bei einem Gastspiel von Louis Knie im Circus Jacobi-Althoff, wo die 1965 in Rapperswil geborene Elefantendame Madura einen Wärter tödlich verletzt. Das Tier wird in der Folge eingeschläfert. Brutaler geht es zuweilen im Zürcher Zoo zu und her. In den 1940er Jahren zerstückelt ein Elefantenbulle eine Frau, die aus der Psychiatrie geflohen und in das Elefantenengehege eingedrungen war. Die Frau habe sich dem Tier wohl aus sexuellen Motiven genähert, so die Vermutung der Untersuchungsbehörde. Rolf Knie, der vom Zoodirektor als Sachverständiger beigezogen wird (bis heute ist der Austausch zwischen den Knies und dem Zoo Zürich sehr eng), empfiehlt, keinen Pfleger mehr in die Nähe des Ele-



Weltweite Anerkennung: Franco Knie jr. und Gattin Linna bei Proben in Rapperswil SG, 2012.



Markenzeichen: Franco Knie in Zürich, 1971.



Legendärer Auftritt: Clown Dimitri bei der Elefantenwäsche, 1970.

fanten zu lassen. Ein paar Jahre später wagt sich trotzdem ein Wärter in das Gehege – und wird vom Bullen an der Wand erdrückt.

8—Nachwuchs: Sechs Elefanten erblickten bislang im Kinderzoo Rapperswil das Licht der Welt. Die Geburt von Sahib-Fridolin 1963 ist die erste Elefantengeburt in der Schweiz überhaupt. Gleich zwei Veterinärprofessoren und ein weiterer Tierarzt reisen für das spezielle Ereignis an. Mutter Ceylon ist krank, hat einen Gehirntumor. Die Geburt ist äusserst schwer, der kleine Elefant muss mit einem am Fuss befestigten Seil aus dem Leib der Mutter gezogen werden. Da das neugeborene Tier nicht atmet,

bläst Meisterdompteur und Elefanten-Fachmann Josef Hack Luft in den kleinen Rüssel. Mit Erfolg. Die schwerkranke Mutter jedoch stirbt drei Monate nach der Geburt. Josef Hack, der seit vielen Jahren für den Zirkus arbeitet und Franco Knies Lehrmeister ist, zieht das Elefantebaby mit der Flasche auf. Sahib weicht Josef Hack nicht mehr von der Seite, folgt ihm ständig, sogar durch das Zoorestaurant. Franco Knie erinnert sich, wie der Elefant ihm jeweils an der Hand nuckelte, wie an einem Schnuller: «Damit hörte Sahib auch nicht auf, als er grösser war. Man musste ständig aufpassen, dass er beim Nuckeln nicht einschlieft, durch sein Gewicht wäre man sonst erdrückt worden.»

9—Spassmacher: Die Elefanten sind auch bei den Gastkomikern im Zirkus beliebt. Legendär ist vor allem die Nummer von Clown Dimitri, als er in der Manege einen Elefanten wäscht, mittels einer Leiter auf ihn steigt und dann das Tier mit dem Rüssel die Leiter wegnimmt. Auch Emil Steinberger oder das Duo Fischbach setzen in ihrer Nummer einen Elefanten ein. TV-Komiker Viktor Giacobbo hingegen bevorzugt ein Kamel.

10—Familie: Obschon sich nur der eine Zweig der Familie Knie den Elefanten widmet, steht der ganze Clan hinter den Grautieren. «Der Entscheid zur riesigen Investition in den Elefantentempel im Kinderzoo ist einstimmig gefallen», sagt Franco Knie. Die Frage bleibt, was sein Sohn in Zukunft macht. Franco Knie jr. ist nicht im Zirkus aufgewachsen, erst vor fünfzehn Jahren hat ihn der Vater behutsam an die Elefanten herangeführt, heute präsentiert er sie souverän und mit viel Freude alleine in der Manege.

Und jetzt, kaum hat er den Zugang zu den Elefanten gefunden, ist Schluss mit der Dressur. Franco jr. äussert sich nicht dazu, die Familie hat vereinbart, dass nur der Vater Auskunft gibt. «Mein Sohn amtiert als technischer Direktor des Circus Knie, über seine Zukunft in der Manege werden wir 2016 orientieren.» Gibt es eine Möglichkeit, dass der eine oder andere Elefant doch wieder mit dem Zirkus auf Tournee geht? «Man soll niemals nie sagen. Aber ich glaube nicht», sagt Franco Knie. Die Zeit der Elefanten im Zirkus sei vorbei. Er sehe dem Ende dieser Ära mit einem lachenden und einem weinenden Auge entgegen: «Unsere Elefanten gehen nicht mehr zu den Leuten, dafür kommen die Leute nun halt zu ihnen.» ○

Innere Zwänge

Im Europa-Parlament gilt Andreas Schwab aus Rottweil als bester Kenner der Eidgenossenschaft. Seinen Abgeordnetenkollegen empfiehlt er eine harte Linie gegenüber Bern. Die Schweiz müsse zeigen, «dass die direkte Demokratie in der Lage ist, Probleme, die sie sich einhandelt, auch wieder zu lösen». Von Markus Schär

«Das Problem ist doch», sagt der Abgeordnete, «dass die Welt nicht am Rhein endet.» Der Fluss zieht träge vorbei, Schwimmer und Schiffer lassen sich treiben. Am anderen Ufer schläft Diesenhofen in der Hochsommersonne; eine gedeckte Holzbrücke, die einzige verbliebene am Hochrhein, führt vom thurgauischen Städtchen hinüber auf die deutsche Seite. Nein, von einer Grenze spürt hier niemand etwas. «Und die Schweizer», hängt der Abgeordnete an, «sind intelligent genug, das zu wissen.»

Wer ist der Paragrafenreiter?

In diesen Tagen zieht der Europaparlamentarier Andreas Schwab durch seinen Wahlkreis, das Schwarzwald-Dreieck zwischen Offenburg, Lörrach und Konstanz. Er hört sich bei seinem Wahlvolk um, so auch im sonnigen Gailingen Rheinuferpark, der sich dank Geld aus Brüssel und Bern im Programm «Interreg IV Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» grenzüberschreitend gestalten liess. Am langen Tisch im Restaurant schimpft der Schreinermeister Ingbert Siemel, erster stellvertretender Bürgermeister des 3000-Seelen-Ortes Gailingen: «Wir bekommen gar keine Handwerker mehr, weil alle in die Schweiz abwandern.» Da sitzen aber auch die Gemeindepräsidenten der Schaffhauser Nachbargemeinden, Eveline König aus Ramsen im Osten und Pentti Aellig aus Dörflingen im Westen. Er steht als «Hardliner» (SRF) auf der Nationalratsliste der SVP Schaffhausen, und er gibt dem Abgeordneten tapfer Konter.

In seinem Politikeralltag, im Europäischen Parlament in Brüssel und Strassburg, gilt Andreas Schwab als bester Kenner der Schweiz. Darum schrieb er als Berichterstatter den Entwurf für eine «Entscheidung» zu den Hindernissen, die es im Binnenmarkt mit den EWR-Ländern und vor allem mit der Schweiz noch gebe. Der Ausschuss hörte dazu am 7. Mai Experten an, so auch die Basler Europarechts-Professorin Christa Tobler (*Weltwoche* Nr. 29/15). Und er legte am 16. Juli den bereinigten Text vor: «Freizügigkeit im Binnenmarkt nicht verhandelbar!», schrieb Andreas Schwab im Titel seines Communiqués dazu. Eine «gewisse Einfachheit in der Positionierung» empfehle sich, erklärt er dazu bei Kaffee und Kuchen, wenn das Europäische Parlament im September über die Resolution abstimme: «Wir wollen, direkt vor den Schweizer Wahlen, ein Signal geben.»

Die Schweiz gehöre aber gar nicht voll zum Binnenmarkt, wendet der Reporter ein: Wie

Christa Tobler den Parlamentariern erklärte, gilt keine der vier Freiheiten – Personen, Güter, Dienstleistungen, Kapital – für die Schweiz uneingeschränkt. «Richtig, aber Sie nehmen am Binnenmarkt in grossem Umfang teil, zur Personenfreizügigkeit schlossen wir das erste Abkommen», hält der Abgeordnete dagegen. «Die Argumentation, Sie hätten keine Prinzipien zu akzeptieren, ist deshalb falsch.» Die Schweiz genieße Privilegien, wenn sie Prinzipien beachte; das habe ihr «unglaublich viel Wohlstand» gebracht. «Es wäre ganz traurig, wenn man das alles in Frage stellen würde, nur weil man auf ein paar Paragraphen herumreiten will.»

Reitet nicht einfach die EU auf ihren Prinzipien herum – als Machtdemonstration oder als Strafaktion gegenüber der Schweiz? «Überhaupt nicht», wehrt sich der Abgeordnete mit eingeübten Sätzen. «Das Problem ist doch, dass die Welt immer stärker zusammenwächst

«Warum sollten die Schweizer etwas kriegen, was wir den Briten nicht geben?»

und dass wir immer näher zusammenrücken. Wir müssen Europa so zusammenhalten, dass wir den Gefahren von aussen widerstehen. Da ist Populismus ein gefährliches Rezept.» Das kapiere sogar der britische Premier David Cameron, der für sein Land Sonderregelungen anstrebt. «Warum sollten die Schweizer etwas kriegen, was wir den Briten nicht geben?»

Auch angesichts des Städtchens Diessenhofen mit seinen Wehrtürmen und Stadttoren aus dem Mittelalter lässt sich der Abgeordnete nicht darauf ein, für Sonderfälle Ausnahmen zu machen. Dabei kommt Andreas Schwab aus Rottweil am Neckar, der Stadt, die sich als älteste Baden-Württembergs rühmt. «Sie war mal Mitglied der Eidgenossenschaft», belehrt der Politiker seine Schweizer Gesprächspartner: «Kennen Sie überhaupt die ganze Eidgenossenschaft?» Rottweil sei aber «irgendwann ausgetreten, weil uns die Schweizer bei irgendeinem Krieg nicht helfen wollten».

Ewiger Bund

Wie es wirklich war, hält das Historische Lexikon der Schweiz fest: Rottweil verbündete sich schon 1346 mit Schaffhausen und 1463 mit den acht alten Orten, galt also fortan als zugewandter Ort der Eidgenossenschaft. Das Ver-

hältnis kühlte sich erst im Dreissigjährigen Krieg (1618–1648) ab, weil sich Rottweil auf die Seite des katholischen Kaisers schlug. Den Ewigen Bund von 1519 kündigte zwar nie jemand formell. «Der Status eines zugewandten Orts», stellt das Lexikon indes fest, «hatte sich auf die Dauer als unvereinbar mit Rottweils Eigenschaft als Reichsstadt erwiesen.»

Die Rottweiler pflegen aber bis heute freundschaftliche Beziehungen zu den Schweizern, so eine Städtepartnerschaft mit Brugg. Auch Andreas Schwab kennt das Land, vor allem von Sommerlagern mit der Katholischen Jugend am Vierwaldstättersee samt Pilgern nach Einsiedeln oder vom Zelten am Brienersee mit der Familie. «Zum Skifahren gehen wir in die Schweiz, wenn wir es bezahlen können – also momentan nicht.» Ausserdem zeigt sich der Politiker als «grosser Fan von Schweizer Qualitätsprodukten», so schenke er Kindern gerne Sigg-Flaschen aus Frauenfeld TG. An der Schweiz störe ihn eigentlich nur eines: «die langen Staus am Gotthard im Sommer».

Gestörte Beziehungen zur Schweiz

In der Politik aber kühlte die Freundschaft mit den Eidgenossen ab. Der jungenhaft aussehende 42-Jährige machte nach dem Rechtsstudium in Freiburg im Breisgau eine steile europäische Karriere: Abschluss in Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Paris, Master-Studiengang an der University of Wales, Referendar in der Europa-Abteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg, dann, 2004, mit 31, die Wahl ins Europäische Parlament. In Brüssel und in Strassburg aber schert sich kaum jemand um die Schweiz: «Damit können Sie keinen Blumentopf gewinnen.»

Angesichts der Krisen im Iran, in der Ukraine oder am Mittelmeer gebe es «eine geringe Neigung, sich über Fragen der direkten Demokratie in der Schweiz zu unterhalten», giftelt der Abgeordnete. Nichteinmal Aussenkommissarin Federica Mogherini kümmere sich mehr um das Thema: «Das ist eine verwaltungsinterne Verhandlung geworden – und die beteiligten Stellen halten klar die Linie, die Kommissionspräsident Juncker vorgegeben hat.» Welche Linie? «Die Personenfreizügigkeit ist nicht verhandelbar.»

Sein Einsatz betreffend die gestörten Beziehungen zur Schweiz bringe ihm kaum etwas, sieht der Abgeordnete klar: «Hier an der Grenze ist das Problem schwierig zu erklären; je



«Wir wollen, direkt vor den Schweizer Wahlen, ein Signal geben»: Europaparlamentarier Schwab.

weiter weg wir kommen, desto weniger interessiert das Thema.» Die Grenzregionen würden aber «negative Veränderungen» zuerst spüren, weiss er: «Deshalb dürfen wir diese Diskussion nicht auf die falsche Spur kommen lassen.» Was wäre denn die falsche Spur? «Dass

wir am Ende tatsächlich den Unvernünftigen den Vorrang vor den Vernünftigen lassen.»

Zum richtigen Einspuren soll auch die Resolution zu den Beziehungen im Binnenmarkt beitragen. Sie wiegt zwar für sich allein nicht schwer, das weiss der Abgeordnete, der dafür

verantwortlich zeichnet: «Es wird am Ende nur darauf ankommen, wie gross die Mehrheit ist.» Neben den Christdemokraten von der EVP und den Sozialdemokraten von der S & D, also den beiden grössten Fraktionen mit zusammen der absoluten Mehrheit, werde wohl auch die Linke zustimmen, nimmt Schwab an. Das Resultat dürfte bei 500 gegen 100 bis 200 Stimmen liegen – «es wird eine recht breite Mehrheit geben».

«Ein klares Signal, hoffen wir jedenfalls», sagt der Abgeordnete. Ein Signal wofür? «Wir wollen, dass die Schweiz im Binnenmarkt

Kein Staat werde Ausnahmen einräumen, die er selber nicht bekomme.

bleibt – aber eben zu den Prinzipien, die wir in den neunziger Jahren in den bilateralen Verhandlungen vereinbart haben.» Mit dieser Resolution könne das Parlament die Linie der Kommission «ein bisschen beeinflussen und bestärken», glaubt Andreas Schwab. In der jetzigen, «nicht immer ganz einfachen» Situation in Europa solle die Kommission die klare Botschaft bekommen, dass sie richtigliege: «Insofern hat die Entschliessung dann doch eine gewisse Bedeutung.»

«Reine Zeitverschwendung»

Und wenn auch die Schweizer hart bleiben? Dann könne es im schlechtesten Fall zur Kündigung der bilateralen Verträge kommen, meint der Abgeordnete. Dagegen spreche auch nicht, dass jedes der 28 Mitgliedsländer zustimmen müsste: «Welcher Staat soll denn gegen die Kündigung sein?» Aufgrund der «inneren Zwänge» der EU könne es keine Sonderregelungen geben; kein Staat werde also Ausnahmen einräumen, die er selber nicht bekomme. Dann platzt es aus dem freundlichen Schweiz-Kenner heraus: «Wir finden die ganze Geschichte eine reine Zeitverschwendung. Aber wir können uns das ja nicht aussuchen; wir müssen die demokratische Abstimmung ernst nehmen, uns also mit der Frage herumärgern.»

Vor allem aber müssten die Schweizer zeigen, «dass die direkte Demokratie in der Lage ist, Probleme, die sie sich einhandelt, auch wieder zu lösen». Deshalb wolle das Europäische Parlament «bei jenen, die zwar für die Masseneinwanderungsinitiative stimmten, aber zugeben, dass sie nie an die Mehrheit für die Initiative glaubten», die Einsicht stärken. Das könne schon bei den Wahlen beginnen, meint Andreas Schwab, bevor er zum Rheinschwimmen geht. «Er ist ein sehr netter Kerl», scherzt er über den SVP-Kandidaten Pentti Aellig. «Er hat mir allerdings schon vorher angedeutet, es reiche für ihn auf dem zweiten Platz der SVP-Liste wohl eh nicht.» ○

Goldenes Zeitalter

Wegen des minimalen Wirtschaftswachstums werden die 1990er Jahre in der Schweiz gerne als verlorenes Jahrzehnt dargestellt. In Wirklichkeit wurde damals die Grundlage für den jetzigen Wohlstand geschaffen. Die Bedeutung der bilateralen Verträge wird überschätzt. *Von François Schaller*

Die politischen Kreise, die à tout prix die bilateralen Verträge I mit der Europäischen Union retten wollen, bringen es nicht fertig, die Vorteile dieser Verträge für die Schweizer Exportindustrie überzeugend darzulegen. Deshalb versuchen sie, einen Beweis *a contrario* zu erbringen. In den 1990er Jahren, vor dem Abschluss der bilateralen Verträge, habe die Schweizer Wirtschaft viel weniger Wachstum und Wettbewerbskraft verzeichnet als die europäische gesamthaft, lautet ihr Argument. Sie sprechen gar von einem «verlorenen Jahrzehnt».

Wollte man diesen Leuten Glauben schenken, so läge es am Bilateralismus, besonders am Personenfreizügigkeitsabkommen und am Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreements), dass die Situation umgekehrt werden konnte und in der Folge überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt wurden (die anderen bilateralen Abkommen haben in diesem Bereich überhaupt keine Auswirkungen). Weshalb also sollte die Schweiz heute auf einen Trumpf verzichten, der ihr in den letzten fünfzehn Jahren einen solchen Erfolg ermöglicht hat?

Subprime-Krise auf Schweizer Ebene

Diese ideologische Sicht der Dinge ist sehr einfach zu widerlegen. Zuerst einmal ist es schlicht unmöglich, dass die Immigrationskontingente in den 1990er Jahren die Schweizer Wirtschaft behindert haben, da diese Kontingente gar nie ausgeschöpft wurden und nur als eine Art Notplafonierung wirkten. Es ist ebenso unglaubwürdig, zu behaupten, das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen habe ab 2002 die Exporte in die EU wesentlich gefördert: Der Effekt wird vom Seco vague auf 0,2 Prozent des Handelsvolumens zwischen der Schweiz und der EU geschätzt, und zwar gemäss dem günstigsten Szenario. Übrigens: Wenn man die Entwicklung der Schweizer Exporte in die EU anschaut, stellt man fest, dass – bei gleichbleibendem Radius – diese in den 1990er Jahren stärker wuchsen als nach Abschluss der bilateralen Verträge. Eigentlich ist es diese Anomalie, die in erster Linie erklärt werden müsste.

In Erwartung der Klärung dieser Frage ist es wichtig, zu verstehen, weshalb die Schweizer Wirtschaft in den 1990er Jahren so gelitten hat. Nicht das Fehlen privilegierter Verträge mit der EU war die Ursache; kein Ökonom hat dies

im Übrigen je behauptet, weder damals noch heute. Jenes Jahrzehnt stand in erster Linie unter dem schlechten Stern der zu Beginn der 1990er Jahre ausgebrochenen Immobilien- und Bankenkrise: eine Subprime-Katastrophe auf Schweizer Ebene! Man erinnert sich, dass unser Land mindestens zehn Jahre gebraucht hat, um diese zu überwinden. In der Genferseeregion hatten sich die Kantonalbanken noch zu Beginn der 2000er Jahre nicht völlig davon erholt. Gleichzeitig war der Schweizer Franken gegenüber der D-Mark chronisch überbewertet, was unsere Exportindustrie in jenen «Jahren des

harten Frankens» permanent unter Druck setzte. Die Schweizer Wirtschaft befand sich über längere Zeitabschnitte in der Rezession, und die Arbeitslosenrate kletterte bis gegen sechs Prozent.

Der dritte Grund ist, mit wachsendem Abstand betrachtet, vielleicht der bedeutendste und hängt mit dem psychologischen Schock zusammen, den die Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) durch das Schweizer Stimmvolk am 6. Dezember 1992 ausgelöst hatte. Die konjunkturelle Situation hätte eigentlich zu einer Annahme



Eine eigentliche Kulturrevolution: Montagehalle von ABB in Zürich, 1993.

des Abkommens durch die Stimmbürger führen müssen. Entsprechend gross war die Enttäuschung in Kreisen der Wirtschaft und Politik, für die es kein Heil gab ausserhalb des so nahen und so grossen kontinentalen Markts. Die Reaktion auf den Volksentscheid war jedoch massiv, schnell und sehr konstruktiv. Sie führte zu einer allgemeinen Mobilisierung, um die Rahmenbedingungen und die Performance der Wirtschaft zu verbessern.

Mutige Initiativen

Die Besten sein und beitragsfähig werden, um nicht beitreten zu müssen, predigte Staatssekretär Franz Blankart nach der EWR-Niederlage. In den 1990er Jahren hat die Schweiz gleichsam ihre «Thatcher-Revolution» nachgeholt, anstatt dass man sie ihr im Rahmen des EWR aufgezwungen hätte. Es war eine eigentliche Kulturrevolution, bei der mit den alten Schemata der Kriegswirtschaft und des Vorsorgestaates aufgeräumt wurde. Ein grosses Revitalisierungsprogramm wurde aufgegleist, die

eidgenössische Wettbewerbskommission erlebte ihr goldenes Zeitalter. Dieses Programm belegt einen wichtigen Platz in der sehr instruktiven Geschichte der Wirtschaftspolitik, die Silvan Lipp 2012 veröffentlicht hat («Standort Schweiz im Umbruch», *NZZ Folio*). Paradoxerweise war dies auch eine für die kollektiven Arbeitsverträge günstige Periode.

In den 1990er Jahren haben die öffentliche Hand und die Unternehmen zudem stark ihre Schulden abgebaut. Sie setzten auf Bildung, Innovation – wahre Zauberworte jener Epoche – sowie auf Start-up-Kultur, Technologietransfer von den Schulen hin zur Industrie, New Public Management, Public Private Partnerships und so weiter. Ausserdem investierten die Exportindustrie und die multinationalen Unternehmen massiv in ihre Globalisierung. Das Ziel dabei war, weniger von dem in die Reifephase gelangenden Europa abhängig zu sein und vermehrt Absatzmärkte mit hohem Potenzial in den Wachstumszonen der Welt, vor allem in Asien, zu erschliessen. Schliesslich ging es auch darum, die geografischen, politischen und konjunkturellen Risiken besser auszutarieren. Diese mutigen Initiativen in einem schwierigen Umfeld erforderten viel Zeit und nahmen grosse personelle und finanzielle Ressourcen in Anspruch, was natürlich nicht kurzfristige Resultate begünstigte.

Während dieser Zeit verzeichnete Europa fast schon «freche» Wachstumsraten, ausgelöst durch eine kumulative öffentliche Verschuldung, unverhältnismässige Sozialausgaben und Investitionen in oft präventive öffentliche Infrastrukturanlagen, deren Not-

Die Reaktion auf das EWR-Nein war jedoch massiv, schnell und sehr konstruktiv.

wendigkeit heute alles andere als klar ist. Hinter all dem steckte ein sorgloses und bequemes Vertrauen in die Tugenden des grossen Marktes und der kommenden gemeinsamen Währung, die alles richten würden. Erst in der folgenden Phase, in den 2000er Jahren und während der Epoche des heroischen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, gingen Deutschland und Nordeuropa ihrerseits auf die Suche nach einer Verstärkung der wirklichen Wettbewerbskraft. Derweil verfielen Frankreich und Südeuropa in einen grossen Rückstand, der bis heute allen zu schaffen macht.

Als die bilateralen Verträge I vom Stimmvolk angenommen (2000) und umgesetzt (2002–2005) wurden, war der Industrie-, Finanz- und Dienstleistungsplatz Schweiz dank zehn Jahren Vorarbeit zum wettbewerbsstärksten Europas geworden. Die Entwertung des Frankens gegenüber dem neuen Euro entfaltete eine wahre Hebelwirkung auf die Exporte. Ab 2007 führte die Personenfreizügigkeit zu einem star-

ken Anstieg von Einwanderern, die von diesem Eldorado angezogen wurden. Diese Immigration war weitgehend selbsttragend, denn die neuen Ankömmlinge waren grösstenteils gut ausgebildet, viele freiberuflich und oft vermögend. Wenn die solvente Bevölkerung zunimmt, nimmt automatisch auch das makroökonomische Wachstum entsprechend zu. Dies erklärt, warum die Schweizer Wirtschaft seit zehn Jahren vor allem durch ihren winzigen, aber lukrativen Binnenmarkt stimuliert wird. Was seit Jahrzehnten ein Novum ist.

Gute Nachricht für Europa

Mit Blick auf die Wiedereinführung einer aktiven Schweizer Migrationspolitik inmitten des immensen europäischen Bevölkerungsreservoirs und einer möglichen Kündigung der bilateralen Verträge I erscheint die Furcht vor einem Remake der 1990er Jahre nicht völlig absurd. Dennoch sollte man die öffentliche Meinung nicht mit solchen Befürchtungen verunsichern. Denn Abkommen wie etwa die Mutual Recognition Agreements gibt es auch zwischen der EU und den USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan und Israel. Weshalb sollte allein die Schweiz ein solches Abkommen nur im Austausch mit der Personenfreizügigkeit bekommen? Im Übrigen haben alle industrialisierten Staaten eine restriktive Migrationspolitik, inklusive der EU als solcher, die ja auch nicht auf die Idee kommt, dass die Personenfreizügigkeit zwischen allen Ländern der OECD eine gute Nachricht für Europa wäre. Und schliesslich braucht die Schweiz auch keine internationalen Verträge, um alle nötigen personellen Ressourcen zu bekommen, die ihre Industrie und ihr Binnenmarkt benötigen.

Hingegen muss man sich an die dauerhafte Entkoppelung des Zyklus der schweizerischen von demjenigen der europäischen Wirtschaft gewöhnen. Aus evidenten monetären Gründen: Die Entwertung des Euro schadet der Schweizer Exportindustrie und einem Teil des Binnenmarktes (Grenzverkehr der Konsumenten). Die Euro-Aufwertung indes kommt ihr zugute. Mit anderen Worten: Wenn alle anderen Faktoren gleich bleiben, schwächt sich die Schweizer Wirtschaft eher ab, wenn es Europa gutgeht, und erstarkt, wenn Europa schwächelt.

Es muss Vorteile geben, die aus dieser Situation resultieren. Aber dafür müssten die schwachen Perioden dazu genutzt werden, die nötigen strukturellen Anpassungen vorzunehmen. Dies wurde in den 1990er Jahren getan. Was die 2010er Jahre betrifft, so ist die dritte Revision der Unternehmensbesteuerung vielleicht der erste Schritt in die richtige Richtung.

François Schaller ist Chefredaktor der Genfer Wirtschaftszeitung *L'Agèfi*.



Taliban-Chef: Grosseinkauf in Europa

Vom neuen Anführer der afghanischen Gotteskrieger, Mullah Mansur, ist wenig bekannt. Wie die *Weltwoche* aufdeckt, reiste er 1998 nach Deutschland und Prag, um seine Miliz für den Krieg am Hindukusch aufzurüsten. Details der Visite geben Einblick in den Charakter des Aufstiegers. Von Sami Yousafzai und Urs Gehrig

Vor wenigen Wochen erfuhr die Welt: Mullah Omar, der legendäre Gründer und mysteriöse Anführer der Taliban, ist tot. Sofort richtete sich das Augenmerk auf seinen Nachfolger. Der Neue trägt den Namen Mullah Achtar Mohammed Mansur, ist gut fünfzig Jahre alt und soll ein machiavellistisch abgebrühter Meister des Machtpokers sein.

Wie der berühmte einäugige Omar ist auch Mansur ein Mann mit vielen Unbekannten. Bisher kursiert ein einziges Bild von ihm. Es zeigt einen wohlgenährten Mann mit dichtem Schwarzbart, buschigen Augenbrauen und Augen wie Steinkohle. Das Bild hat *Weltwoche*-Mitarbeiter Sami Yousafzai erworben und via den US-Fernsehsender CBS in Umlauf gesetzt. Was die Welt bis jetzt nicht gewusst hat: Das Foto wurde 1998 in Europa aufgenommen.

Mullah Mansur, damals Taliban-Minister für zivile Luftfahrt, war in den Westen gekommen, um einzukaufen. Er reiste eifrig durch Deutschland, machte mit dem Auto einen Abstecher nach Prag, wurde einmal von der Polizei angehalten und nach kurzer Personenkontrolle wieder laufengelassen. Nach einem Monat kehrte er mit reicher Beute zurück nach Afghanistan, wo zu jener Zeit Osama Bin Laden und al-Qaida das Gastrecht der Taliban genossen und die Anschläge von 9/11 vorbereiteten.

Der Europa-Besuch Mullah Mansurs gibt seltene Einblicke in die früheren Aktivitäten und in den Charakter des heutigen Taliban-Führers. Die Aufnahme, die hier zum ersten Mal in voller Grösse gedruckt wird, wurde während seines Besuchs in Frankfurt aufgenommen. Sie zeigt den heutigen Taliban-Chef zusammen mit «Botschafter» Mullah Nek Mohammed Nekmal, Emissär der Taliban in Europa, leicht erkennbar durch sein deformiertes Gesicht.

«Ich war Mullah Mansurs Gastgeber»

Nekmal war in der Schlacht um Kabul 1996 auf eine Landmine getreten und verlor ein Bein, sein halbes Gesicht, seine Nase und ein Auge. Mit Einwilligung von Taliban-Chef Mullah Omar wurde er nach Deutschland ausgeflogen, wo er in Frankfurt mehrmals operiert wurde und sich plastischer Chirurgie unterzog.

Als Mullah Omar von Nekmals Genesung erfuhr, machte er ihn zum Taliban-Kontaktmann im Westen. «Ich war der Taliban-Botschafter für ganz Europa, richtete eine Wohnung mit Schlafzimmern, einem Wohn- und Essraum ein», erzählt Nekmal im Gespräch mit der *Weltwoche*. Dabei streut er einige Fetzen auf Deutsch

ein. «Am Bahnhof!», «Krankenhaus» oder «Automobil» – sprachliche Fossile aus einer Zeit, als die Taliban im Westen noch uneingeschränkte Bewegungsfreiheit genossen.

Nekmal eröffnete 1997 ein Verbindungsbüro (The Islamic Emirate of Afghanistan Office in Germany) an der Heilbronnerstrasse 18 D, direkt neben dem Hauptbahnhof in Frankfurt, wo fortan Visa für Afghanistan-Reisende sowie Geburts- und Heiratsurkunden ausgestellt wurden. Auf einer Visitenkarte aus jener Zeit sind die Bankverbindung in Deutschland und die Kontonummer des Büros angegeben.

Die «Botschaft» in Frankfurt sei Teil eines Netzwerks der Taliban, das die afghanischen Fundamentalisten über mehrere Grossstädte gespannt hätten, schrieb das *Handelsblatt* kurz nach den Terroranschlägen von 9/11. Das Auswärtige Amt in Berlin sei von den Taliban unter

«Wir besuchten einen jüdischen Friedhof und sprachen darüber, wie Hitler die Juden getötet hatte.»

Druck gesetzt worden, nicht gegen die illegale Botschaft vorzugehen, weil sonst in Afghanistan lebende Deutsche gefährdet würden, zitierte das Blatt den Islamforscher Michael Pohly von der Freien Universität Berlin.

«Ich war Mullah Mansurs Gastgeber», erzählt Nekmal stolz. «Ich holte ihn am Flughafen in Frankfurt ab und brachte ihn in mein Büro, wo er fünf Tage residierte.» Mansurs Auftrag lautete, in Europa die dringend benötigten Ersatzteile sowie logistisches Material für die Betreuung der Luftflotte zu besorgen. Die Maschinen der einst renommierten Luftfahrtgesellschaft Ariana befanden sich nach der Sowjetbesatzung (1979–89) und dem folgenden Bürgerkrieg in desolatem Zustand, ebenso die von den Taliban eroberten Kampfflugzeuge.

«Wir fuhren kreuz und quer durch Deutschland, besuchten Kassel, Köln und Bonn.» Dabei hätten sie Tankwagen für den Ferntransport von Treibstoff sowie Schläuche, Stutzen und Filter für das Betanken der Flugzeuge gekauft. «Wir konnten uns keine neuen Tankwagen leisten, also gingen wir auf Auktionen, wo wir gebrauchtes Material erwarben.»

Auf ihrer Shoppingtour machte Mansur auch einen Abstecher nach Prag. Mansur habe es in der Altstadt sehr gut gefallen, worauf sie dort zwei Nächte verbrachten. Grund für die Stippvisite in der Tschechischen Republik sei der

Erwerb von Ersatzteilen für russische Helikopter gewesen, die die Sowjettruppen nach ihrer Besatzung Afghanistans zurückgelassen hatten. Mit neuem Material flottgemacht, sollten sie den Taliban als wichtiges Machtinstrument zur Kontrolle des Landes dienen.

Als Mullah Mansur nach einem Monat die Rückreise antrat, konnte sich seine Ausbeute sehen lassen. «Wir kauften nebst Lastwagen rund vier Container voll Material und schickten es via Turkmenistan nach Afghanistan.»

Zwischenstopp im McDonald's

Neben dem Geschäft nahm sich Mansur offenbar Zeit, um Natur und Kultur Deutschlands kennenzulernen. «Mansur gefielen besonders die Parks und die grüne Vegetation», erzählt Nekmal. So begutachtete er das Heidelberger Schloss, eine der berühmtesten Ruinen Deutschlands, sowie religiöse Kultstätten. «Wir besuchten einen grossen jüdischen Friedhof ausserhalb von Frankfurt, und wir sprachen darüber, wie Hitler die Juden getötet hatte.» In der Nähe des Friedhofs sei es zu einem Zwischenfall mit den Behörden gekommen. «Wir überquerten die Strasse in einiger Entfernung vom Zebrastreifen und wurden von der Polizei gestoppt. Diese kontrollierte unser Visum und liess uns danach wieder laufen.»

Auf ihren Reisen durch Deutschland trugen der Taliban-Minister und seine Begleitung stets die traditionelle afghanische Kleidung mit weissen und schwarzen Turbanen. Obwohl Mansur das afghanische Essen – Reis, Huhn, Lammfleisch – sehr vermisst habe, sei er westlichem Schnellimbiss nicht abgeneigt gewesen. «Manchmal kehrten wir entlang der Strasse in einem McDonald's ein.» Auch sonst genoss der heutige Chef der Gotteskrieger offenbar den westlichen Lebensstil. «Er lachte viel, war äusserst vergnügt und ein interessierter Zuhörer.»

Im April 2000 verliess Nekmal schliesslich Deutschland. Zuvor hatte er noch im Namen Mullah Omars einer Firma in München einen Druckauftrag für eine unbekannte Summe Geldnoten in der Taliban-Währung erteilt. Heute ist er nach eigenem Bekunden nicht mehr in Politik involviert, er betreibt Geschäfte auf privater Basis. Mansur indessen habe seinen Weg an die Macht zielstrebig verfolgt.

Sami Yousafzai hat Mansur auf dem Foto zusammen mit Nekmal sofort erkannt. Während der letzten zwei Jahrzehnte hatte er mit dem Mann, der nun mit den Taliban weite Teile Afghanistans beherrscht, mehrere Begegnun-



Meilenstein auf dem Weg an die Macht: Taliban-Kämpfer bei Ghazni.



Augen wie Steinkohle: Mullah Mansur (r.), «Botschafter» Nekmal (l.).

gen.* Mansur war nicht Taliban-Mitglied der ersten Stunde. In der pakistanischen Grenzstadt Peschawar frequentierte er häufig den familieneigenen Buchladen der Yousafzais. Bei einem Besuch 1995 verkündete er plötzlich: «Ich habe fünf Busse gemietet und werde morgen mit 150 Taliban nach Kandahar fahren, wir schliessen uns Mullah Omar an.» Er forderte Yousafzai auf, mitzureisen und über die Aktion zu berichten, was dieser auch tat.

Bald erheischte Mansur die Aufmerksamkeit von Taliban-Chef Omar und stieg in die Füh-

rungsriege der Gotteskrieger auf. Im Dezember 1999, als ein Passagierflugzeug der Indian Airlines auf dem Weg von Nepal nach Indien nach dem afghanischen Kandahar entführt wurde, war ein weiterer Meilenstein auf seinem Weg an die Macht. Indische Kommandos ersuchten bei Luftfahrtchef Mansur um Einflugerlaubnis, um das Flugzeug zu stürmen. Zuerst war Mansur geneigt, die indischen Spezialkräfte gewähren zu lassen. Nach einem Anruf aus Pakistan habe er die Meinung geändert. «Von diesem

Tag an wurde er vom pakistanischen Geheimdienst als positive und wertvolle Person angesehen», sagt ein hochrangiger Uno-Mitarbeiter, der damals mit Mansur im Bereich Luftfahrt zusammenarbeitete.

Stille Nummer zwei

Mansurs Aufstieg an die Spitze erfolgte allerdings erst Jahre später. Er verdankte ihn der Liquidierung von Taliban-Top-Eliten zwischen 2007 und 2009. Danach galt Mansur als stille Nummer zwei im Schatten Mullah Omars. Wie

vor wenigen Wochen bekannt wurde, ist der Taliban-Chef bereits vor längerer Zeit verstorben. Nach Angaben aus Mansurs Freundeskreis hat der ehrgeizige Aufsteiger den Tod des Chefs während eines Jahres geheim gehalten, um seine Machtübernahme in Ruhe zu sichern. «Damit hielt Mullah Mansur den US-Geheimdienst CIA zum Narren», so ein Freund Mansurs.

Mansurs Winkelzüge stossen vielen Gotteskämpfern sauer auf. Ihnen missfällt, dass er viele Schlüsselposten seinem Ishaqzai-Stamm zuschanzte. Die Wahl zum Taliban-Chef sei nicht einheitlich ausgefallen, heisst es. Achtzig Prozent der Kämpfer sollen jedoch hinter dem neuen Chef stehen. Allerdings ist es selbst für viele seiner Anhänger schwer vorstellbar, ihn «Führer der Gläubigen» zu nennen. Zu diesem Titel, den der verstorbene Omar mit seiner mystischen Aura und unbeugsamen Kämpfernatur beanspruchte, reiche es Aufsteiger Mansur noch nicht. Ob er den Status durch Krieg oder Friedensgespräche, die zurzeit sistiert sind, erlangen kann, gehört zu den vielen Unbekannten um den neuen «König» der Taliban.

* Den ausführlichen Bericht über seine Begegnungen mit Mullah Mansur hat Yousafzai für *The Daily Beast* unter dem Titel «Up Close With the Taliban's Next King» veröffentlicht. Er ist unter www.weltwoche.ch/Mansur zugänglich.

«Eine gesättigte Kultur»

Unkontrollierte Zuwanderung, explodierende Sozialkosten und eine unbändige Bürokratisierung: Was hochaktuell klingt, gab es schon einmal – in den Jahrzehnten vor dem Ende des Römischen Reiches. Altertumsforscher Rainer Vollkommer sieht «bestürzende Parallelen». Von Wolfgang Koydl

Es waren Tausende – Männer, Frauen und Kinder –, und sie hatten Hunderte von Kilometern bei glühender Hitze zu Fuss zurückgelegt, mitsamt dem ganzen Hausrat. Sie waren geflohen vor Krieg, Vertreibung, Not und Elend. Jetzt endlich hatten sie den Ort erreicht, von dem aus sie das rettende Ufer auf der anderen Seite des Flusses sehen konnten. Sie wollten Zuflucht, Asyl, Sicherheit und gerne auch ein etwas besseres Leben.

Zwischen den Ankömmlingen auf der einen und den Grenzern auf der anderen Seite des Flusses entspannen sich wochenlange Verhandlungen. Dann wurden die Fliehenden aufgenommen. Doch das anfängliche Einvernehmen war nicht von Dauer: Es kam zu Missverständnissen, zu Streitigkeiten und schliesslich zum blutigen Konflikt. Zwei Jahre später vernichteten die Migranten ein Heer des Gastlandes und töteten dessen Staatsoberhaupt.

«Man spürte den Abstieg nicht»

Man schrieb das Jahr 376. Der Schauplatz war die Donau im Norden des heutigen Bulgariens, die Fremden waren gotische Stämme aus dem Osten Europas, und das gelobte Land war das Römische Reich unter Kaiser Valens. Genau hundert Jahre später war dieses Imperium verschwunden, abgewickelt vom Nachkommen eines illegalen Einwanderers aus Germanien: Der Offizier Odoaker setzte den letzten römischen Kaiser Romulus Augustulus ab und übernahm selbst die Führung über das, was von dem einst weltumspannenden Reich noch übrig war.

Seit dem Untergang Roms hat die Nachwelt gerätselt, was die Katastrophe auslöste. Historiker spekulierten ebenso wie Laien; Philosophen, Theologen und Staatsmänner suchten gleichermaßen nach Antworten. Die Theorien reichten von Bleivergiftung wegen der Verwendung bleihaltiger Trinkgefässe über Seuchen, Klimawandel und libidinöse Unmoral bis hin zu zersetzendem pazifistischem Gedankengut als Folge des sich ausbreitenden Christentums. Stets waren die Gedankenspiele begleitet von einem bangen Seitenblick auf die Gegenwart: Gibt es nicht Parallelen, die auf ein bevorstehendes Ende unserer Zivilisation hinweisen?

Viele der Theorien über den Untergang Roms sind mittlerweile verworfen oder widerlegt worden. Dafür gibt es neue, plausiblere Ideen. Einer, der sich von Berufs wegen Gedanken über das Ende Roms macht, ist der Archäologe

und Altertumsforscher Rainer Vollkommer. Zurzeit leitet der Autor zahlreicher einschlägiger Publikationen das Liechtensteinische Landesmuseum im ruhigen Vaduz. Doch wenn er Vergangenheit und Gegenwart vergleicht, ist er alles andere als beruhigt: «Es gibt bestürzende Parallelen», sagt er. «Wann immer ich einen Politiker zu Gesicht bekomme, spreche ich ihn darauf an. Aber Politiker hören ja nicht so gerne zu.» Auch dies dürfte im alten Rom nicht viel anders gewesen sein.

Vier Faktoren waren es laut Vollkommer im Wesentlichen, die den Niedergang des Imperium Romanum eingeleitet, beschleunigt und besiegelt haben: unkontrollierte Zuwanderung, eine Explosion der Sozialkosten, eine grenzenlose Verbürokratisierung und Regulierungswut sowie Landflucht und Verstädterung.

Das klingt in der Tat beklemmend vertraut. Hochaktuell ist auch die Tatsache, dass sich die Mehrzahl der Menschen damals wie heute einer Endzeitstimmung gar nicht bewusst

Für alle war Rom ein gelobtes Land, in dem Milch und Honig flossen.

war: «Im vierten Jahrhundert gab es keine Anzeichen, dass das Imperium vor dem Kollaps stand», urteilt der britische Historiker Peter Heather. «Das späte Empire galt im Wesentlichen als Erfolgsgeschichte.» Sein Kollege Julian Fenner von der Universität Manchester sekundiert: «Man spürte den Abstieg nicht, jedenfalls nicht akut.»

Einfall der Barbaren

Natürlich darf man bei all diesen Vergleichen nicht vergessen, dass Rom trotz seiner hochstehenden zivilisatorischen, technischen und kulturellen Leistungen nicht mit unseren technisierten, digitalen und postindustriellen Gesellschaften vergleichbar ist. Das weiss auch Vollkommer: «Es gibt enorme Unterschiede», gibt er zu. «Aber», schiebt er rasch nach, «ein Faktor ist geblieben: Der Mensch hat sich nicht geändert.»

Am deutlichsten zeigen sich die Unterschiede zwischen Rom und dem heutigen Europa bei der illegalen Migration. Roms Grenzen wurden von bewaffneten Banden und später von ganzen Armeen gestürmt, denen in Ochsenkarren die Familien folgten. Sie raubten,

mordeten, plünderten und lieferten sich Schlachten mit regulären römischen Legionen. Die Römer nannten die Eindringlinge denn auch – politisch inkorrekt, aber zutreffend – Barbaren, weil sie aus anderen, weniger entwickelten Kulturkreisen stammten. Es gab daher auch keine Barbaren-Beauftragten, keine Barbaren-Erstaufnahmeeinrichtungen und auch keine Barbaren-Politik.

Problem doppelte Staatszugehörigkeit

Dennoch wurden die Migranten nicht nur abgewehrt und abgewiesen: Häufig nahm man sie auf und siedelte sie – als Puffer gegen weitere Barbareneinfälle – in Grenznähe an. Es gab sogar einen eigenen Begriff dafür: *receptio*, als ob sie in einer Taverne eincheckten. Zuwanderer konnten Bauern oder Soldaten werden, nur eines blieb ihnen verwehrt: das römische Bürgerrecht. Vollkommer sieht darin den grössten Fehler des römischen Staates: «Sie fühlten sich nicht als Bürger ihres neuen Staates, blieben Fremdkörper im Reich und schenkten ihre Loyalität im Zweifel den alten Landsleuten jenseits der Grenzen.» Vollkommer, der hier Parallelen zu heutigen Diskussionen über die doppelte Staatsangehörigkeit sieht, hält Roms Sturheit für töricht. Schliesslich habe sich eine mehr als hundert Jahre zuvor von Kaiser Caracalla (188–217) getroffene Entscheidung, allen Bewohnern des Reiches, unabhängig von ihrem sozialen Status, das Bürgerrecht zuzugestehen, als segensreich erwiesen.

Die Gründe, die Germanen, Goten, Vandalen und andere Stämme auf die «Völkerwanderung» schickten, unterschieden sich allerdings nicht so sehr von den Umständen, die heute Syrer und Senegalesen, Albaner und Afghanen nach Europa drängen lassen: Kriege, wirtschaftliche Not oder eine Kombination aus beidem. Das Auftauchen der Hunnen, die plötzlich sengend und brennend aus den Weiten Asiens hervorbrachen, trieben die germanischen Völker in die Flucht. Andere Stämme wiederum hatten nicht mehr genügend Land, um ihre grösser werdenden Gemeinschaften zu ernähren, und machten sich auf die Suche nach neuen Weidegründen für ihr Vieh.

Für alle war Rom ein gelobtes Land, in dem Milch und Honig flossen und die Strassen mit Gold gepflastert sein mussten. Mit anderen Worten: Das Imperium hatte denselben Ruf wie heute die Europäische Union. Auch wenn Gerüchte über Strassenbeläge aus Edelmetall damals ebenso wenig zutrafen wie heute, so



Törichte Sturheit: Römischer Senat, Europäisches Parlament.

waren die Erwartungen der Barbaren von damals, genauso wie jene der illegalen Migranten von heute, doch in einem Punkt gerechtfertigt: Es gab reichlich Sozialleistungen, wobei neben den Leistungen des alten Rom der moderne Sozialstaat verblasst.

Das Millionenheer der Plebs, die in mehrstöckigen Mietskasernen der Metropolen Rom, Alexandria, Nikomedia oder Trier hausten, musste strenggenommen überhaupt keiner geregelten Beschäftigung mehr nachkommen, um ein angenehmes Leben führen zu können. Die Wohnung war oft kostenlos, ebenso wie die Grundnahrung. War früher nur Weizen abgegeben worden, den man selbst verarbeiten musste, schaltete Kaiser Aurelian (214–275) auf fertiggebackenes Brot um, ergänzt um Schweinefleisch, Salz und Olivenöl. Ausserdem schaffte er langwierige Sozialhilfeforderungen ab: Das Recht auf staatliche Almosen wurde vererbbar auf Kinder und Kindeskinde.

Doch auch für das geistige Wohl war gesorgt: Der Eintritt zu Wagenrennen, die im vierten Jahrhundert die Gladiatorenspiele an Popularität übertrafen und im Schnitt einmal pro Woche stattfanden, war meist ebenso gratis wie Theaterbesuche – Pausensnacks und Getränke inklusive. Auch das grösste und wichtigste Vergnügen der Römer jeden Standes war kräftig alimentiert: der Besuch im Bad, wo man nicht nur planschte, sondern Sport trieb, sich massieren oder rasieren liess oder bei einer leckeren Mahlzeit mit Freunden philosophierte. Rundumversorgung total, «wie all-inclusive im Ferienhotel», meint Vollkommer. Auf heutige Verhältnisse umgelegt, wäre das so, als ob Sozialhilfebezügler Migros-Coupons, eine Jahreskarte für den Letziggrund, eine Gym-Mitgliedschaft und ein Sky-TV-Abo bekämen.

Ausuferndes Beamtenheer

Der Staat wurde von privaten Wohltätern unterstützt. Ein Grossgrundbesitzer, Geschäftsmann oder Senator scharte als *patronus* (Schutzherr) *clientes* (Schützlinge) aus dem Pöbel um sich. Diese hatten sich allmorgendlich in seiner Villa einzufinden, mussten ihn beim Einzug in die Stadt begleiten und hochleben lassen und bei Wahlen für ihn stimmen. Im Gegenzug erhielten die Plebejer Taschengeld und Zugang zu Spektakeln, die der Patron subventionierte. Die Kluft zwischen Ärmsten und Reichsten im Reich klappte immer weiter auseinander, eine Entwicklung, die man seit der globalen Finanzkrise 2008 abermals beobachten kann.

Die Sozialkosten belasteten jedoch, auch dies kein Unterschied zu heute, den Staatshaushalt. Das Empire lebte über seine Verhältnisse. Denn hinzu kamen die Kosten für die Armee, die zur



Fremdkörper im Reich: Rainer Vollkommer.

Grenzsicherung und zur Niederschlagung von Aufständen unverzichtbar war. Solange das Imperium expandierte, halfen die Legionen, die Staatskasse zu füllen: durch geraubte Schätze und die Eroberung neuer Länder und damit

Junge Römer waren nicht mehr fit genug oder hatten kein Interesse, den Staat zu verteidigen.

neuer Steuerzahler. Nun aber kostete die Truppe nur Geld – ein Problem, das auch moderne Regierungen haben.

Darüber hinaus hatte der römische Staat für eine umfangreiche und anspruchsvolle Infrastruktur zu sorgen: Aquädukte, über welche die Städte mit Wasser versorgt wurden. Ein Strassennetz, das sich über Tausende von Kilometern von der schottischen Grenze bis zum Euphrat erstreckte. Neue Badeanstalten, Hippodrome, Theater und Tempel zur Belustigung des ansonsten unzufrieden maulenden Volkes. Und nicht zuletzt: die Finanzierung eines ausufernden Beamtenheeres.

Rom existierte rund tausend Jahre, fünfhundert davon als Weltreich. Ohne eine effiziente Verwaltung wäre das nicht möglich gewesen. Dennoch wurde diese Aufgabe immer schwieriger. Kaiser Diokletian (244–311) gelang in einem Kraftakt sondergleichen die Stabilisierung des Imperiums, das durch innere Streitigkeiten, die Bedrohung durch eine neue persische Supermacht an der Ostgrenze und Barbareneinfälle geschwächt war. Er reformierte das Steuersystem, was auch damals Steuererhöhungen bedeutete. Er führte eine Währungsreform durch,

verfügte Preis- und Lohnkontrollen, schloss Frieden mit den Persern und reorganisierte das Reich. Beeindruckende Leistungen, der Nachwelt indes blieb er in Erinnerung, weil er die Christenverfolgungen wieder aufleben liess.

Für seine Reformen benötigte Diokletian neue Beamte: Allein die Verkleinerung der Provinzen – aus fünfzig wurden fast hundert – führte zur Schaffung zahlreicher neuer Stellen in der Verwaltung. Auch die Steuerbehörde wurde aufgebläht, und am Hof bildete sich eine umfangreiche Schicht von Spitzenbeamten rings um vier «Minister», die im weitesten Sinne Ressortchefs für Finanzen, Justiz und Äusseres, Inneres und «private Angelegenheiten des Kaisers» entsprachen.

Satt und müde

Diese monströse Bürokratie verwaltete zunehmend nur noch sich selbst, wie Rainer Vollkommer sagt. Zudem zog sie viele gutausgebildete Männer aus produktiven Tätigkeiten ab. Die kaiserliche Verwaltung erliess zudem ständig neue

Gesetze und Vorschriften. Rom war, so Vollkommer, schon immer ein legalistischer Staat. Das hatte seine guten und seine schlechten Seiten. Von Vorteil war, dass es für römische Bürger ein Mass an Rechtssicherheit gab, das vermutlich erst wieder im 19. und 20. Jahrhundert in Europa erreicht wurde. Der Nachteil war, dass Kohorten von Juristen versuchten, jede mögliche Eventualität in Rechtsform zu fassen. Auch diese Unart hat ihre Entsprechung im 20. Jahrhundert: Die Europäische Union basiert auf 40 000 Gesetzen, 15 000 Grundsatzurteilen höchster Gerichte und 62 000 international verbindlichen Standards. Ein römischer *quaestor*, *praeses* oder *praefectus* wäre beeindruckt gewesen.

Am Ende ging Rom wohl unter, weil seine Bewohner satt, müde und lethargisch geworden waren. Vollkommer nennt es eine «gesättigte Kultur». In der Armee dienten bis hinauf zu den Oberbefehlshabern fast nur noch Barbaren. Junge Römer waren entweder einfach nicht mehr fit genug für den Dienst in der Legion, oder sie hatten gar kein Interesse mehr, jenen Staat zu verteidigen, von dem sie so abhängig geworden waren. Die «Krankheit des Materialismus» nennt Julian Fenner das: «Der Preis, den im Überfluss schwimmende Gesellschaften für den beachtlichen Wohlstand und Komfort der meisten ihrer Mitglieder zu bezahlen scheinen, ist der entsprechende Anstieg von Lethargie, Selbstgefälligkeit und unreflektiertem Konsumdenken.»

Nur zur Erinnerung: Fenner schrieb diese Worte über das alte Rom. Jede Ähnlichkeit mit lebenden Personen und realen Handlungen ist ... nicht zufällig. ○



Essay

Fluch der bösen Tat

Die Schweiz hat ein existenzielles Problem: den fortgesetzten Ausverkauf des Rechtsstaats. Ist die gefeierte Geschichte der unabhängigen Schweiz bald Vergangenheit?

Von René Zeyer

Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend immer Böses muss gebären.» Das ist zwar nicht aus «Wilhelm Tell», aber immerhin von Schiller. Das Zitat passt haargenau zur gegenwärtigen Situation des Schweizer Rechtsstaats.

Der Fluch der bösen Tat ist, dass die Schweizer Regierung zur damaligen Rettung der UBS ein fundamentales Prinzip aufgegeben hat: die bedingungslose Verteidigung der Rechtsouveränität des Landes. Das bedeutet, dass sie unter Anwendung von nur für Kriegszeiten gedachtem Notrecht Schweizer Gesetze ausser Kraft gesetzt hat. Dass es sich um das kritisierbare Bankkundengeheimnis handelte, tut dabei nichts zur Sache. Es war eine fatale Fehlentscheidung in der Abwägung, ob ein möglicher Untergang der Grossbank UBS, notabene aus eigenem Verschulden, gravierendere Auswirkungen hätte als die Kapitulation vor einem rechtsimperialistischen Übergriff der Grossmacht USA.

Das Ganze wurde damals als «einmalige Notmassnahme» verkauft, eine glatte Lüge. Schon zwei Jahre später sollte dieser Rechtsbruch mit der «Lex USA» zum Normalfall erhoben werden. Nachdem dieser Versuch, den Finanzplatz Schweiz der Rechtshoheit der USA zu unterstellen, im Parlament gescheitert war, wurde er in Form einer «Regierungsvereinbarung» in Kraft gesetzt, die nicht referendumsfähig ist und auch keine Zustimmung der Parlamentarier braucht.

Auf Drängen der eigenen Regierung wurden mehr als hundert Schweizer Finanzhäuser dazu verleitet, unter Verzicht auf jede rechtliche Gegenwehr und in Umkehr der wichtigsten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit den Unschuldsbeweis anzutreten. Beziehungsweise selbst und auf eigene Kosten alle Angaben zu liefern, anhand deren die USA nach Gutdünken entscheiden können, welche Bussen sie für Verstösse gegen US-Steuerrecht verhängen wollen. Unabhängig davon, ob diese Verstösse innerhalb der USA oder in der Schweiz stattfanden.

Das ist die unumkehrbare Vergangenheit, aber sie gebiert fortwährendes Ungemach. Ist einmal eine Bresche in die Rechtsstaatlichkeit geschlagen, marschieren alle weiteren Staaten der Welt auch hindurch. In vorderster Linie die deutsche Kavallerie. Diverse bundesrepublikanische Finanzämter verwenden sogar ge-

stohlene Kundendaten, deren Diebstahl sie gar anregen und honorieren. Die Schweizer Reaktion auch hier: den Widerstand aufgeben.

Das animiert zu weiteren Taten. Deutsche Staatsanwälte fordern inzwischen ungeniert und direkt Schweizer Banken telefonisch dazu auf, Datenmaterial zum grenzüberschreitenden Geschäft mit deutschen Kunden herauszurücken. Widrigenfalls wird mit der Eröffnung von Steuerstrafverfahren und der Einleitung von Ermittlungen wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung gedroht. Eine klare



Auf der Folterbank: Ex-Wegelin-Chef Hummler.

Verletzung der Schweizer Souveränität, wie die NZZ konstatiert.

Viele Schweizer Banken sind fett und impotent geworden, indem sie das Bankkundengeheimnis dazu missbrauchten, alle möglichen Gelder gewinnbringend aufzubewahren – und sogar ungeniert und unter Verletzung lokaler Gesetze im Ausland einzuwerben. Andererseits ist es eine Tatsache, dass die Schweiz punkto Geldwäscherei über die weltweit schärfsten Kontrollmechanismen verfügt, vor allem auch im Vergleich zu Deutschland. Per-verserweise ist es so, dass bis heute kein Schweizer Finanzunternehmen gesetzlich

dazu verpflichtet ist, den steuerlichen Zustand ihm anvertrauter Gelder zu überprüfen.

Das inkompetente Fehlverhalten vieler Schweizer Banken in der Vergangenheit ist nicht das Problem. Dass sie in der Finanzkrise darauf vertrauten, vom Rechtsstaat Schweiz geschützt zu werden, war nicht ihr Fehler, ist aber das Problem. Wenn die angeschlagene UBS eine Anklage in den USA wegen Verstössen gegen dort geltende Gesetze nicht überlebt hätte, dann hätte sie untergehen müssen. Selbst wenn das dramatische Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft gehabt hätte: Das wäre nichts im Vergleich zum Fluch der bösen Tat gewesen.

Verwandlung in ein Protektorat

Auch die Privatbank Wegelin vertraute darauf, dass ihr angesichts der Tatsache, dass sie in der Schweiz niemals gegen Gesetze oder Vorschriften verstossen hatte, der schützende Beistand des Staates sicher sei. Aber da sie nicht «too big to fail» war, musste sie sich, mangels Hilfe, selbst entleiben. Das war nach der ersten bösen Tat schon die zweite. Seither wissen alle Schweizer Finanzhäuser: Wenn wir von ausländischen Staaten bis in den Rechtsraum Schweiz hinein auf die Folterbank gelegt werden, müssen wir kapitulieren. Unser Rechtsstaat verteidigt uns nicht.

Daraus ergibt sich die unglaubliche Situation, dass eine der ältesten und stabilsten Rechtsnationen der Welt die wohl wichtigste Überlebensgarantie als Kleinstaat Stück für Stück aufgibt: Das ist neben der Verteidigung der territorialen Integrität die bedingungslose Gültigkeit eigener Gesetze innerhalb des Landes. Soweit sie nicht in ordentliche zwischenstaatliche Verträge eingebunden sind.

Wenn es so weitergeht, werden nach den US-Beamten auch Vertreter staatlicher Institutionen von beliebig vielen Ländern der Welt in Schweizer Bankhäusern Amtshandlungen nach ihren Gesetzen vornehmen. Damit würde sich die gerade ihre langjährige Unabhängigkeit feiernde Eidgenossenschaft in ein Protektorat, in eine Kolonie verwandeln. Nicht von fremden Truppen besetzt, aber von fremden Rechtssystemen beherrscht.

René Zeyer ist Journalist und Buchautor in Zürich. Beiträge von ihm erschienen im Buch «Die verschwiegene Geiselnahme – Der Steuerstreit der USA gegen die Schweiz». Offizin. 331 S., Fr. 36.60

Idol der schweigenden Mehrheit

US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump ist wichtig, weil er ein Botschafter all dessen ist, woran die USA kranken. Sollte sein narzisstischer Vergnügungstrip zum Bewusstsein dafür führen, dass dringend etwas getan werden muss, so wird dieser Zirkus nützlich gewesen sein. *Von R. James Breiding*

Donald Trump lässt sich kaum eine Gelegenheit entgehen, wichtige Bevölkerungsgruppen zu verunglimpfen oder sich abfällig über einen respektierten Gegner zu äussern. So beschimpft er etwa alle Mexikaner als «Drogendealer und Vergewaltiger», er beleidigt den Kriegshelden John McCain oder bezeichnet Frauen rüde als fette Schweine, Schlampen und widerliche Tiere. Und jedes Mal versichern seine Kritiker, dass er die Chance, Präsident des mächtigsten Landes der Welt zu werden, nun endgültig verspielt habe. Aber irgendwie scheint er nicht von der Bühne zu verschwinden, was ein wenig an Mark Twain erinnert, der einmal sagte: «Die Nachricht von meinem Tod ist übertrieben.»

Trump ist keineswegs am Ende. Jüngste Meinungsumfragen belegen, dass er populärer ist denn je. Er führt das Feld der Republikaner mit deutlichem Vorsprung an, einer Partei, der viele Leute die besten Chancen einräumen, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Warum kommt dieser aufgeblasene, grössenwahnsinnige Clown bei so vielen Amerikanern an? Und was sagt das über den Zustand der amerikanischen Demokratie?

Werte einer Gesellschaft

Der französische Soziologe Emile Durkheim war der Ansicht, dass Gesellschaften durch gemeinsame Werte zusammengehalten werden und durch das, was er «kollektives Gewissen» nannte. Wenn die soziale Ordnung zerbrösel (Durkheim sprach von «Anomie»), wissen die Menschen nicht mehr, was die gemeinsamen Werte einer Gesellschaft sind. Trump scheint eine Art Anlaufstelle oder Sprachrohr für Gruppen zu sein, die sich marginalisiert fühlen.

Als Quereinsteiger spricht er all jene an, die sich enttäuscht von der Politik abgewendet haben. Er setzt auf Konfrontation, was bei den Enttäuschten ankommt. Er ist unerschrocken, was bei den Ängstlichen ankommt. Und er ist ehrlich – das kommt bei all jenen an, die sich verdrängt fühlen.

In erster Linie spricht das Phänomen Trump aber diejenigen an, die Politiker verachten. Das Vertrauen der Amerikaner in die Politiker ist auf einem historischen Tiefststand angelangt. Die Menschen sind desorientiert. Weniger als dreissig Prozent geben an, dass sie der Regierung vertrauen, während es in den 1960ern noch fast achtzig Prozent gewesen waren. Gemäss einer jüngeren Gallup-Umfrage werden Ehrlichkeit und Moral der Kongressabgeord-

neten nur von zehn Prozent der Amerikaner als hoch eingestuft (damit landen sie auf dem vorletzten Platz – vor Gebrauchtwagenhändlern mit acht Prozent).

Die meisten von uns sehen in Trump einen marktschreierischen Clown, der von einem lächerlichen Auftritt zum nächsten stolpert und die Leute mit den irrwitzigsten Sprüchen zum Lachen bringt. Da aber nur wenige Amerikaner seinen Mitbewerbern vertrauen, kommt er immerhin als authentisch und erfrischend ehrlich herüber.

Andere sind frustriert. Amerika erlebt eine anhaltende Konjunkturschwäche, die Wachstumsaussichten bieten Anlass zu einiger Skepsis. Unternehmensgewinne und Aktienmärkte sind auf einem Allzeithoch, aber die einfachen Arbeitnehmer haben davon nichts. Die meisten sind zu der Erkenntnis gekommen, dass ihre Kinder schlechtere Chancen haben als sie selbst – zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte. Trump hat ein degoutantes Verhältnis zu Reichtum: Alles lässt er vergolden, und überall prangt sein Name in riesengros-



Authentisch und erfrischend ehrlich: Quereinsteiger Trump.

sen Lettern, aber für viele ist er jemand, der ein System besiegt hat, das zu besiegen immer schwieriger geworden ist. Trump teilt die Welt nicht nach Parteien oder in «rechts» oder «links» ein, sondern nach Siegern und Verlierern. Aus seiner Sicht wird das Land von Verlierern geführt, die all jene verachten, behindern und verspotten, die, wie er, das Land voranbringen wollen.

Und drittens: Trump macht den Ängstlichen Mut. Niedrigverdiener sind wütend, wenn sie ihren Job an illegale Einwanderer verlieren. Ironischerweise kommt Trumps Botschaft gerade auch bei jenem Teil der amerikanischen Gesellschaft an, der sich mit einem scheinbar unaufhaltsamen Bedeutungsverlust konfrontiert sieht – weissen Männern mittleren Alters. Trumps Popularität bei diesen Leuten, schreibt Jacob Weisberg, Chefredaktor von *Slate*, «ist Ausdruck eines neuen Selbstverständnisses weisser Männer, die sich im Wett-

bewerb der Opfer nicht mehr als Angeklagte, sondern als Ankläger sehen».

Jugendliche, die mit Sorge an die Lage auf dem Arbeitsmarkt oder an die Rückzahlung ihrer Studiendarlehen denken, ermutigt Trump zu jener Unbekümmertheit und Freiheit, die ihnen als Essenz des «amerikanischen Traums» vermittelt wurde. Rebellische Jugendliche neigen nicht zu Parteiloyalität, und darum finden sie die Tatsache, dass

Selbst wenn Trump nicht Präsident wird, wäre es falsch, ihn als Anomalie abzutun.

Trump seine Partei vor den Kopf stösst und sich nicht um politische Etikette schert, eher faszinierend als abstossend. Statt die Wähler zu irritieren oder Neid zu wecken, ist Trump vielmehr eine Art Projektionsfläche für die Aspirationen seiner Bewunderer. Er dürfte der einzige 69-Jährige sein, der sich ungestraft wie ein grossmäuliger Rapper benehmen kann.

Und schliesslich: Trumps Offenheit kommt bei der schweigenden Mehrheit an und bei all jenen, die sich an den Rand gedrängt fühlen. Als er von einer Moderatorin von Fox News, dem grössten konservativen Fernsehsender, auf seine wiederholten sexistischen Kommentare zu Frauen angesprochen wurde, antwortete er nur: «Ich werde von so vielen Leuten angegriffen, ich habe ehrlich gesagt nicht die Zeit, immer politisch korrekt zu sein. Und Amerika hat diese Zeit auch nicht!»

Seine Mitbewerber äussern sich – aus lauter Angst davor, wie sie in den Medien ankommen und interpretiert werden – dermassen vorsichtig, dass sie steif und einstudiert klingen. Diese politische Korrektheit verhindert jede ernsthafte Debatte über die realen Probleme der Wähler. Trump dagegen ist ein unbekümmerter Draufgänger, der sagt, was er denkt. Er spricht aus, was alle wissen, sich aber niemand zu sagen traut, auch wenn er auf diese Weise die wichtigste Wahlkampfregel ignoriert,

die besagt, dass für denjenigen, der laut denkt, die Risiken erheblich grösser sind als der Nutzen. Politiker haben gelernt, Freundschaften zu schliessen, Feinden aus dem Weg zu gehen und Fettnäpfchen zu vermeiden. Trump tut genau das Gegenteil: Er bewegt sich besonders gern auf vermintem Gelände.

All das hat zu einer Art Traumpartnerschaft zwischen ihm und den Medien geführt, einem symbiotischen Erregungszirkus, der Trumps Popularität immer weiter steigert und den Medien immer mehr Klicks verschafft. In dieser Phase des Wahlkampfes wird im Grunde nur beobachtet, wie viel positive Berichterstattung ein Kandidat erhält. Mehr Medienaufmerksamkeit bedeutet bessere Umfrageergebnisse, und die wiederum produzieren noch mehr Medieninteresse.

Wahlhelfer für die Demokraten

Es ist unwahrscheinlich, dass Donald Trump ins Weisse Haus einziehen wird, doch das bedeutet nicht, dass er auf das Wahlergebnis keinen Einfluss haben wird. Ralph Nader, der unabhängige Kandidat, vermasselte Al Gore im Jahr 2000 den Sieg, und Pat Buchanan, auch er ein aussichtsloser Protestkandidat, vermasselte George Bush senior 1992 den Sieg. Zurzeit spricht alles dafür, dass Trump den Demokraten (höchstwahrscheinlich unter Hillary Clinton) zum Sieg verhelfen wird.

Selbst wenn er nicht Präsident wird oder im Hintergrund als Strippenzieher für den Thron agieren kann, wäre es falsch, ihn als Anomalie abzutun. Seine Auftritte demonstrieren, dass er tief in den wesentlichen Strömungen der öffentlichen Meinung und all jener Segmente der Gesellschaft verwurzelt ist, die sich aus dem «kollektiven Gewissen» der Nation verabschiedet haben. Die eigentliche Gefahr für Amerika ist vielleicht nicht Donald Trump, sondern eine Wählerschaft, die ernsthaft bereit scheint, einem Mann wie ihm das höchste politische Amt im mächtigsten Land der Welt anzuvertrauen.

Donald Trump ist wichtig, weil er ein Botschafter all dessen ist, woran Amerika krankt. Sollte sein narzisstischer Vergnügungstrip zu einem grösseren Bewusstsein dafür führen, dass dringend etwas getan werden muss, so wird dieser Zirkus eine nützliche und obendrein unterhaltsame Exkursion gewesen sein. Wenn nicht, wird er ein beklagenswertes Zeugnis für den Zustand der amerikanischen Demokratie sein.

R. James Breiding ist Autor des Buchs «Swiss Made. The Untold Story Behind Switzerland's Success». Es wurde in sieben Sprachen übersetzt und gilt als massgebendes Werk über die Schweizer Errungenschaften in der Welt. Eine aktualisierte Version seines ersten Werkes «Wirtschaftswunder Schweiz» erscheint im Herbst im NZZ-Libro-Verlag. Für seine Forschung über die sozioökonomische Geschichte der Schweiz nahm ihn das Center for International Development der Universität Harvard als Fellow auf.

Aus dem Englischen von **Matthias Fienbork**.



Freistösse aus allen Lagen

Michel Platini will Sepp Blatter als Fifa-Präsidenten beerben. Sein Motto: «Der Fussball den Fussballern.» Das ist ein schöner Gedanke, wird aber romantische Illusion bleiben.

Von Peter Hartmann

Alles ist Fussball, der *foot* alles im Leben von Michel Platini, und niemand sollte sich täuschen lassen, wenn *Monsieur le président* morgens manchmal an Sitzungen auftaucht wie ein ungemachtes Bett, unrasiert, zerwühlte Haarsträhnen, ein gealterter charmanter Flegel. Vor zwei Jahren hat er immerhin aufgehört zu rauchen. Sieht so der nächste Dirigent des populärsten Spiels der Menschheit aus?

Wie der Mann, so sein Aussehen. Er hat sich diese Aura des Eulenspiegels bewahrt, diese spielerische, wachsamer taktische Schlaueit. Immer zwei Schritte weiter denken als der Gegner, so war er auf dem Platz und unlängst wieder im Chefbüro Sepp Blatters, als er den Walliser aufforderte, mit ihm einen Whisky zu trinken und zurückzutreten, was Blatter erst recht bewog, nochmals eine Wahl zu gewinnen. Platini schickte ein Bauernopfer vor, dessen Name schon wieder vergessen ist, und wartete, bis der ewige Präsident vor dem Skandal-Tsunami kapitulierte. Jetzt ist Platini bereit. Die Wahl ist auf den 26. Februar nächsten Jahres terminiert. Die Franzosen nennen ihn «Platoche». Das tönt nach einem Kerl mit breiter Sohle und nach *cartouche*, Patrone. Ein Scharfschütze, lebenslanglich mit der Prestigenummer 10 des Regisseurs auf dem Rücken, obwohl er sich als «Neuneinhalb» bezeichnete, weil er Tore am Laufmeter erzielte wie ein Mittelstürmer.

Zu fragil für den Berufsfussball

Seine Karriere erzählt die Biografie eines Vollblutfussballers von angeborenem Ehrgeiz. Platini nahm instinktiv die Tor- und die Lebenschancen wahr und tarnte sich mit der Attitüde genialer Schlampigkeit. Eines ergab sich aus dem andern, wahrscheinlich ohne Plan. Rückblickend betrachtet, ist Platini heute, mit sechzig Jahren, der logische und richtige Kandidat für das Fifa-Präsidentenamt, und Blatters anfängliche Patronage, vor dem Bruch der Zweckfreundschaft, war eine Entwicklungsepisode.

Platini war schon als blutjunger Spieler ein Hochbegabter, aber er schien zu fragil für den Berufsfussball. Sein Vater Aldo, ein Mathematiklehrer im lothringischen Städtchen Jœuf, 6000 Einwohner, eine halbe Stunde ausserhalb von Metz, trainierte auch die lokale Amateurm Mannschaft, und er ermunterte seinen Sohn, der immer kränklich war und dünn wie ein ausgehungertes Hündchen, Fussball zu spielen – auf der Strasse und auf Nebenplätzen, mit den Nachbarsjungen und nicht in einem der Internate, wie sie damals aufkamen

in Frankreich und eine grosse Spielergeneration vorbereiteten.

Seine Mutter Anna führte das Café auf dem Sportplatz, und Michel trieb sich dort gerne herum. Anna starb im vergangenen Mai im Alter von 89 Jahren und war glücklich, wie Michel erzählte, als sie am Vorabend noch mit Ehemann Aldo ein Heimspiel in Nancy besuchte.

Mit elf holte ihn der Vater in den Klub in Jœuf. Mit sechzehn wurden sie in Metz auf Michel aufmerksam und bestellten ihn zu einem Probetraining, aber da war er gerade verletzt. Ein Jahr später kam nochmals ein Aufgebot, doch der Spirometer-Atemtest fiel erbärmlich aus, der Arzt diagnostizierte auch eine Herzschwäche. Platini versuchte es dann bei der AS Nancy Lorraine, seinem Lieblingsverein, wo

Als einziges Exekutivmitglied der Fifa räumte er später ein, für Katar gestimmt zu haben.

sein Vater nebenher als Trainer arbeitete, und schoss für das Reserveteam auf Anhieb einen Hatrick. Er befreundete sich mit dem Torhüter Jean-Michel Moutier. Die beiden erfanden eine Barriere aus Schaumgummipuppen und übten nach jedem Gemeinschaftstraining noch eine halbe Stunde Freistösse aus allen Lagen.

Der schlaksige Platini, der das Schlabbertrikot über die Hosen hängen liess und nur aus Knochen, Augen und Haaren zu bestehen schien, schaffte rasch den Sprung in die erste Mannschaft und trug gleich siebzehn Tore zum Wiederaufstieg von Nancy in die erste Liga bei, die meisten mit Freistössen. Mit 21 unterschrieb er den ersten Profivertrag. Mit 24 und nach je zwei Arm- und Knöchelbrüchen wechselte er zur AS Saint-Etienne, dem führenden Kultklub, und gewann 1981 die Meisterschaft. Ein verdunkeltes Kapitel: Die Spielerlöhne in Saint-Etienne stammten aus schwarzen Kassen. Zudem war Platini der erste französische Fussballer, der persönliche Werbeverträge abschloss, und wurde deswegen von den Puritanern angefeindet.

In der Nationalmannschaft entwickelte er sich rasch zu einem natürlichen Leader, aber vor der Weltmeisterschaft 1982 erlebte der gehätschelte Publikumsliebbling ein privates Trauma: Sein *copain* Jean-François Larios, ein Machotyp, hatte ihm die Ehefrau Christelle ausgespannt. Die Affäre war ein Fressen für die Regenbogenpresse, bei den Auswärtsspielen wurde Michel vom Publikum verhöhnt. Unter diesem

schlechten Stern reisten die Franzosen zur Weltmeisterschaft 1982 in Spanien.

Ausgerechnet eine Niederlage bezeichnet Platini als das beste Spiel seines Lebens. Das weist ihn als Romantiker aus, «mehr Charles Aznavour als Charles de Gaulle», wie ihn die *Daily Mail* charakterisierte. Frankreich verlor den epischen Halbfinal gegen Deutschland in Sevilla erst im Penaltyschiessen. Platini entschloss sich, Frankreich, dem Land seiner Demütigung, den Rücken zu kehren, und unterschrieb bei Juventus Turin. Eine Heimkehr zu den Wurzeln. Sein Grossvater war als Maurer aus Agrate Conturbia in Piemont nach Frankreich ausgewandert. Mit Christelle versöhnte er sich wieder. Der Rivale Larios war der Verlierer dieser ausgeschlachteten *Ménage-à-trois*. Er wurde später Spielerberater und erhielt 2007 wegen Betrug und Veruntreuung zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Berufsverbot.

Ersatzsohn Gianni Agnellis

An der Europameisterschaft 1984 zelebrierten die Franzosen im eigenen Land unter dem Regisseur Platini sprudelnden Champagnerfussball und eroberten den Titel dank seines Freistosstors. Im Jahr danach erlebte er den makabren Tiefpunkt seiner Karriere, obwohl er für Juventus den Siegerpokal der Champions League hochstammte. Die Hooligans aus Turin und Liverpool hatten im Brüsseler Heysel-Stadion vor dem Spiel eine Panik entfacht, die 39 Todesopfer forderte. Platini erzielte den Siegtreffer mittels Penalty und brach in einen ungeheuerlichen, erschreckenden Torjubel aus. Später rechtfertigte er sich, die Mannschaften seien über das Ausmass der Tragödie nicht informiert gewesen.

Turin, sagt er, habe ihn Lebensweisheit gelehrt. Er war der Lieblingsspieler und eine Art Ersatzsohn Gianni Agnellis, der in Italien als Besitzer des Fiat-Imperiums und des Familienklubs Juventus den Respekt eines Monarchen genoss. Agnellis einziger männlicher Nachkomme war drogensüchtig. Der «Avvocato», wie der Padrone genannt wurde, inspirierte in stundenlangen Gesprächen Platinis philosophische Ader. «Er lehrte mich die Freiheit des Handelns, des Denkens, der Lebensart. Die Freiheit, zu tun, was ich will, mein Schicksal selber zu bestimmen, ohne auf das Geld zu achten.» Agnelli war Frühaufsteher und rief seine Gesprächspartner in der Reihenfolge seiner Wertschätzung an, weshalb Platini schon um sechs Uhr mit seinem Weckruf rechnen musste. 1987



Ausgerechnet eine Niederlage bezeichnet er als bestes Spiel seines Lebens: Michel Platini.

beendete Platini seine aktive Karriere. Er war erst 32, aber sein Körper spürte, dass es vorbei war. Seither kämpft er gegen Übergewicht.

Gescheiterter Putschversuch

Als *sélectionneur*, als Nationalcoach der *équipe tricolore* von 1988 bis 1992, blieb er erfolglos, danach befasste er sich als Co-Chef der Weltmeisterschaft 1998 in Frankreich mit Businessplänen und Marketing. Er fand in Sepp Blatter, der nach einem gescheiterten Putschversuch gegen den Patriarchen João Havelange vier Jahre zuvor, den Weltverband endgültig eroberte, einen mächtigen Freund. Umgekehrt stellte sich Blatter vorteilhaft in den Legendenglanz Platinis, der ihm selber fehlte.

Das Spiel den Spielern – ein schöner Gedanke, aber eine romantische Illusion. Michel Platini wurde 2007 Präsident der Uefa und stellte die Signale auf Expansion. Die Europameisterschafts-Endrunde wurde von 16 auf 24 Mannschaften aufgestockt. Ab 2018 läuft zudem eine permanente «Nation League» für alle europäischen Nationalteams. Die Champions League lässt bis zu vier Klubs pro Land zu, ein grosser Rest tummelt sich in der Euroliga. Die Spieler der Topklubs werden durch eine immer härtere Tretmühle gejagt.

Am 23. November 2010 sass Michel Platini, wie das Magazin *France Football* enthüllte, im Elysée-Palast mit Präsident Nicolas Sarkozy, dem Emir von Katar, Al Thani, und dessen Pre-

mierminister beim Mittagessen und lernte eine Lektion in Wirtschaftspolitik. Als einziges Exekutivmitglied der Fifa räumte er später ein, für Katar als Austragungsland der WM 2022 gestimmt zu haben. Platinis Sohn Laurent, ein Anwalt, erhielt einen Managementjob im katarischen Investmentfonds, der den Topklub Paris Saint-Germain besitzt.

Die Fifa den Spielern? Die äusseren Strukturen des Showbiz-Weltkonzerns sind reine Folklore mit einem Demokratiemäntelchen. Mit ihren 209 Mitgliedsverbänden wird die Fifa gerne mit einer Uno des Fussballs verwechselt. In der Uno bestimmt (oder verhindert) der Sicherheitsrat als Gremium der mächtigen Nationen die Entscheidungen. In der Fifa zählt Trinidad und Tobago gleich viel oder gleich wenig wie England oder Brasilien oder Deutschland. «Fussball den Fussballern» müsste bedeuten, dass Hunderte Millionen Fussballer den Präsidenten wählen und nicht eine in Klientelwirtschaft und Korruption verstrickte Funktionärs-Clique.

Wiederaufgetauchtes Krokodil

Platini hat mit dem «Financial Fairplay»-Programm der Uefa – das den Klubs ein ausgeglichenes Budget vorschreibt – viele Sympathien gewonnen, aber ausgerechnet das katarische Paris Saint-Germain wirft weiterhin mit Millionen um sich. Für Platini spricht, dass er die Uefa mit Sitz in Nyon skandalfrei und höchst erfolgreich führt. Sein Rivale Zico aus Brasilien – die beiden trafen sich 1986 an der WM in Mexiko im Viertelfinal, Platini verschoss im Elferschiessen, Zico traf und musste dennoch nach Hause – ist chancenlos, trotz einer einjährigen Erfahrung als Sportminister. An die Eignung des irrlichternden Diego Maradona glaubt wohl nur dieser selbst. Bleibt als Gegner Platinis der südkoreanische Industriemagnat Chung Mong Joon, 63, ein wiederaufgetauchtes Krokodil der alten Garde, das sich 2011 aus der Fifa verabschiedet hatte.

Chung holte – ein euphemistischer Ausdruck – die WM 2002, die ursprünglich Japan allein hätte durchführen sollen, auch nach Südkorea. Unvergessen, wie die Südkoreaner Italien aus dem Turnier warfen, nachdem der Schiedsrichter Byron Moreno aus Ecuador den italienischen Siegtreffer aberkannt hatte. Der gleiche Moreno wurde 2010 auf dem New Yorker John-F.-Kennedy-Flughafen mit sechs Kilogramm Heroin im Gepäck erwischt. Dann war die Reihe an den Spaniern, denen der ägyptische Unparteiische Gamal al-Ghandour im Viertelfinal gegen Südkorea zwei einwandfreie Tore stahl. Fifa-Präsident Blatter sah dringendst Handlungsbedarf. Für den Halbfinal Südkorea gegen Deutschland beorderte er eigenmächtig den Schweizer Urs Meier, der eigentlich für den Final vorgesehen gewesen war, als Retter der Glaubwürdigkeit auf den Platz.

Wie hätte Aznavour reagiert, wie de Gaulle? ○

«Mehr Miles Davis»

Er ist Aargauer, Schulversager und einer der besten Köche der Welt. Sein Restaurant in New York ist die Freiheitsstatue für Feinschmecker: Daniel Humm über den amerikanischen Traum, Schweizer Perfektion und Rüeblli. Von David Schnapp

Betritt man den grandiosen Art-Déco-Saal des «Eleven Madison Park» an der 11 Madison Avenue, Ecke 24th Street, betritt man ein Land des Lächelns. 160 Leute arbeiten hier. Beim Schweizer Benoît Violier, der ein halbwegs vergleichbares Drei-Sterne-Restaurant bei Lausanne führt, sind es nicht einmal halb so viele. Die Service- und Küchenarmee bewirte mittags fünfzig (dreimal wöchentlich) und abends neunzig Gäste (täglich). Das «EMP» liegt auf der San-Pellegrino-Liste von «The World's 50 Best Restaurants» auf Platz fünf. Der «Guide Michelin» und die *New York Times* geben Höchstnoten für das Lokal, das für Foodtouristen aus aller Welt eine Art Freiheitsstatue des Essens ist: Es gehört auf die Liste der Orte, die man besucht haben muss.

Die Gäste werden hier, im New Yorker Bankenviertel, auf eine Art behandelt, die selbst für die gehobene Gastronomie oder Hotellerie aussergewöhnlich ist. Der Schweizer Daniel Humm, geboren 1976, aus Stengenbach, Aargau, und der Amerikaner Will Guidara, geboren 1979, aus Sleepy Hollow, New York, haben ihren persönlichen Traum vom Restaurant verwirklicht und dazu gehört aussergewöhnliche Qualität, nicht nur in der Küche, sondern auch im Service.

Verlässt man seinen Tisch, um beispielsweise in der kleinen Lounge beim Eingang ein Telefonat zu erledigen, kann es sein, dass einem jemand einen erfrischenden Drink hinstellt, weil er denkt, das könnte einem jetzt eine Freude machen. Die Japaner nennen das «Omotenashi», die Kunst der raffinierten Gastfreundschaft. Im «Eleven Madison Park» ist es Teil eines aussergewöhnlichen Ess-Erlebnisses. Ständig wird man hier freundlich oder aufmunternd angelächelt, und dies geht weit über die dienstbeflissene amerikanische Servicementalität hinaus, die einem in New York sowieso an jedem rollenden Würstchenstand begegnen kann.

Das Restaurant war einst als gehobenes Bistro gedacht, Daniel Humm und Will Guidara wollten aber mehr. Humm hatte in San Francisco gearbeitet, nach einer Lehre in Schinznach AG und Stationen im «Baur au Lac» (Zürich), «Le Pont de Brent» (Brent), «Löwen» (Thörigen) und «Gupf» (Rehetobel). Der Gastronomie-Unternehmer Danny Meyer, dem das «EMP» gehörte, übertrug den forschenden Jungunternehmer schliesslich die Verantwortung für den Laden. Neun Jahre später gehört das «EMP» zu den prominentesten

Restaurants der Welt und – je nach Sichtweise und Geschmack – auch zu den besten.

Daniel Humm stand bei unserem Interview unter Strom. Der Mittagsservice war immer noch im Gange, Stammgäste warteten auf eine kurze Küchentour mit «Chef Daniel», in zwei Stunden musste dieser den Flieger nach Florenz erwischen, wo er zu einer Hochzeit erwartet wurde. Danach ging es an die Weltausstellung nach Mailand, dann zu einem Auftritt mit dem ebenso berühmten Kollegen Massimo Bottura aus Modena. Doch Humm war im Moment, als das Gespräch begann, tief entspannt. Auf seinem Gesicht lag eigentlich immer ein leises Lächeln.

Daniel Humm, was haben Sie heute gegessen?

Gegessen? Ich habe noch nichts gegessen. Doch, wir hatten ein *tasting* für das Sommermenü. Das Menü wechselt vier Mal im Jahr, und wir haben drei Köche hier, die nichts anderes tun, als neue Gerichte zu entwickeln. Sie gehören zu unseren wichtigsten Mitarbeitern. Wir arbeiten täglich an neuen Kreationen und einmal pro Woche probieren wir dann die Vorschläge durch.

«Ich war 25 Jahre alt und hatte nichts. Kein Geld, bloss zwei Koffer, und ich sprach kein Englisch.»

Was waren die neuesten Vorschläge?

Schweinekinn mit Wassermelonen-Radieschen und -Blüten. Dann Zucchetti mit Sardellen, die wir selbst zu einer fermentierten Sauce verarbeiten.

Waren Sie zufrieden, oder gibt es noch etwas zu tun?

Es gibt noch zu tun. Das Schwierigste in diesem Job ist es, Kreativität auf Abruf zu entwickeln. Darum bemühe ich mich schon lange. Es kann nicht sein, dass man mal gute Ideen hat und dann wieder keine Ideen. So funktioniert ein solches Restaurant nicht. Seit zehn Jahren versuche ich, ein System zu etablieren, das stetige Kreativität garantiert.

Die Quadratur des Kreises?

Es funktioniert nur als Gruppe. Denn dass man selber mal keine Idee hat, ist normal. Das gibt es ja auch bei euch Journalisten: die Schreibblockade.

Als Koch steht man dann in der Küche ...

... und hat einfach keine Idee. Oder nichts klingt gut genug. Deshalb muss es eine

Gruppe sein. Wir haben also diese drei Leute, die nur neue Gerichte entwickeln. Aber alle anderen Köche machen bei diesem Prozess auch mit. Das ist wichtig für die Kreativität, aber auch, damit die Leute sich als wichtiger Teil des Ganzen sehen können. Kennen Sie unsere Miles-Davis-Story?

Bitte erzählen Sie.

Eine einflussreiche Kritikerin in New York gab uns vor neun Jahren eine ausgezeichnete Bewertung, sie schrieb aber, das Restaurant könne mehr Miles Davis vertragen. Wir wussten zunächst nicht, was sie damit meinte. Haben uns dann aber intensiv mit Davis' Musik und seiner Arbeitsweise beschäftigt. Das hat uns die Augen geöffnet.

Was passierte danach?

Als wir hier anfangen, funktionierte es so: Ich hatte eine Idee, schrieb ein Rezept, gab es dem Koch und sagte: «Das ist das neue Gericht.» So hatte ich das gelernt, so haben das meine Chefs gemacht. Als wir aber gesehen haben, wie Miles mit vielen Leuten kollaboriert hat, wie er auch am Ende seiner Karriere mit jungen, interessanten Musikern zusammengearbeitet hat und das Beste aus jedem rausholen konnte, war das für uns sehr inspirierend. Am Ende war es trotzdem immer noch Miles' Musik, er war aber wie ein Chefredaktor, der auch nicht alle Ideen selber haben muss.

Ihr Stellenwert in der kulinarischen Welt ist mittlerweile enorm hoch. Plagt Sie manchmal die Angst, hohe Erwartungen nicht erfüllen zu können, keine Idee mehr zu haben?

Überhaupt nicht, aber ich kenne das unangenehme Gefühl, wenn alles auf den eigenen Schultern lastet. Aber klar, der Druck ist hoch, deshalb haben wir den Kreativbereich auch aufgestockt. Das war eine Investition in die Zukunft. Denn wir müssen immer weitergehen, man erwartet das von uns. Aber Angst macht mir das nicht.

Sie haben zwar keine Tellerwäscherkarriere gemacht – immerhin kamen Sie schon als Chef in die USA –, aber Sie haben trotzdem den American Dream wahr gemacht.

Das ist verrückt, nicht?

Schauen Sie manchmal ungläubig zurück?

Im November 2014 konnte ich ein Referat in Harvard halten und habe auch über meinen Werdegang gesprochen. Für mich war das ein wahnsinniger Moment. Ich konnte an einer der besten Universitäten der Welt einen Vortrag vor fünfhundert Leuten halten! >>>



«Meine Eltern machten viel durch mit mir»: Spitzenkoch Humm.

Sie sprachen über Säure – «Where is the acid?». Wenn man sich den Vortrag auf Youtube anschaut, hat man den Eindruck, Sie würden Ihre eigene Geschichte selbst nicht glauben.

Das stimmt, ich glaube es selber nicht so recht. Aber das ist ganz gut so. Mir geht es nicht darum, dass ich bekannt bin. Ich habe das Kochen extrem gern, das treibt mich an. Was mich jeden Tag aus dem Bett jagt, sind die Menschen und die Küche. Meine Verantwortung jenen gegenüber, die mit mir arbeiten, ist so gesehen grösser als jene den Gästen gegenüber. Das darf man jetzt aber nicht falsch verstehen ...

Stimmt die Legende, dass Sie bloss mit ein paar Messern nach Amerika kamen?

Ich war 25 Jahre alt und hatte nichts. Kein Geld, bloss zwei Koffer, und ich sprach kein Englisch.

2003 fingen Sie als Küchenchef im «Campton Place» in San Francisco an. Wie konnten Sie sich dann dort behaupten?

Wenn man jung ist, ist man zum Glück sorgenlos und denkt nicht lange nach. Ich wurde einfach reingeworfen und hatte keine Zeit, mich lange bei Fehlern und Problemen aufzuhalten. Meinen Köchen habe ich vorgezeigt, was ich wie haben wollte, und das ging ziemlich gut. In der Küche lernt man schnell.

Gab es Schwierigkeiten, Widerstände?

Am Anfang war es für mich sehr schwer, gute Produkte und talentierte Köche zu finden. Mich kannte ja niemand. Wenn man keine Beziehungen hat, ist das hart. Auch in einem grossen Hotelbetrieb zu arbeiten, war nicht einfach. Die Arbeitsgesetze in den USA sind sehr streng und kompliziert. Man muss Arbeits- und Ruhezeiten genau einhalten. Wenn ein Koch nach vier Stunden keine Pause machen kann, gerät man als Chef schnell in grosse Schwierigkeiten.

Hatten Sie Heimweh?

Ich war in den ersten fünf Jahren vielleicht ein- oder zweimal zu Hause. Erst heute, nach zwölf Jahren in den USA, reise ich öfter in meine Heimat. Doch zu Beginn war ich so in diesem Film, dass ich kaum einen Gedanken an etwas anderes als die Arbeit verschwendete. Ich hatte das Gefühl, eine einmalige Chance zu haben, die ich nutzen musste. Trotzdem hatte ich nie den Eindruck, auf etwas verzichten zu müssen. Und dann ist es halt schon so, die Arbeit ist mein Leben. Sie hat mir unglaublich viele Türen geöffnet. Ich habe dadurch so viele Menschen und Kulturen kennengelernt, das entschädigt mich für vieles.

Sie sind den American Way gegangen.

Ich habe mich sofort wohl gefühlt in den USA. Obwohl es hart ist, hier zu arbeiten und zu leben. Es gibt keine Sicherheiten wie in der Schweiz. Wenn man krank ist,

ist man krank. Wenn man arbeitslos ist, zahlt keine Versicherung den Lohn weiter. Andererseits sind die Möglichkeiten tatsächlich unbegrenzt. Was man investiert, erhält man zurück. Ich habe immer alles gegeben, und das wird in Amerika belohnt.

In der Schweiz wird oft darüber gesprochen, dass man die Ausländer integrieren müsse.

Wie haben Sie sich in Amerika integriert?

In der Küche fühle ich mich aufgehoben, dort verbringe ich die meiste Zeit. Und ob man in Europa oder in Amerika in der Küche steht: Küche ist Küche. Produkte sind Produkte, und Leute sind Leute. Aber es sind spezielle Leute, welche diesen Beruf wählen. Offene, neugierige Leute. In diesem Umfeld habe ich mich immer schon sehr wohl gefühlt. Mit der Sprache war es am Anfang

«Ein Rüepli ist nicht einfach ein Rüepli, es ist auch ein Luxusprodukt.»

schwierig, und heute kann ich fast kein Deutsch mehr. (*Lacht*) Aber ich habe zuvor auch in der Romandie gearbeitet und sprach kein Französisch.

Haben Sie in Amerika eine Sprachschule besucht, gab es staatliche Integrationshilfen?

Ich habe keine Schule besucht und auch keine Hilfe in Anspruch genommen. Wenn ich darüber nachdenke, ist das schon verrückt. Und es macht mich auch stolz. Es war schliesslich kein Unfall, dass ich dort stehe, wo ich heute eben stehe. Ich wollte das und habe extrem hart dafür gearbeitet. Ich glaube, ich habe härter dafür gearbeitet als andere.

Man sagt Ihnen einen fast unangenehmen Drang zur Perfektion nach. Stimmt das?



Ja, und es ist nicht einfach, damit zu leben, wenn man nie ganz zufrieden sein kann. Denn einerseits will ich die Perfektion, andererseits will ich aber auch, dass die Leute, die mit mir zusammenarbeiten, glücklich sind. Manchmal muss man zwar den Tarif erklären. Aber trotzdem: Je höher die Moral bei den Leuten, desto besser die Qualität, desto höher die Perfektion. Denn wenn wir ein neues Gericht haben, wenn wir es endlich fertig haben und auf die Karte setzen können, dann geht es darum, es hundertmal pro Tag perfekt hinzukriegen. Meine Überzeugung ist: Wenn man es einmal hinkriegt, geht es auch hundert-, tausendmal – es ist nur eine Frage des Systems. Wir machen alles mit System. Wir sind so gesehen gleich aufgestellt wie ein Fast-Food-Restaurant, das auch nur funktionieren kann, wenn das System perfekt ist.

In Ihrer Küche sollen sogar die Laufwege vorgegeben sein.

Das ist so. Ich will nicht, dass die Leute planlos in der Gegend herumlaufen. Wenn man von A nach B will, geht man da durch. Und wenn man wieder zurück von B nach A will, geht es dort lang.

Was man aus Schweizer Sicht vielleicht unterschätzt: Das «EMP» ist ein sehr grosses Restaurant.

Ja, wir servieren fünfzig Menüs am Mittag und neunzig am Abend. Das «Eleven Madison Park» hat 160 Angestellte, davon 70 Köche in zwei Brigaden. Wir haben aber auch sieben Abende die Woche und drei Mal mittags geöffnet. Eine Brigade macht drei Lunches und zwei Dinners, und die andere macht fünf Dinners. Das funktioniert tipp-topp. Der Vorteil, den wir gegenüber Europa hier wohl haben, ist, dass manche Gäste teilweise schon um 17.30 Uhr kommen, andere aber erst um 22 Uhr. So verteilt sich das gut.

Das System, von dem Sie sprachen, der Perfektionismus: Sind das typisch schweizerische Eigenschaften aus Ihrer Sicht?

Gut möglich, ich bin stolz auf meine Schweizer Herkunft. Je länger ich weg bin, desto mehr schätze ich das Land – das ist ja auch ganz typisch für viele Auswanderer. Und den Grad an Perfektion, der in der Schweiz alltäglich ist, finde ich faszinierend. Wenn ich bei meiner Mutter ein Jogurt esse, entsorgt sie anschliessend den Deckel, den Plastik und den Karton um den Plastik herum separat. Natürlich hat mich das geprägt.

Ist es eigentlich ein Zufall, dass einer Ihrer «Signature Dishes» das Karotten-Tatar ist?

Das ist reiner Zufall, ja.

Es hat also nichts mit dem Rüepli als Aargauer Wappengemüse zu tun?

Nein, aber das Gute an New York sind die vier stark ausgeprägten Jahreszeiten. Und das Hudson Valley oberhalb New Yorks ist wegen der guten Erde dort bekannt für sein Wurzel-



Land des Lächelns: «Eleven Madison Park».

gemüse. Das ist ja im Aargau und in der Schweiz auch so. So gesehen musste ich mich nicht gross umstellen. Jetzt habe ich einfach auch noch das Meer vor der Haustüre.

Wie ist es eigentlich, in New York im Rampenlicht zu stehen?

Die ersten fünf Jahre hier stand ich ja nicht gross im Rampenlicht. Wenn man dann mal drinsteht, ist es schwierig.

Warum?

Alle wollen etwas von dir. In New York ist alles, nach New York kommen alle. Was Rang und Namen hat, kommt einmal im Jahr sicher hierher. Und wir sind das Restaurant, in das alle wollen. Man will mit uns zusammenarbeiten, uns an Festivals einladen, mit uns Interviews führen. Wir müssen extrem viel nein sagen.

Fällt Ihnen das schwer?

Ja, als Koch ist man grundsätzlich grosszügig. Aber wir müssen 95 Prozent aller Anfragen abschlagen. Es geht einfach nicht.

Zurück zur Karotte: Wie bereitet man ein Rüebli zu, damit es maximal nach Rüebli schmeckt?

Well, das fängt immer mit der Qualität an, ein Rüebli ist nicht einfach ein Rüebli, es ist auch ein Luxusprodukt, und es gibt da viele Unterschiede. Dann gibt es verschiedene Rüebli. Die einen muss man kochen, damit sie den bestmöglichen Geschmack entfalten. Andere schmecken roh besser. Man muss auf das Produkt hören: Was braucht es? Übrigens: War eigentlich das Essen gut bei uns?

Es war sehr gut. Auf eine elegante Art schlicht in der Präsentation, dazu leicht

und säurebetont im Geschmack. Das hat mir gut gefallen. Die Erbsen waren die besten Erbsen, die ich je gegessen habe. Ebenso der Spargel, die Karotte, die Ente ...

Was wir zurzeit kochen, kommt direkt aus meinem Herzen. Es ist genau das, was ich immer machen wollte. Wenn man jung ist, schafft man das nicht. Dann will man da noch etwas machen, dort noch etwas drauflegen. Heute kann ich mich auf das Wesentliche beschränken. Zum Glück ist das Restaurant immer ausgebucht. Wir können eigentlich machen, was wir wollen. Allerdings haben wir uns dieses Privileg sehr hart erarbeitet.

Man sieht Sie häufig lächeln: Wie wichtig ist Ihnen Humor bei der Arbeit?

Das ist sehr wichtig. Ich verbringe so viel Zeit im Restaurant, da möchte ich es einfach gut und schön haben. Sonst verliere ich die Freude an der Arbeit. Natürlich haben wir es nicht immer lustig. Jeder weiss auch, wann es Zeit ist, Witze zu machen, und wann es ernst gilt.

Und Humor auf dem Teller?

Es ist so: Wir nehmen das, was wir machen, extrem ernst. Uns selber aber nehmen wir nicht so ernst. Das merkt auch der Gast. Wenn man Roger Federer zuschaut, sieht das leicht und selbstverständlich aus. Der schwitzt ja nicht einmal. So muss es – auf unser Restaurant übertragen – auch sein: Alles soll locker und leicht daherkommen. Wenn alle schwitzen und angestrengt sind, weil es so schwierig hinzukriegen ist, dann wird es nicht gut.

Sie waren ja auch ein talentierter Sportler und bewegen sich immer noch viel, laufen Marathon, fahren Velo: Gibt es Parallelen zwischen Sport und Küche?

Auf jeden Fall. Ich war ja Mitglied der Schweizer Mountainbike-Nationalmannschaft und habe schon früh viel trainiert. Velofahren ist ein Ausdauersport wie das Kochen, und für beides braucht man ein Team. Ich wusste aber, dass ich nicht gut genug war, um den Sport zu meinem Lebensinhalt zu machen.

Aber beim Kochen waren Sie sich sicher?

Ja, das wusste ich, das wurde dann mein Sport. Ich sagte mir: «Wenn ich es als Velofahrer nicht schaffe, dann schaffe ich es als Koch.»

Sie haben nicht mal die Schule abgeschlossen, waren aber in Harvard ...

Cool, nicht? Ich bin in der achten Klasse von der Schule geflogen. Meine Eltern machten viel durch mit mir. Aber ich wollte kochen, das macht mir unglaublich grosse Freude.

Immer noch?

Ja, immer noch.

Ende September 2015 kehrt Daniel Humm erstmals als Koch wieder in die Schweiz zurück. Im Zürcher Hotel «Baur au Lac», wo er für einige Zeit gearbeitet hat, wird er vom 29. September bis 3. Oktober zu Gast sein und «Gerichte kochen, die eine wichtige Rolle in meinem Leben gespielt haben», wie er sagt.

Die einfachste, schnellste und effizienteste Kundenbindung für Unternehmer

Pazdeal.com

Ab 900 CHF im Jahr (75 CHF p/M)

Mit Pazdeal steigern Sie Ihren Umsatz nicht nur mit Ihren bestehenden Kunden, sondern gewinnen auch ständig neue dazu. Auf Knopfdruck verschicken Sie Ihre Angebote gleichzeitig über Email, soziale Medien sowie Pushnachrichten, direkt an Ihre Kunden.

- 👉 Angebotstext eingeben
- 👉 Bild dazu hochladen
- 👉 Start- und Enddatum eingeben

senden 

Verlangen Sie jetzt eine unverbindliche Beratung und Offerte über kontakt@diemarktpartner.ch oder registrieren Sie sich für ein unverbindliches Probeabo bei www.pazdeal.com

Laden Sie sich kostenlos Ihre Pazdeal App für iOS und Android auf Ihr Smartphone.



Exklusiv Vertrieb über:



DIE MARKTPARTNER

Die Marktpartner – Bastianelli & Stutzmann,
8912 Obfelden
www.diemarktpartner.ch



Beutestück voyeuristischer Besitzgier: Lenny Kravitz (hinter der Kamera) in Florenz.

Alles Banane

Von Daniele Muscionico

Wer ist hier der Affe? Wer wird begafft? Wer kein Mitleid mit Zootieren kennt, der hat hier welches für einen Rockstar. Denn so ist es, einer zu sein, ein öffentliches Bühnentier. So ist es, der Öffentlichkeit zu gehören und beim Bummel in Florenz Augenfutter für Touristen zu sein; ein Beutestück voyeuristischer Besitzgier wie irgendeine moderige Reliquie auch.

Hier gefällt der Meute nicht der Armknochen eines grossherzigen Heiligen. Und auch nicht die neuste Mode von Pucci, Gucci & Co. Hier gefällt einer, der den Spiess umdreht und die Kamera auf die Menge richtet, die ihn mit ihren Kameras auf Schritt und Tritt folgt – es ist Lenny Kravitz, der gute Mensch von Florenz.

Warum «guter Mensch»? Weil Kravitz auch ganz anders könnte. Weil er das Gesicht der Meute, die sich zum Affen macht, nicht als Fratze zeigt, sondern lediglich als ähnlich kopflos oder geistlos wie die Schaufensterpuppen auch.

Lenny Kravitz, der schönste nackte Oberkörper zur schönen Stimme aus Brooklyn, ist bekanntlich vieles. Musiker und Schauspieler, Komponist und Designer. Er trägt seine vielen Talente mit Würde, und ähnlich stolz trägt er seit Jahren seine Leica um den Hals. Kritiker spotten, es müsste längst ein Modell der Leica-Kamera nach ihm benannt werden. Wieder andere freuen sich, weil er jetzt endlich auch seine Fotos öffentlich macht. Kravitz, der ambitionierte Fotograf, zeigt sie in Ausstellungen und in einem Bilderbuch, es ist eine Art Konzert- oder Reisetagebuch entlang der Spuren der Grosstadtkarawanen, bestehend aus Groupies, Reportern und anderen Medienzecken.

Im Februar hat Kravitz in Los Angeles seinen ersten Auftritt als Fotograf gemeistert, vor kurzem hat er in Deutschland Wetzlar erobert, die Stadt der Leica-Firmenzentrale. Jetzt kann man Kravitz, Paparazzi imitierend, auch in Wien besichtigen, für alle die, denen es nicht genügt, ihn kürzlich in Montreux oder Locarno als Musiker zu Gesicht bekommen zu haben. Und dort zig Speicherkarten mit Jagdtrophäen gefüllt zu haben, Fotos, die auf Festplatten niemals alt werden.

Denn das ist ja der Clou. Dieses Bild könnte von gestern oder vorgestern stammen, oder vielleicht sogar aus der Zeit, als Höhlenmenschen in Nachbarhöhlen etwas entdeckten, was ihnen den Mund offenstehen liess. Der Mensch ändert sich so wenig wie die Banane.

Lenny Kravitz: «Flash» – Ausstellung in der Galerie Ostlicht, Wien, bis 22. August. Das Buch dazu erschien im Verlag Teneues.



Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Paula Hawkins:** *Girl on the Train – Du kennst sie nicht, aber ... (Blanvalet)*
- 2 (2) **Lori Nelson Spielman:** *Nur einen Horizont entfernt (Fischer Krüger)*
- 3 (3) **Jean-Luc Bannalec:** *Bretonischer Stolz (Kiepenheuer & Witsch)*
- 4 (4) **Guillaume Musso:** *Nacht im Central Park (Pendo)*
- 5 (6) **Lori Nelson Spielman:** *Morgen kommt ein neuer Himmel (Fischer Krüger)*
- 6 (5) **Steven Watson:** *Tu es. Tu es nicht (Fischer Scherz)*
- 7 (7) **Fredrik Backman:** *Oma lässt grüssen ... (Fischer Krüger)*
- 8 (8) **Martin Suter:** *Montecristo (Diogenes)*
- 9 (–) **Sarah Lark:** *Die Legende des Feuerberges (Bastei Lübbe)*
- 10 (9) **Jilliane Hoffman:** *Samariter (Wunderlich)*

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** *Darm mit Charme (Ullstein)*
- 2 (4) **Christof Gertsch, Benjamin Steffen:** *Ariella Kaeslin – Leiden im Licht (NZZ Libro)*
- 3 (2) **Per J. Andersson:** *Vom Inder, der ... (Kiepenheuer & Witsch)*
- 4 (–) **Duden – Die deutsche Rechtschreibung (Bibliographisches Institut)**
- 5 (–) **Walter Mischel:** *Der Marshmallow-Test (Siedler)*
- 6 (6) **Wilhelm Schmid:** *Gelassenheit (Insel)*
- 7 (3) **Millie Marotta:** *Fantastische Tierwelt (Christophorus)*
- 8 (8) **Ajahn Brahm:** *Der Elefant, der das Glück vergass (Lotos)*
- 9 (5) **Jürgen Todenhöfer:** *Inside IS ... (Bertelsmann)*
- 10 (–) **Ella Woodward:** *Deliciously Ella (Berlin)*

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Obamas Liste

So viel ist sicher: Der US-Präsident hat einen untadeligen Geschmack. Keiner der wirklich wichtigen Musiker scheint auf der Liste seiner liebsten Urlaubssongs zu fehlen, die er kürzlich publiziert hat. Von Frank Sinatra über John Coltrane, Rihanna, Rolling Stones bis zum Jungstar Lianne La Havas ist alles vorhanden. Obamas Liste berücksichtigt aber beileibe nicht nur das Offensichtliche, der Präsident beweist wirkliches Urteilsvermögen in Sachen populäre Musik. Während Angela Merkel, wie man es von einer Politikerin erwartet, in Bayreuth sich die neuste Wagner-Inszenierung zu Gemüte führt, hört sich der mächtigste Mann der Welt jene Musik an, die einst noch für Rebellion gegen das Establishment stand. Was vor allem zeigt: Der Musikgeschmack hat als zuverlässiger politischer Kompass ausgedient. (tw)

Literatur

Ständig klappern die Jimmy-Choos

Philipp Tingler wollte den grossen Zürcher Gesellschaftsroman schreiben. Herausgekommen ist eine seichte Verwechslungskomödie mit bemüht intellektuellem Antlitz. Von Rico Bandle

Im «Literaturclub» des Schweizer Fernsehens, einer Runde mehrheitlich blasser Feuilletonisten, ist Philipp Tingler mit seinem Bodybuilder-Körper und lustigen T-Shirts ein willkommener Farbtupfer. Ohne jegliche Hemmung plaudert er jeweils drauflos, provoziert die gestandenen Kritikerkollegen, zerreisst auch gnadenlos Bücher, welche die anderen gut finden.

Nun hat der in Berlin geborene und seit vielen Jahren in der Schweiz lebende Autor wieder einmal selber einen Roman herausgegeben. Wie würde er ihn wohl beurteilen, wäre er nicht von ihm selbst? Gut möglich, dass er ihn in Grund und Boden stampfen würde – er hätte durchaus Grund dazu.

Der Roman sollte, so die Affiche, eine Parodie auf die bessere Zürcher Gesellschaft sein. Im Zentrum stehen zwei Freunde: Oskar, ein erfolgloser, aber wohlhabender Schriftsteller, und Viktor, ein unglücklicher, aber ebenso wohlhabender Banker. Da Viktor seine zerrütete Ehe retten möchte, aber nicht willens ist, selbst in die Eheberatung zu gehen, übernimmt das Oskar für ihn. In den Therapiestunden breitet Oskar genüsslich die Probleme seines Freundes aus, als wären es seine. Dies führt, wie in einer klassischen Verwechslungskomödie, zu zahlreichen Konfusionen. Der Schwindel fliegt erst durch einen Zufall auf. Überhaupt gibt es in diesem Buch viele Zufälle. Man wähnt sich beim Lesen zuweilen in einem Bernhard-Theater-Schwank: Dauernd taucht zum ungünstigsten Zeitpunkt unerwarteterweise eine unerwünschte Person auf, wodurch die Figuren in unangenehme Situationen geraten.

Eigenfettkonto beim Hausarzt

Wegen Tinglers ausgeprägtem Hang zur Geschwätzigkeit kommt die Story nur zähflüssig voran. Vor allem aber versucht der Autor, die Banalität seiner Geschichte mit intellektuell klingenden Ausdrücken und Philosophenzitaten zu kaschieren. Ständig stolpert man über bemüht eingeflochtene Fremdwörter, die den Anschein von Tiefgang erwecken sollen: «junonische Schultern», «gepflegte Indolenz», «Panäler», «seltsam enthusiastisiert».

Tinglers wohlstandsverwöhnte Zürichberg-Figuren beschäftigen sich, ganz dem Klischee entsprechend, unentwegt mit ihrem «Eigenfettkonto beim Hausarzt», ihrem Personal Trainer oder ihrem Innendekorateur; die Frauen tragen alle Jimmy-Choo-Schuhe und sehen dank plastischer Chirurgie aus, als kämen sie



Manierierte Null-Aussage: Autor Tingler.

«aus einer Fabrik für Sexroboter». Sie reden sich vorzugsweise mit albernen Kosenamen an, «Schätzchen», «Liebling» oder was auch immer, selbst wenn sie gar kein Paar sind. Dabei hat ihnen der Autor sonst schon originelle Namen gegeben: Millvina Van Runkle, Gwendolyne Rosenstock, Viktor Hasenclever.

Wie es sich für einen Gesellschaftsroman gehört, macht Tingler Andeutungen auf real existierende Zürcher Persönlichkeiten. Da ist die Rede von «Ex-Rohstoffhändlern, die mit Ex-Schönheitsköniginnen liiert sind», von «einer Chefredakteurin und ihrem Ehemann, dem Erben einer Supermarktkette», da wird über einige halbwegs bekannte Klatschreporter gelästert. Wer ist wohl gemeint? Wer kommt alles vor? Immerhin dieses Ratespiel funktioniert.

Seinem Helden, Oskar, legt der Autor am Schluss folgende Erkenntnis in den Mund: «Es gibt nichts Neues in der Welt, nur die Entfaltung präformierter Substanzen. Das ist heutzutage in der postmetaphysischen Trivialität der Spätmoderne ein wenig verblasst.» Eine manierierte Null-Aussage, die bezeichnend ist für einen Roman, der genau so oberflächlich ist wie das Milieu, das er zu entblößen versucht.

Philipp Tingler: *Schöne Seelen.* Kein & Aber. 352 S., Fr. 28.60. Ab Montag im Buchhandel.

Beneidenswerte Eleganz

Mit der Ernennung von Riccardo Chailly zum neuen Chefdirigenten ist Lucerne-Festival-Direktor Michael Haefliger ein Coup gelungen.

Von Christian Berzins

«Humor» ist diese Wochen Thema beim Lucerne Festival, dunkle Melancholie herrschte hingegen bis Festivalbeginn in der Leuchentstadt vor. Trübe Stimmung kann dieses Festival, wo der Glanz und die Sponsorenmillionen zum Programm gehören, aber nicht brauchen: Der bloss zu fünf Prozent subventionierte 26-Millionen-Laden muss brummen. 26 Millionen für ein paar Wochen Konzerte sind enorm viel. Unlängst hat Intendant Michael Haefliger gesagt: «Das Lucerne Festival ist auf dem freien Markt, wir merken sofort, wenn der Kartenverkauf mal schlechter ausfällt – wir können auch bankrottgehen, müssen sehr unternehmerisch denken.»

Wie unternehmerisch Haefliger denken kann, hat er in den letzten sechzehn Jahren bewiesen. Doch wenn es um die Nachfolge von Claudio Abbado, dem legendären, 2014 verstorbenen Chefdirigenten des Lucerne Festival Orchestra (LFO), ging, herrschte auch bei ihm seit letztem Herbst Ratlosigkeit. Gegen aussen jedenfalls. Der Chefdirigentenposten ist einer der Grundpfeiler des Festivals: Das nur im Sommer bestehende Orchester ist der Festival-Botschafter, sein Dirigent weltweit ein Lucerne-Leuchtturm. Jetzt leuchtet er endlich wieder, denn letzten Donnerstag stieg weisser Rauch über dem Pilatus auf – der Italiener Riccardo Chailly ist ab 2016 für fünf Jahre Chef des Orchesters. Eine zukunftsweisende Wahl.

«Würde Sie das reizen?»

Der Italiener ist ein impulsiver und leidenschaftlicher Dirigent – ein Alleskönner, der die besten Orchester der Welt geleitet hat und leitet, der seit vielen Jahren Stammgast beim Lucerne Festival ist, aber fern des trällernden Klassik-Zirkus lebt. Will heissen: Man kann auch Stardirigent sein, ohne das Wiener Neujahrskonzert dirigiert zu haben. Zurzeit ist der 63-jährige Erster Gastdirigent der Mailänder Scala und Chefdirigent des famosen Gewandhausorchesters Leipzig.

Vor einem Jahr sass ich in seinem Büro in Leipzig, sprach mit ihm unter anderem über den verstorbenen Claudio Abbado und stellte dann die Frage: «Maestro, Abbados Luzerner Idee des Orchesters der Freunde, würde Sie das reizen?» Er nickte und sagte: «Ich hoffe, dass man das auch in Leipzig mit meinem Gewandhausorchester spürt. Ich habe hier wunderbare Menschen kennengelernt, da herrscht nicht nur auf der Bühne gegenseitig viel Sympathie.

Das ist für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ungemein wichtig. Allerdings braucht es auch Disziplin, und die beruhte einst wohl auf einer Dirigentendiktatur. Die Disziplin ist aber eine Folge der Liebe, die wir zueinander haben.» Die Worte hätten auch von Abbado sein können – ein Dirigent, der Chailly sehr nahestand.

Die Topstelle in Luzern ist also besetzt, die grossen Sinfoniekonzerte 2015 haben sich gut verkauft, sind allerdings nicht ausverkauft. Und so hat denn Haefliger gemerkt, dass er seine Kernwerte besser kommunizieren muss, dass es noch mehr Öffnung braucht. Öffnung heisst für Haefliger nicht (nur), dass man auf irgendwelchen Plätzen eine Handvoll peruianische Artisten tanzen oder ein paar Barpianisten aufspielen lässt, sondern dass man die grossen Festivalkünstler in neuem Umfeld allen präsentiert: gratis. Das neue Format «Lucerne Festival 40 min» schlug letzten Sommer ein. 500 Leute mussten beim Auftritt von Dirigentenstar Simon Rattle abgewiesen werden, fast 1000 waren aber im Saal. So entsteht eine Festivaleuphorie, so gehen auch die 320 Franken teuren Karten für die Sinfoniekonzerte weg.

Doch bei allem dramaturgischen Zauber – von *artiste étoile* bis *composer-in-residence*: Am meisten diskutiert wurde letztes Jahr eben doch die Frage, ob es Andris Nelsons mit seinen Auftritten geschafft hatte, die Legende

Abbado am Pult des Festspielorchesters zu ersetzen. Die Frage war falsch. Der junge Lette konnte die alte Symbolfigur des Festivals nicht ersetzen.

Diesen Sommer dirigiert Nelsons nur einen Teil der Konzerte des Festspielorchesters. Die glamouröse Eröffnung leitete mit Bernard Haitink ein 86-Jähriger: wahrlich nicht die Zukunft des Festivals. Haitink genoss denn auch mehr die phänomenale Kunst des Lucerne Festival Orchestra, als dass er ihm deutend einen Stempel aufdrückte. Mit Chailly hat man ab 2016 einen ganz anderen LFO-Chef. An der Scala ist er bereits in den Fussstapfen von Riccardo Muti und Abbado – und reüssiert. Warum soll ihm das in Luzern nicht auch gelingen?

Mit der Wahl Chaillys ist auch klar, dass Dirigentenprinz Simon Rattle (noch) nicht Abbado-Nachfolger wird. Was aber für Luzern spricht, denn Rattle ist seit letztem Jahr das Aushängeschild der Luzerner Academy, wo junge Musiker und Dirigenten sich mit den Klassikern der Moderne auseinandersetzen. Rattle ersetzt Komponistenlegende Pierre Boulez, der jahrelang für die drei Luzerner Polyglott-Sterne sorgte: Die Academy war ebenso wie das Abbado-Orchester «eine Reise wert». Mit Rattle als Leitfigur kann das ähnlich gut kommen.

Michael Haefliger führte das Lucerne Festival beneidenswert elegant aus der Depression. A-Dur-helles Champagnerlachen beherrscht die Stadt dieser Tage.

Lucerne Festival: bis 13. September



A-Dur-helles Champagnerlachen: Riccardo Chailly.

Top 10

Knorrs Liste

1	Anime nere	★★★★★
	Regie: Francesco Munzi	
2	La isla mínima	★★★★★
	Regie: Alberto Rodríguez	
3	The Second Mother	★★★★☆
	Regie: Anna Muylaert	
4	Mission: Impossible 5	★★★★☆
	Regie: Christopher McQuarrie	
5	Paper Towns	★★★★☆
	Regie: Jake Schreier	
6	The Man from U.N.C.L.E.	★★★☆☆
	Regie: Guy Ritchie	
7	Ant-Man	★★★☆☆
	Regie: Peyton Reed	
8	Fantastic Four	★★★☆☆
	Regie: Josh Trank	
9	Self/less	★★★☆☆
	Regie: Tarsem Singh	
10	Pixels	★★★☆☆
	Regie: Chris Columbus	

Kinozuschauer

1 (1)	Mission: Impossible 5	31 872
	Regie: Christopher McQuarrie	
2 (2)	Minions (3-D)	31 562
	Regie: K. Balda / P. Coffin	
3 (-)	Trainwreck	10 848
	Regie: Judd Apatow	
4 (-)	The Man from U.N.C.L.E.	9 240
	Regie: Guy Ritchie	
5 (3)	Magic Mike XXL	7 767
	Regie: Gregory Jacobs	
6 (-)	Fantastic Four	7 762
	Regie: Josh Trank	
7 (-)	Self/less	7 222
	Regie: Tarsem Singh	
8 (4)	Pixels	5 378
	Regie: Chris Columbus	
9 (-)	Barbie: Rock' N Royals	3 501
	Regie: Karen J. Lloyd	
10 (6)	Paper Towns	3 492
	Regie: Jake Schreier	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Kein Ort ohne Dich (Fox)
2 (1)	Focus (Warner)
3 (3)	American Sniper (Warner)
4 (2)	Seventh Son (Universal)
5 (9)	Kingsman: Secret Service (Fox)
6 (7)	Chappie (Sony)
7 (6)	Wild Card (Ascot Elite)
8 (4)	Fifty Shades of Grey (Universal)
9 (5)	Still Alice (TBA)
10 (-)	The Boy Next Door (Universal)

Quelle: Media Control



Hochofen im Schädel: Billy Hope (Jake Gyllenhaal) in «Southpaw».

Kino

Brüllorgien und Blutgegurgel

Im Boxerfilm zeigt sich der Kampf um Ruhm und Erfolg in unverstellter Rohheit. Jake Gyllenhaal in «Southpaw» will aber mehr. Von Wolfram Knorr

Das amerikanische Kino liebt die effektiv krachenden Konfrontationen zweier selbstbewusster Kontrahenten, den Showdown. Deshalb ist es vernarrt in den Boxerfilm, das körperbetonteste Monstrum, das alles bietet: von Liebe über Lug und Betrug bis Mythos und Märchen. Von anderen Genrefilmen unterscheidet sich der Boxerfilm nicht durch die Rabulistik, sondern durch die perfektionistisch choreografierten Körperexzesse in der Boxhalle als fiebrigem Treibhaus des Lebens. In seinem Zentrum der Ring, die Tretmühle um Reichtum und Ruhm, die sich in atavistischer Rohheit als Blutgegurgel erstickender Brüll- und Fausthieborgien darbietet.

Es ist die physische Wucht, welche exzessverliebte Hollywood-Mimen in den Ring lockt wie etwa Robert De Niro («Raging Bull») oder Sylvester Stallone («Rocky»). Hier können sie in glänzendem Schweiss nicht nur ihre Bizepse vorführen, sondern – viel wichtiger – ihre Method-Acting-Mimikry zum Glühen bringen, als hätten sie statt eines Hirns einen Hochofen im Schädel. Jake Gyllenhaal («Nightcrawler») ist der Roheisenwummerer, der die Rolle eines Halbschwergewichtsboxers so furchterregend nahe an sich heranzieht, dass die Grenze zwischen privat und gespielt fast aufgehoben wird. Auf dieser Grenze balancierte schon Robert De Niro als Jake LaMotta in «Raging Bull» mit

derber Bonhomie. An ihm orientierte sich auch Jake Gyllenhaal; und wie sein fiktiver Boxer Billy Hope war der authentische LaMotta ein Linkshänder, der als «verhinderter Rechtsausleger» (*southpaw*) kämpfte.

Ein solcher Aussenseiter ist Billy Hope in Antoine Fuquas «Southpaw». Als schwerer Junge aus dem Waisenhaus boxte er sich in die soziale Beletage, mit Frau und Kind, Luxushaus und Millionen auf dem Konto. Gerade hat er zum vierten Mal seinen Weltmeistertitel in seiner Gewichtsklasse verteidigt und soll auf Anraten der Gattin (Rachel McAdams) ein Jahr pausieren. Doch sein geschniegelter, teflenglatte Manager mahnt seine hohen Ausgaben an und lockt ihn mit einem 30-Millionen-Angebot. Da geschieht das Malheur: Bei einem Zwischenfall während einer Gala wird Billys Frau aus Versehen erschossen, und der seelische und soziale Absturz des Weltmeisters beginnt – leider auch der Logikzerfall dieses uramerikanischen Erfolgsmärchens nach dem Motto «Ich lass mich nicht unterkriegen, auch wenn ich mal falle». Dass er plötzlich arm wie eine Kirchenmaus ist und bei einem legendären Trainer (Forest Whitaker) neu anfängt (ein vierfacher Weltmeister!), ist frei von jeglicher Glaubwürdigkeit.

Vermutlich hat Autor Kurt Sutter, von dem immerhin die TV-Serie «Sons of Anarchy» stammt, zu diesem Brecheisen gegriffen, um die

gloriose Wiederauferstehung seines gefallen Engels ruckizucki rockymässig und passionsstark zu zelebrieren. Denn dem seelisch wie körperlich zermöbelten Billy geht es nicht mehr um Ruhm, sondern um seine zehnjährige Tochter Leila (Oona Laurence), die er, nachdem er auch noch in den Drogen versackte, zurückgewinnen will. Höhepunkt des hohlen Pathos ist Billy als Zauberlehrling eines Trainers, der eine ganz, ganz neue, raffinierte Taktik draufhat.

So bleibt von «Southpaw», dessen Ende gnadenlos voraussehbar ist, nur Jake Gyllenhaal, der mit vibrierender Power und unglaublich physischer und motorischer Präsenz die Unsinnstory über weite Strecken vergessen lässt. ★★★☆☆

Weitere Premieren

She's Funny That Way — Screwballkomödien sind die turbulentesten Blendwerke des Kinos. Von der Handlung über die Dialoge bis zum richtigen Timing sind sie pure Artistik. Totaler Feinschliff ist das A und O. Ein Altmeister des New Hollywood, der 75-jährige Peter Bogdanovich («Last Picture Show»), der die Filmgeschichte und folglich die Klassiker der Screwballs aus dem Effeff kennt, hat, von Wes Anderson mitproduziert, in glänzender Besetzung (Owen Wilson, Jennifer Aniston et cetera), eine solch turbulente Broadway-Farce mit Eleganz inszeniert. ★★★☆☆



Pure Artistik: «She's Funny That Way».

Fragen Sie Knorr

Gerade ist der neue «Fantastic Four»-Film angelaufen. In den neunziger Jahren soll der deutsche Produzent Bernd Eichinger eine Version gedreht haben, die nie ins Kino kam. Stimmt das? K. S., Zürich



Bereits Mitte der achtziger Jahre erwarb Eichinger von Marvel die Filmrechte. Der Vertrag hatte nur einen Haken: Bis Anfang der Neunziger musste «Fantastic Four» realisiert werden, sonst würden die Rechte wieder an Marvel zurückgehen. Eichinger brauchte 30 bis

Rider Jack — Roadmovies, Buddy-Movies sind seit je ein Renner, und mit einem Behinderten seit «Rain Man» sowieso. Nur reicht das Modell alleine nicht; es muss schon mit Stoff gefüllt werden. Im neuen Schweizer Film von This Lüscher (Autor: André Küttel) sind die Buddys Vater (Wolfram Berger) und Sohn (Roeland Wiesnekker). Filius Jack,



Vater-Sohn-Zuneigungen: «Rider Jack».

reichlich angeknautscht, muss unverhofft seinen alzheimerkranken Vater aufnehmen, den er seit seiner Kindheit nicht mehr gesehen hat.

Papa Paul will mit seinem Sohnmännchen endlich wieder ins Reine kommen, und Jack will mit dem Erlös aus dem Verkauf eines kleinen Häuschens im Tessin den Neuanfang wagen. Gemeinsam machen sie sich auf die Reise – und es kommt natürlich erwartbar anders. Nach nur wenigen Minuten weiss man alles, tritt der Film auf der Stelle, hat kein Geheimnis mehr und erschöpft sich in der etablierten Konstellation, ohne auch nur eine einzige Überraschung zu bieten. Bald ist Alzheimer kein Thema mehr und alles schrecklich voraussehbar bis zum Happy End rührender Vater-Sohn-Zuneigungen. Handfeste Konflikte, die über Banales hinausgehen, sucht man vergebens. Nur die beiden Protagonisten versuchen tapfer durch ihre blosse Präsenz den Blick in die Story-Ödnis zu verhindern. ★★★☆☆

Jazz

Der weggetanzte Schmerz

Von Peter Rüedi

Elina Duni, 1981 in Tirana geboren, ab ihrem elften Lebensjahr in der Schweiz aufgewachsen und zur Musikerin geworden, weiss, wovon sie singt. Exil ist nicht allein ein Thema ihrer Lieder, sondern eine Lebenserfahrung im Dazwischen; der Sog ihrer Kunst kommt vom Gefälle zwischen Heimat und sogenannter Wahlheimat. Ihre Lieder, albanische Volkslieder zumeist, die sie aber im Kontext ihrer Band vorträgt – und das Trio aus Colin Vallon (p), Patrice Moret (b) und Norbert Pfammatter (dr) wird niemand eine «Begleitformation» nennen, der die eng verwobene und von einem gemeinsamen Atem getragene Gruppe je gehört hat –, ihre Lieder singt Frau Duni mit Intensität, Emphase und fein variiertes Intonation nahe am volksliedhaften Ursprung. Aber sie vermeidet, auch dank ihren Partnern, Pathos und Sentimentalität, wie sie sich bei der Verwandlung von Volksmusik in Kunst nur allzu oft einstellen. Will sagen: Sie besteht mit einem ungemein subtilen Gespür auf Distanz, ohne dass sie zu gröberen Verfahren wie etwa Ironie greifen müsste.

Die Ambivalenz liegt in der Musik selbst. Den Unterschied zwischen ihrem ersten ECM-Album «Matanë Malit» (2012) und dem zweiten beschreibt sie so: «Diesmal gibt's eine gewisse Leichtigkeit in Gefühl und Energie. Obwohl wir uns mit tragischen Themen wie Exil befassen, ist die neue CD nicht so dunkel wie «Matanë Malit». Etwas vom Faszinierenden an der Musik des Balkans, an vieler Volksmusik, ist die Vorstellung, dass Schmerz gesungen werden muss. Und im Gesang wird er überwunden. Darum geht es natürlich auch im Blues, eine vergleichbare Sensibilität findet sich in diesen albanischen Liedern über Exil und verlorene Liebe. In einem Teil der balkanischen Musik wird der Schmerz weggetanzt – und im Gegensatz dazu erweisen sich Lieder, die zuerst fröhlich scheinen, in Rhythmus und Melodie, bei genauem Hinhören als keineswegs fröhlich.» «Dallëndyshe» (die Schwalbe) ist eine Sammlung bewegender, ja mitreissender, hoch emotionaler (aber nie gefühler) Lieder, verständlich auch jenseits der im Booklet auf Englisch übersetzten Texte.



Elina Duni Quartet:
Dallëndyshe.
ECM 2401 4709282

40 Mio. Dollar, die er nicht bekam. So kontaktierte er den B-Movie-König Roger Corman, der bereit war, für etwa 1,5 Mio. zu produzieren. Der Film wurde fertiggestellt, kam aber nie ins Kino. Über das Warum gibt es zwei Versionen: Eichinger habe nur gedreht, um die Filmrechte zu behalten. Oder Avi Arad, damaliger Marvel-Chef, habe für mehrere Millionen den Film gekauft und sämtliche Kopien vernichtet. Auf jeden Fall kursiert ein irrer Trailer auf Youtube.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Alles wird gut

Hohe VIP-Dichte bei der Eröffnung des Lucerne Festival.
Provokation am Zürcher Theaterspektakel. *Von Hildegard Schwaninger*



Wohltat nach der Hitzewelle: Intendant Michael Haefliger mit Gattin Andrea Christina Lötcher.

Freude herrscht beim Lucerne Festival, das Freitagabend eröffnet wurde. Intendant **Michael Haefliger** begrüßte im KKL jeden Gast persönlich und präsentierte gleich seine neue Ehefrau, die Flötistin **Andrea Christina Lötcher**. Einen neuen Chefdirigenten, der im August 2016 sein Amt antritt, hat er am Tag vorher vorgestellt: **Riccardo Chailly**, der auch Chefdirigent der Mailänder Scala ist. Chailly ist die Wahl des Lucerne Festival Orchestra, das 1938 von **Arturo Toscanini** ins Leben gerufen und 2003 von **Claudio Abbado** neu begründet wurde.

Dann durfte **Hubert Achermann**, Präsident des Lucerne Festival, in seiner Rede noch einmal bekräftigen, was seit Dezember 2014 fix ist: dass die 120 Millionen Franken, die von Mäzen **Christof Engelhorn** zugesichert waren (nach dessen Tod mussten sie mit den Erben neu erkämpft werden), nun garantiert seien und damit dem Traum vom Bau der Salle Modulable nichts mehr im Wege steht. Eröffnung soll 2023 sein. Aufatmen allerseits! Bundesrätin **Doris Leuthard**, wie immer strahlender Laune und im langen puderrosa Kleid, stolperte über ihre goldenen Sandaletten, als sie – die Grussadresse des Bundesrats überbringend – die Bühne betrat.

Es war ein kühler, regnerischer Abend, eine Wohltat nach der Hitzewelle, und die Festgäste zeigten sich in bester Stimmung. Und relativ elegant. Première Dame Andrea Haefliger Löt-

scher setzte mit ihrem strahlend blauen, langen Kleid ein Zeichen. Die VIP-Dichte war hoch: von **Oswald Grübel** bis **Thomas Schmidheiny**.

Ganz inkognito war ein Mann da, der berühmter ist als die ganze Promi-Liste zusammen: Komponist **Wolfgang Rihm**, einer der grossen Tondichter unserer Zeit. (Auch ich habe ihn nur bemerkt, weil ich das Glück hatte, neben ihm zu sitzen.) Rihm hat gerade bei den Salzburger Festspielen mit seiner Oper «Die Eroberung von Mexiko» einen Riesenerfolg hingezaubert. Der Gentleman gibt, darauf ange-



Relativ elegant: Renate Häusler, Oswald Grübel.

sprochen, die Rose an **Peter Konwitschny** weiter: «Der Regisseur hat tolle Arbeit geleistet.» Aber Rihm strahlt: «Die Karten für die letzte Vorstellung waren so gesucht – als wäre

«Rosenkavalier» mit Herbert von Karajan.» Mit Luzern verbindet den Komponisten aus Karlsruhe viel (diverse Uraufführungen); heuer ist er bei der Hommage an Pierre Boulez präsent.

Alfred Brendel hielt eine Rede «Über Humor, Sinn und Unsinn», die allerdings keine Uraufführung war. Er hat sie schon mehrmals vorgetragen. Das Eröffnungskonzert wurde von **Bernard Haitink** dirigiert. Erst Joseph Haydns C-Dur-Sinfonie, dann die 4. Sinfonie von Gustav Mahler. Als Solistin die ergreifende deutsche Sopranistin **Anna Lucia Richter**. Rihm zeigte sich beeindruckt vom 84-jährigen Haitink: «So wunderbar unspektakulär dirigiert. Da muss man nämlich gar nicht rumfucheln.»

Kalt erwischt wurde der PR-Guru **Klaus Stöhlker** beim Zürcher Theaterspektakel. Die chilenische Theatertruppe La Resentida testete im Stück über Allende und den Militärputsch die Solidaritätsbereitschaft der Theaterbesucher. Ein Junge wurde auf die Bühne gestellt, seine Zukunft – ob Chirurg oder Gosse – hänge von der Gutherzigkeit der anderen ab, also forderte man die Zuschauer auf, je zwanzig Franken zu geben, um den Jungen zu retten. Schauspieler eilten mit dem Sammelbeutel durch die Zuschauerreihen, viele steckten eifrig die Zwanzigernote in den Schlitz. Als der Geldsammler vor Klaus Stöhlker hielt, gab dieser nichts. Nun zeigt sich die Brutalität der Kame-



Sinn und Unsinn: Starpianist Alfred Brendel.

ra, und der arme Stöhlker wurde – unbarmherzig – als kaltherziger Geizkragen präsentiert. Er habe kein Geld, stotterte er, die Schauspielerin zog ihm das iPhone aus der Tasche («You can afford that»), seine Schuhe (geflochtene wie zu Grossvaters Zeiten) wurden gezeigt. Dann entblösste die Schauspielerin ihre Brüste, stand halbnackt vor Stöhlker: «Geben Sie mir zwanzig Franken, wenn Sie meine Brüste berühren dürfen?» Stöhlkers blieb hart, grinste irritiert in die Kamera. Da blieb selbst dem sonst so Wortgewaltigen die Sprache weg. Dass Theater zu provozieren vermag, ist heute selten – dieser Abend hat provoziert.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Weiss statt Schwarz

Als die Hausfrau und Mutter Caitlin Edwards-Brooks, 29, vor wenigen Wochen ihren Verlobten James Samuel Russell Goode, 30, verlor, zog sie sich das Hochzeitskleid zur Beerdigung an.



Weiterleben: Caitlin Edwards-Brooks.

Unvergessen: Liebe ist so ein kleines Wort, aber es beinhaltet so unglaublich viele Gefühle. James wird immer mein Licht in der Dunkelheit sein, unsere Töchter werden immer seine kleinen Prinzessinnen bleiben. Ich denke an ihn als Märchengestalt, weil wir beide «Harry Potter» geliebt haben: als Kinder und als Erwachsene. Jetzt ist James in einem unbekanntem Land, das schön und zauberhaft sein muss, und dass er keine Schmerzen mehr leidet, bleibt mein grösster Trost.

Anfang: Wir lernten uns vor fünf Jahren während einer Chemotherapie kennen. Mitten in dieser schweren Behandlung entdeckten wir die Kraft der Liebe. Ein Jahr später fragte er mich, ob ich ihn heiraten möchte. Er trug einen Kilt und seine Feuerwehrjacke. Ich war so glücklich. Er war beruflich sehr engagiert, hatte viele Hobbys und viele Freunde. Dann wurden unsere Töchter geboren: Tilly-Grace und Luna-Pearl. Unser Glück war perfekt, die Hochzeit konnte warten. Doch dieses Jahr sagte ich: «Jetzt ist es an der Zeit, dass wir es tun.» Wir setzten das Datum fest, den 27. September 2015, um gleichzeitig den zweiten Geburtstag unserer älteren Tochter zu feiern. Die Verbindung von Kinderparty und Hochzeit schien uns lustig und wundervoll. Wir wollten Hüpfburgen, Eiscremewagen und eine riesige Torte

organisieren. Die Einladungen waren bereits gedruckt, das Hochzeitskleid hing in meinem Kleiderschrank.

Am Ende: Anfang Juni fühlte sich James sehr schlecht. Im Spital versagten seine Nieren und seine Leber. Innerhalb von drei Tagen war er nicht mehr bei Bewusstsein. Wir nahmen eine symbolische Trauung an seinem Sterbebett vor. Ich wusste, er hätte es sich auch gewünscht. Als er starb, brach meine Welt zusammen. Ich bin noch immer am Boden zerstört und muss doch weiterleben. Für die Kinder, für James.

Letzte Ehre: Mein dreilagiges Monster-Kleid aus weissem Tüll, das James und ich zusammen für unseren Freudentag ausgesucht hatten, kam an seiner Beerdigung zum Einsatz. Es war meine Art, meiner grossen Liebe die letzte Ehre zu erweisen. Ich kombinierte eine bunte Bluse dazu, und an Brust und Rücken trug ich meine kleinen Mädchen, die ihren Vater so früh verloren hatten. An seiner Beerdigung las ich auch eine etwas umformulierte Version unseres Eheversprechens vor. Für manche mag dies alles etwas schräg klingen, für mich war es einfach eine Möglichkeit, um James an diesem Tag nahe zu sein.

Schatten und Licht: Seither erfuhr ich viel Zuspruch. Ich weiss nun, dass ich mit dieser schrecklichen Erfahrung nicht allein dastehe. Dass einer der Partner in der Planungsphase der Hochzeit, die manchmal viele Monate oder sogar Jahre beansprucht, stirbt, ist gar nicht so selten. Es gibt sogar Ratgeberliteratur, was in diesem Fall zu machen ist. Zum Thema Brautkleid steht, man solle versuchen, es dem betreffenden Geschäft zurückzugeben, oder es einer Charity-Organisation schenken. Oder als Erinnerung behalten. Das tat ich, und ich bin froh darüber, denn diese Entscheidung tröstet mich über die schwerste Zeit meines Lebens hinweg – und ein Satz, den Dumbledore im «Harry Potter»-Buch «Der Gefangene von Askaban» sagte und der auch James sehr gefiel: «Das Glück lässt sich auch in dunkelster Zeit finden. Man muss sich nur daran erinnern, das Licht anzumachen.»

Protokoll: Franziska K. Müller

Liebe

Von *Andreas Thiel* — Verkünder von Friedensbotschaften werden oft missverstanden.

Pfarrer: Herr Thiel, ich habe Sie schon lange nicht mehr in der Messe gesehen.

Thiel: Gut, dass Sie mich darauf ansprechen. Ich habe nächsten Sonntag nämlich noch keinen Termin, und wer zu viele weisse Stellen in seiner Agenda hat, hätte die

Agenda nicht kaufen müssen. Zudem soll man Bleistiftminen nicht alt werden lassen. Das ist schade um das Blei. Man hätte es dann ja für etwas anderes verwenden können, zum Giessen von Gewehrkugeln zum Beispiel, und damit hätte dann jemand erschossen werden können. Sie sehen, Termine dienen dem Frieden. Welche Friedensbotschaft werden Sie am Sonntag verkünden?

Pfarrer: Ich werde ein paar versöhnliche Worte gegenüber Homosexuellen aussprechen.

Thiel: Das ist gut. Es steht nirgends geschrieben, Gott hätte Moses angewiesen, die Homosexuellen in Ägypten zurückzulassen.

Pfarrer: Das könnte aber auch einfach nur heissen, dass es unter dem auserwählten Volk keine Homosexuellen gab.

Thiel: Da waren Sie aber noch nie in Tel Aviv. Ausserdem könnten Sie unsere islamischen Freunde verärgern, wenn sie behaupten, Moses hätte die Heterosexuellen aus Ägypten rausgeführt und die Homosexuellen in Ägypten zurückgelassen.

Pfarrer: Manchmal wird man selbst als Verkünder der Friedensbotschaft falsch verstanden ...

Thiel: Das ist halt eine Bildungsfrage. Als Mohammed predigte: «Tötet die Ungläubigen!», da fragten die ungebildeten Muslime auch: «Was meinst du damit? Meinst du etwa, wir sollen die Ungläubigen töten?», worauf Mohammed antwortete: «Natürlich nicht, ihr ungebildetes Pack! Lieben sollt ihr sie!» Aber das wird die neue Gastprofessur für Islamische Theologie und Bildung an der Universität Zürich ja jetzt endlich richtigstellen.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Ein heisser Wein

Von Peter Rüedi



Die Basilicata, diese bergige südliche Region zwischen Kampanien, Apulien und Kalabrien, gilt als Armenhaus Italiens. Nicht erst seit Carlo Levis Buch «Christus kam nur bis Eboli» (1945). Vielmehr wurde der Antifaschist dorthin verbannt, weil es in der gottverlassenen Ecke des Landes auch kein Einheimischer freiwillig aushielt. Wie der Weinhändler Gerardo Giuratrabocchetti Monica Larner sagte, Parkers neuer Frau in Italien: «Man sagt, das grösste Glücksspiel sei, seine Heimat zu verlassen, um anderswo sein Glück zu machen. In einer armen Gegend wie der Basilicata ist es das grössere Risiko, hierzubleiben.» Einen Reichtum hat die Region allerdings: den Wein vom erloschenen Vulkan Vulture, den Aglianico del Vulture, nicht zu verwechseln mit seinem benachbarten Bruder, dem Aglianico aus Kampanien, berühmt geworden unter dem Label Taurasi. Es sind mächtige, eigenwillige, mineralische Weine, aber keine, die ihren Konsumenten spätestens nach der dritten Runde ausgezählt im Ring hinterlassen. In den besten Varianten, in relativen Höhenlagen angebaut, profitiert die spätreifende Aglianico-Traube von dem nicht unbeträchtlichen Temperaturunterschied zwischen Tag und Nacht. Daher stammt neben der Wucht die Finesse, welche die Roten aus dem Armenhaus zu einer noblen Spezialität macht. Grosse Weine (im besten Fall) fürs kleine Budget (im glücklichsten). Beides gilt für den Aglianico der Önologin Viviana Malafarina in Barile. Ihren Betrieb Basilisco hatte sie 1992 gegründet. Jetzt hat ihn das grosse kampanische Haus Feudi di San Gregorio gekauft, allerdings unter Wahrung weitgehender Autonomie für Frau Malafarina. Ein Zeichen ist die Übernahme immerhin dafür, dass die Attraktion des Aglianico del Vulture kein Geheimnis mehr ist. Ich möchte hier die zweite Etikette von Basilisco loben, den im warmen Jahr 2011 besonders gelungenen «Teodosio»: sehr dunkelfruchtig, dabei etwas abgründiges Leder und diskreteste Teer-, Lakritz- und Tabaknoten; weich in den Tanninen, aber mit mineralischen Glanzlichtern. Ein heisser Wein, heiss zu empfehlen.

Basilisco Aglianico del Vulture Teodosio 2011.
14%. Ab September bei Bindella, Zürich.
Fr. 18.–. www.bindella.ch

Sterne im Osten

Dresden ist eine sehr schöne Stadt. Aber wo geht man essen? Wir vertrauen dem Restaurantführer. Von David Schnapp



Die Tramfahrt hat sich gelohnt: «Elements», Dresden.

Wir spazieren über den Neumarkt, wo die berühmte Frauenkirche – «ein prägender Monumentalbau» (Wikipedia) – steht und sich die Touristenrestaurants um das Gotteshaus herum aufreihen. Wir machen auf der Fahrt in den nordosteuropäischen Sommer (siehe «Auto», Seite 65) in Dresden halt, haben uns das mittelalterliche Festungsgemäuer angeschaut und den neuen «Terminator Genisys», zwei Monumente der Wehrhaftigkeit sozusagen.

Hier Speisekarten zu finden, die Gerichte einer gewissen Qualitätsstufe versprechen, ist nicht ganz einfach. Wir entscheiden uns gegen «Edelweiss – Alpine Küche und Almhütten-Ambiente» und «Ontario – Canadian Steakhouse» und fahren mit einem Tram aus dem Stadtzentrum. Pittoresk auf einem ehemaligen Fabrikgelände liegt das «Elements», das seit 2014 vom «Guide Michelin» mit einem Stern ausgezeichnet wird. Man kann übrigens von Restaurantführern halten, was man will, aber für jemanden, dem schlechtes Essen nicht nur auf den Magen, sondern auch aufs Gemüt schlägt, sind sie auf Reisen unverzichtbar.

Moderne Küche

Das «Elements» teilt sich in zwei stilsicher, unpräzise eingerichtete Räume. Im einen wird einfache und im anderen anspruchsvol-

le, moderne Küche serviert. Zum Preis von 211 Euro (zwei Menüs, etwas Wein, Wasser und Kaffee) bekommt man anderswo bloss mittelmässige Gerichte und schlechtgelauntes Servierpersonal mit Ambitionen in anderen Berufen.

Zwar glänzt auch im «Elements» nicht alles, was einen Stern hat, manchmal gerät die geschmackliche Balance etwas aus der Waage: etwa beim würzigen Kalbskopf mit Kartoffelpüree und Pilzketchup, das durch seine forcierte Süsse das Pilzaroma zurückdrängt. Erdig, fruchtig und mit dezenter Süsse diesmal präsentiert sich der geschmorte Sellerie mit Selleriepüree, knackigem grünem Spargel, Holunderblütensud, australischem Trüffel und einer Zwiebelcreme. Noch eine Himbeerpyramide mit Valrhona-Ganache, Caramel und Pistazieneis, und schon hat sich die Tramfahrt gelohnt.

Elements – Deli und Restaurant

Königsbrücker Strasse 96,
D-01099 Dresden; Tel. +49 351 272 1696
Sonntags geschlossen
Ausführliche Besprechung des Menüs auf
www.dasfilet.ch



Auto

Mein Sommer mit M

Ein Lob auf Deutschland – und auf den BMW X6 M: Beide sind gross und eigenwillig attraktiv. Teil 1. *Von David Schnapp*

Die Frage (falls man die sich stellt), ob man ein SUV mit der hinten elegant abfallenden Linie eines Coupés und einer Leistung von 575 PS braucht, beantwortet sich von selbst in dem Moment, wo man in Schaffhausen die Grenze nach Deutschland überquert und auf die A81 Richtung Stuttgart einbiegt. Ein Tunnel, ein Verkehrskreisel, eine Autobahnauffahrt, noch ein Tunnel, dann kommt das weisse, schräg mit feinen schwarzen Linien durchgestrichene Verkehrsschild, das die Aufhebung der Tempolimits auf deutschen Autobahnen anzeigt. Mein BMW X6 M ist gut beladen mit

zwei Kindern, zwei Erwachsenen und einer ansehnlichen Menge Feriengepäck.

Das Leergewicht des kühn gezeichneten Autos beträgt laut Werksangaben 2340 Kilogramm, wir schieben also geschätzt rund 2,6 Tonnen durch die Gegend. Ein leichter Druck aufs Gaspedal, und mit dumpfem Röhren beschleunigt der Wagen fast schon leichtfüssig bis zur ehevertraglich festgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit von 180 km/h. Dies ist eine sehr angenehme Reisegeschwindigkeit in dem X6, auch wenn der Wind nun ziemlich laut um die grossen Aussenspiegel pfeift.

Als X6-Fahrer hatte man es auch nicht immer leicht, aber nach anfänglichen Anfeindungen hat sich die Idee dieses Gross-Coupés erfolgreich durchgesetzt, so dass sich Mitbewerber von BMW nicht zu schade sind, praktisch identisch aussehende Modelle mit dieser Karosserieform anzubieten. Als X6-M-Fahrer freut man sich aber vielmehr an der Mühelosigkeit, mit welcher der doppelt aufgeladene Achtzylindermotor die Masse mit bis zu 750 Nm in Bewegung versetzt. Bloss 4,2 Sekunden vergehen von 0 auf 100 km/h, und in Zusammen-

arbeit mit dem ausgezeichneten Achtgang-Doppelkupplungsgetriebe ist einerseits die Leistung sofort da, wenn man sie braucht, und andererseits fährt sich der Wagen bei Bedarf angenehm ruhig und niedertourig.

Nichts wankt

Nur selten also wirkt das Gross-Coupé wie das grosse, schwere Auto, das es ist. Klar, Passstrassen und andere enge Kurvenkombinationen sind nicht das, wofür der X6 M gebaut wurde. Aber wir sind in Deutschland, wo die Wege weit und viele Autobahnen schnell sind. Dafür wurde dieser BMW gebaut. Und wenn man schnell auf der Autobahn fahren will, sind die erhöhte Sitzposition und der gute Überblick, den man dadurch hat, sehr angenehm. Und was die Spezialisten der M GmbH mit dem Fahrwerk gemacht haben, ist ebenso erstaunlich wie grossartig. Wankbewegungen gibt es selbst vollbeladen und bei hohen Kurvengeschwindigkeiten nicht, hier arbeiten Elektronik und Mechanik auf höchstem Niveau zusammen (Doppelquerlenker-Vorderachse, elektronische Stabilisierung, steifere Federung etc.).

Das Spektakuläre an dem Auto ist, dass es das alles mit grösster Selbstverständlichkeit kann. Deshalb donnern wir ziemlich entspannt Hunderte von Kilometern durch Deutschland, das wie der X6 gross ist, aber durchaus attraktiv. Davon nächste Woche mehr.

BMW X6 M

Leistung: 575 PS, Hubraum: 4305 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: ab Fr. 147 700.–





«Ich bewundere gerne»: Modeautorin und Memoirenschreiberin Khayer.

MvH trifft

Jina Khayer

Von Mark van Huisseling — Die lesbische Modeautorin hat ein Buch geschrieben und urteilt streng über Mode; zudem will sie ein Kind.

Sie sind freischaffende Autorin: Wovon lebt man da?» – «Von der Summe der Geschichten. Und es ist natürlich immer ein Balanceakt, wie viel man letztendlich zum Leben braucht. Ich lebe in Paris, was ein teurer Ort ist, und arbeite in der Mode, aber ich konsumiere nicht viel. Damit meine ich den Luxusbereich, den ich beschreibe – wenn's hochkommt, [leiste ich mir] vielleicht ein oder zwei Produkte pro Jahr. Und ich hab mir über die Jahre einen Ruf aufgebaut, dass ich, über den Journalismus hinaus, zum Beispiel Beratung machen kann, das bringt mehr Geld.» – «Ist es nicht hart, wenn man sich von Berufs wegen mit der Luxuswelt beschäftigt – und sich dann die Produkte nicht leisten kann?» – «Nicht wirklich, es geht ja nicht nur um die Produkte. Deswegen liebe ich auch die Mode, weil es um die Kreation geht. Es ist wie bei einem Freund von mir, der Kunstkritiker ist ... Den sehe ich auf der Messe in Basel [Art Basel, Anm. d. Red.]

oder in einem Museum – und er muss diese wahnsinnig tollen Kunstwerke auch nicht alle besitzen. Ich bewundere gerne, lieber vielleicht, als zu besitzen.»

Jina Khayer ist Deutsche iranischer Herkunft; sie studierte am Bauhaus in Dessau Malerei und an der Deutschen Journalistenschule in München. Sie berichtet zur Hauptsache über Mode, Kunst und Gesellschaftsthemen, unter anderem für das *Zeit-Magazin*, *Gentlewoman* oder *Fantastic Man*. Im Orell-Füssli-Verlag erscheint jetzt ihr Buch «Älter als Jesus oder: Mein Leben als Frau», es handelt sich um ihre Memoiren. Die Stärke und zugleich Schwäche des Buchs, wie wohl der meisten Memoiren, ist, in meinen Augen, die Neigung der Autorin, sozusagen sämtliche persönlichen Erlebnisse als besonders bedeutend zu werten, ungeachtet der Bedeutung, die diesen wohl in der Einschätzung Aussenstehender zukommt. Sie lebt und arbeitet seit

2006 in Paris; bevor sie dorthin zog, hat sie zwei Modebeilagen für die *Weltwoche* hergestellt, die als Vorläufer des *WW-Magazins*, der heutigen Beilage der *Weltwoche*, für das ich verantwortlich bin, bezeichnet werden können. Dieses Gespräch fand statt im «Le Train Bleu», dem Restaurant im Gare de Lyon in Paris.

«Ich denke, die Bedeutung von Mode hat abgenommen; Modemacher, finde ich, kommen in Diskussionen über gesellschaftliche Entwicklungen oder Popkultur kaum mehr vor. Mode regt auch fast niemanden mehr auf – wie sehen Sie's?» – «Ich muss Ihnen zustimmen. Es gibt ein paar Designer, die machen schöne, interessante Sachen, aber die Zeit, in der Mode einen Impact hat, ist nicht da. Wenn man ganz ehrlich ist oder es radikal formuliert, kann man sagen, die Mode ist zurzeit irrelevant. Was auch toll sein kann – denn das bedeutet, was Anderes, was Neues kann kommen.» – «Gibt es dennoch ein Must-have-Stück dieses Sommers?» – «Ich geh nicht so konkret auf einzelne Teile ein, weil ich das falsch finde und auch so vorgeschrieben. Aber ich finde, jede Frau sollte einmal im Leben ein Kleid von [Azzedine] Alaïa angezogen haben, um dieses Gefühl zu spüren. Und wer in der Luxusmode einen wahnsinnig tollen Job macht, ist Hedi Slimane bei Yves Saint Laurent. Was ich besonders schön finde, ist, dass es da *classics* gibt; ich persönlich kauf' da meine weissen Hemden, die kosten 220 Euro und sind von ganz toller Qualität.»

«Wann bekommen Sie Ihr Kind [Jina Khayer ist homosexuell und schreibt in ihrem Buch auch über ihren Kinderwunsch?]] – «Ich möchte mit der künstlichen Befruchtung Ende dieses Jahres anfangen.» – «Was mich auch nichts angeht: Wie ist Ihr Beziehungsstatus?» – «Ich bin in einer Beziehung mit einer englischen Malerin.» – «Das geht aus Ihrem Buch nicht klar hervor.» – «Als ich das Buch geschrieben habe, war ich in keiner Beziehung.» – «Finden Sie, ein Kind sollte mit zwei Elternteilen aufwachsen, oder genügt ein Elternteil?» – «Das kann man nicht beeinflussen, egal, wie die Sexualität ist. Meine Mutter war dreimal verheiratet, meine Geschwister und ich haben alle andere Väter, und jeder ist damit anders umgegangen. Wichtig ist, für jeden Menschen, dass man Liebe bekommt, je mehr, desto besser. Ob sie von einem Elternteil kommt oder von zwei, drei oder vier – wiederum unabhängig von der Sexualität –, ist egal. Natürlich ist es ein Ringen, was ich ja auch in dem Buch beschreibe, weil ich meinem Kind eine Möglichkeit nehme: nämlich die eines leiblichen Vaters.» – «Was werden Sie als nächstes tun?» – «Das nächste Buch schreiben. Und natürlich Mutter werden.»

Ihr liebstes Restaurant: «Relais de l'Entrecôte», 20, rue Saint-Benoît, Paris, Tel. +33 1 45 49 16 00

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
12					13	14		15		16	
17					18			19			
		20			21					22	
23	24					25				26	
				27		28		29			
30		31	32				33				
	34				35	36			37		38
39					40				41		
42						43		44			
		45						46			
47						48				49	

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Nichts von androgyn: ein Androgen

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Ein Stück Papier, sieht nach Urkunde aus. 7 Der See im Norden der Kalahari-Wüste. 12 So dann kaum für die Party bereit. 13 Gleich mehrfach: von Hand gemacht, mit der Hand getunkt. 16 Da ist nichts, so Monsieur 17 Rousseau über die Erziehung, mit ihm als Beispiel. 18 Von Frankreich aus jenseits des Atlantiks. 20 Thomas Gottschalk: ein Meister dieses Fachs. 22 Zeitloser Artikel, französisch und typisch männlich. 23 Seher sehen es, sagen sie. 25 Freude herrscht, und heiter tanzen Schweizer dazu weiter. 27 Nein, leider gar kein Schlaf des Gerechten. 29 Die mit ihrem farbenprächtigen Gefieder landen immer wieder auf dem Teller. 30 Sie sind nicht für Aussenstehende gedacht. 33 Sind Moralisten wie Bankiers bekannt. 34 Weder Lani noch Yali, aber auch Ureinwohner auf Neuguinea. 35 Mit ihr schnell von Israel nach Zürich. 37 Nicht das in der Suppe, sondern jenes in der Harnsäure. 39 Fussbekleidung. 41 Vasarely: Museum in Gordes, Geburtsort dort. 42 Weisse Tafeltraube aus eben jenem Land. 43 Anfehlen geht dann doch zu weit. 45 Korrodiert und oxidiert klingt besser. 46 Deutscher Tierwirt, Stiche inbegriffen. 47 Ihre Mitgliedstaaten halten die Energie am laufen. 48 Nicht nur ein Guter, aber einst einer der Besten im Wilden Westen. 49 Vielleicht ein Wassergeist oder halt schlicht nichts.

Senkrecht — 1 Beginn manch päpstlicher Enzykliken. 2 Sie braucht es bei manchen zur Pflege. 3 Nach Lorenz benannt, heute als Berliner Luxushotel bekannt. 4 Lou und Oliver hören auf ihn. 5 Eine geologisch anmutende Begabung. 6 Mexikanische Indianer – längst Geschichte. 8 Bodenständiger Besitz. 9 Verrückt, dieser Name, und typisch englisch. 10 Ort am Zürichsee, in der Mehrzahl eine Einheit. 11 Was er will, steht dann in der Zeitung. 12 Reicht ansatzweise als Gedächtnisstütze. 14 Bibelübersetzung: die Vulgata war deren Nachfolgerin. 15 Assoziation zu mediterranem Land und märchenhaftem Kater. 19 Horizontale Variante des Echolots. 21 "Der rasende Reporter", der wohl beste überhaupt: Vorname. 24 Der Auftrag kommt einer Ermächtigung gleich. 26 Der Umlaut macht aus Vögeln die gesuchten Bäume. 27 Ein Anfall oder gar Schock, meint der Arzt. 28 Unklar, was Schafe damit sagen wollen. 31 Verkleidungen der professoralen Art. 32 Gewissermassen in Bausch und Bogen. 33 So ist es wirklich und echt, und der Lügner hat nicht recht. 36 Es ist eine ... zu sagen, man habe sich noch nie eine ... ausgedacht. 38 Er kommt zweifelsohne aus Aserbaidschan. 39 Wer Regen liebt, ist dort auf Big Island (Hawaii) richtig. 40 Tierisches Musical von Andrew Lloyd Webber. 41 Wenn nicht Kredit, dann halt so. 44 Einer wie Alec Guinness oder Elton John.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 429

E	M	S	A	E	E	N	E	M	S	I	G
G	H	O	S	T	S	H	O	E	E	I	D
G	E	S	T	A	L	T	E	T	E	I	L
E	R	T	E	R	I	R	A	K	D	O	O
R	I	R	A	N	A	M	E	M			
L	E	A	S	E	N	C	L	I	N	Z	D
I	N	N	S	K	R	A	B	B	B	O	I
Z	M	B	E	A	T	A	S	T	E	R	N
E	N	A	K	R	I	E	S	E	E	G	O
N	E	L	L	A	S	S	C	R	E	E	N
Z	W	I	I	R	E	I	I	L	R	E	R
A	N	N	A	N		U	D	I	N	E	

Waagrecht — 3 SAEEN7 EMSIG 12 GHOST (engl. für Geist, Gespenst) 15 SHOE (Hose) 16 EIDE 17 GESTALTET 18 EILIG 19 ERTER (Erster) 20 IRAK 22 DOOR 23 IRAN 25 AME (franz. f. Seele) 27 LEASEN 30 LINZ 33 INNS 34 KRABBE 37 OIE (franz. f. Gans) 39 BEATA 40 STERN 42 ENAK 45 RIESE 47 EGON 48 NELLA 50 SCREEN 51 ZWEIREIHER 52 ERIK 53 ANNA 54 UDINE

Senkrecht — 1 EGGE 2 MOST 3 STARRE 4 ESTIN (Stein) 5 EHER 6 NOTA 8 MEIDEN 9 SILO 10 IDIOM 11 GEGR 13 HERREN 14 STEISS 21 KALB 24 ANKER (Albert, von Blocher sehr geschätzt) 26 MIES 27 LIZENZ 28 ANMALEN 29 CATE (Blanchett, Schauspielerin) 31 ZOEGERN 32 DENN 35 RAISIN (engl. f. Rosine, Sul-tanine) 36 BASSE 38 IRONIE 41 TEEEI 43 NEWA 44 KLIN 46 ECRU (dt. auch ekrü) 49 ARA

Lösungswort — **MEDITATION**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Ein gutes Werk gewinnt mit
der Zeit an Wert – genau wie
die Beziehung zu Ihrer Bank.



Besuchen Sie uns auf www.zkb.ch/privatebanking

In der Kunst entstehen bleibende Werte aus Innovationskraft
und Persönlichkeit. So auch in unserem Private Banking:
Wir erarbeiten individuelle Lösungen, die an Wert gewinnen.
Sie können sich auf eine persönliche und professionelle
Beratung verlassen, die höchsten Qualitätsansprüchen genügt.

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank